Montag, 21. Mai 1984 - D **

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 118 - 21. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Waffen im Weltraum: Kreml-Chef Tschernenko droht in einem Brief an amerikanische Wissenschaftler Gegenmaßnahmen der Sowjets für den Fall der Stationierung von Waffen im Weltraum durch die USA an. Die Entwicklung von Satelliten-Abwehrsystemen in den USA sei „äußerst gefährlich".

Selbstschuß ausgelöst: Ein unbekannter Mann hat bei Gifhorn mit seinem Auto eine Warnbarriere an der „DDR"-Grenze durchbrochen und am Todesstreifen eine Selbstschußanlage ausgelöst. „DDR"-Posten nahmen in fest.

Bahn-Streik: Die Eisenbahnergewerkschaft kündigt Sympathiestreiks mit den Metallern für diese Woche an.

Libanon: Das libanesische Kabinett nimmt die Regierungserklärung Ministerpräsident Karames einstimmig an. Die Einigung wurde möglich, weil Details über die Armee ausgeklammert wurden.

Bankgeheimnis: Die Schweizer haben eine Lockerung des Bankgeheimnisses, die eine „Banken-Initiative" der Sozialdemokraten gefordert hatte, mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Regierung hatte sich zuvor schon dagegen ausgesprochen. Nur knapp abgelehnt wurde von den Bürgern ein Verkaufsverbot von Boden und Häusern an Ausländer.

Golfkrieg: Die Außenminister der Arabischen Liga fordern Iran auf, seine Angriffe auf Schiffe anderer Golfstaaten einzustellen. Iran und Irak bekräftigen dagegen ihre harte Haltung. Teheran droht mit genereller Blockade, wenn Irak weiter seine Ölausfuhr verhindert. Rettungsaktion für beschossene Schiffe im Golf.

Heute: Außenminister Genscher in Moskau; Gespräch mit Gromyko. – Salvadorianischer Präsident Duarte bei US-Präsident Reagan. – SPD-Bundesparteitag wird beendet.

Die Eliten der Welt

Die Diskussionen über das Thema Eliten werden eher hitziger als sachlicher. Die WELT beschäftigt sich in einer losen Folge mit der Heranbildung und dem Wirken von Eliten. Peter v. Zahn beginnt mit einem Bericht aus den USA: Das Land, wo Gott den Auserwählten ein Zeichen gibt. Seite 4

WIRTSCHAFT

OECD: Graf Lambsdorff kritisiert zusätzliche protektionistische Bestrebungen in USA und EG sowie mangelnden Abbau von Handelshemmnissen in Japan. (S. 10)

Kursänderung: Führende Wirtschaftsexperten appellieren an die US-Regierung, rasche Maßnahmen zur drastischen Kürzung der strukturellen Rekordbudgetdefizite zu ergreifen. Sonst drohe der Zusammenbruch des Konjunkturaufschwungs. (S. 10)

Autoexport: Die April-Zahlen zeigen ein Plus von sieben Prozent gegen 1983 auf 184 000 ausgeführte Pkw und Kombiwagen. In den ersten vier Monaten 1984 sogar plus acht Prozent. (S. 9)

US-Aktienmärkte: Das verschlechterte Anlageklima läßt sich auf zwei Gründe zurückführen: Zinsfurcht und das Gefühl, der US-Kongreß unternehme nicht genug, um die Haushaltsdefizite zu kürzen. (S. 9)

ZITAT DES TAGES



» Ich fürchte, die SPD ist ein schlechter Verlierer und benutzt die Gewerkschaften zur Revanche für verlorene Wahlen «

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm am Wochenende zu Bemühungen führender Sozialdemokraten, die Gewerkschaften in ihrer unnachgiebigen Haltung zu bestärken FOTO: JUPP DARCHINGER

KULTUR

Rombach gestorben: Der durch den Schelmenroman „Adrian der Tulpendieb" einem breiten Publikum bekanntgewordene Schriftsteller Otto Rombach ist kurz vor Vollendung seines 80. Lebensjahres in seinem Heimatort Bietigheim-Bissingen gestorben.

Austausch mit Israel: Forschungsminister Riesenhuber hat in Jerusalem ein gemeinsames Atomforschungsprojekt erörtert. Israelische Wissenschaftler sollen am Bau eines Teilchenbeschleunigers in der Bundesrepublik Deutschland mitwirken.

SPORT

Zweite Liga: Schalke 04 ist nach dem Karlsruher SC zweiter Aufsteiger in die Fußball-Bundesliga. Die Schalker gewannen bei Fortuna Köln mit 2:0.

Olympia: Wegen des kommunistischen Boykotts der Sommerspiele entschied der Fußball-Weltverband bei der Vergabe der WM 1990 gegen die Sowjetunion und für Italien.

Motorsport: Niki Lauda feierte mit seinem McLaren-Porsche den zweiten Sieg bei der Formel-1-WM. Er gewann den Großen Preis von Frankreich vor Tambay auf Renault.

Tennis: Claudia Kohde wurde in Berlin internationale deutsche Meisterin mit einem 7:6, 6:1-Sieg über die Amerikanerin Kathy Horvath. Prämie: 60 000 Mark.

AUS ALLER WELT

Krebsforscher: Neue Krebs-Testmethoden erwarten die Forscher nach Angaben von Mildred Scheel vom Einsatz monoklonaler Antikörper bei der Erkennung bösartiger Tumore. Entscheidend bei der Krebstherapie „ist und bleibt die Früherkennung", sagte die Präsidentin der deutschen Krebshilfe nach einer Expertentagung in Bonn.

Ersatzarbeit: In Mexico-City ist vom Ölreichtum des Landes wenig zu spüren. Jugendliche Arbeitslose versuchen mit den merkwürdigsten Tätigkeiten zu Geld zu kommen – vom Feuerschlukken bis zur „Auswertung" der Müllhalden. (S. 16)

Wetter: Wechselnd wolkig; zeitweise Regen. 16 bis 21 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Ein Monat Streik kostet den Sozialstaat 3,9 Milliarden

Bundesarbeitsminister ruft Tarifparteien zu neuen Verhandlungen auf

GÜNTHER BADING, Bonn

Der Arbeitskampf in der Metallindustrie kostet den Sozialstaat durch ausfallende Beiträge und Steuereinnahmen bei längerer Dauer Milliarden. Mache die IG Metall ihre Drohung mit einem langdauernden Streik wahr, dann entstünden Kosten, die die mühsam durchgesetzten Einsparungen bei der Konsolidierung des Bundeshaushalts zunichte machten, den „Vorrat für die beabsichtigte Steuerreform schwinden lassen" und das Wachstum des Bruttosozialprodukts aufs Jahr gerechnet um einen Prozentpunkt verlangsamen würden, warnte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm am Wochenende.

Allein in der ersten Streikwoche seien an Beiträgen zur Renten-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung und an Lohn-, Gewinn- und anderen Steuern Ausfälle von 42 Millionen Mark entstanden, sagte Blüm. In dieser Woche steigere sich durch Ausweitung des Streiks auf Hessen und die angekündigten Aussperrungen diese Summe auf 300 Millionen Mark. Der Schaden werde sich also versiebenfacht haben.

In den Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums geht man für die heute beginnende zweite Streikwoche von 150 000 von Streik oder Abwehr-Aussperrung betroffenen Arbeitnehmern in den beiden Streikgebieten und von etwa 200 000 außerhalb dieser Bezirke aus – davon 50 000 in Automobilwerken und 150 000 bei Zulieferern.

Als „realistisch" bezeichnete Blüm vor Journalisten die Annahme, daß es bei weiterer Eskalation des Arbeitskampfes schon in der dritten Streikwoche zum völligen Erliegen der Automobilindustrie kommen könne. Davon wären dann 1,6 Millionen Arbeitnehmer betroffen. In der Schätzung des sozialen Schadens gehe man jedoch nur von einer Million Betroffenen des Arbeitskampfes aus, da ein Teil auch in Zulieferbetrieben für andere Branchen, in denen nicht gestreikt werde, tätig sei. Dann ergebe sich – pro Woche – ein Ausfall an Beitrags- und Steueraufkommen von 852 Millionen Mark. „In einem Monat wären das 3,9 Milliarden Mark, fast genausoviel wie die gesamten Einsparungen im Einzeletat des Bundesarbeitsministers für den Bundeshaushalt 1984", sagte Blüm. Auf dem Höhepunkt des Arbeitskampfes liege der Sozialproduktausfall Woche für Woche bei 2,8 Milliarden Mark – ein Verlust von knapp neun Prozent.

Der Minister verteidigte die Entscheidung des Präsidenten der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, Franke, für mittelbar von den Auswirkungen des Arbeitskampfes betroffene Arbeitnehmer weder Kurzarbeiter- noch Arbeitslosengeld zu zahlen. Auch der Bundestagsausschuß für Arbeit und Soziales habe dazu schon vor Jahren festgestellt, die Gewährung von Arbeitslosengeld bei Arbeitskämpfen um die Änderung von Arbeitsbedingungen – wie jetzt beim Streik um die 35-Stunden-Woche – würde Schwerpunktstreiks fördern und wäre daher nicht streikneutral". Die Bundesanstalt sei aber zur strikten Neutralität im Arbeitskampf verpflichtet.

Blüm forderte die Tarifparteien auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Eine politische Schlichtung sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht angebracht.

Auch die IG Metall will nicht zahlen

Unterstützung nur für Gewerkschafter in „Kampfgebieten" / Marsch auf Bonn geplant?

DW. Frankfurt

Der Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, hat erklärt, bei streikbedingten Produktionsstopps außerhalb der Kampfgebiete könnten die Mitglieder laut Satzung der IG Metall von der Gewerkschaft keine Unterstützung erhalten, da anderenfalls „auch die reichste Gewerkschaft der Welt" einen langen Tarifkampf nicht mehr durchstehen könne. Nach einer Sondersitzung des IG-Metall-Vorstandes am Wochenende warf Mayr der Bundesregierung und der Bundesanstalt für Arbeit vor, sie drängten mit der Zahlungsverweigerung die „Menschen zu den Sozialämtern". In der Frage, ob „kalt ausgesperrte" Metaller innerhalb von Streikgebieten unterstützt werden sollen, werde der Vorstand bald eine Entscheidung treffen. Zuvor hatte Mayr eine Klage gegen die Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit angekündigt, den von streikbedingten Produktionsstillegungen betroffenen Metallern in nicht bestreikten Tarifgebieten kein Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld zu zahlen. Wie verlautete, könnte der politische Druck durch die IG Metall in einem Marsch auf Bonn gipfeln.

Mayr begründete die Haltung der IG Metall auch mit dieser Entscheidung des Präsidenten der Bundesanstalt, Heinrich Franke. Dieser hatte Zahlungen mit dem Hinweis auf die gleichen Forderungen der IG Metall für das gesamte Bundesgebiet zurückgewiesen und gesagt, Unterstützungsgelder seitens der Bundesanstalt bedeuteten eine unzulässige Einmischung in den Arbeitskampf.

SEITE 2: **Streik ins Schwarze**
SEITE 8: **Weitere Beiträge**

Der Vorstand der IG Metall erklärte sich auf der Sondersitzung zu einem von den Arbeitgebern vorgeschlagenen Spitzengespräch bereit. Mayr sagte dazu, die Gewerkschaftsspitze werde in dem Gespräch lediglich darlegen, warum sie weiterhin der Auffassung sei, „daß der Konflikt regional gelöst werden muß". Sie werde auf keinen Fall über Lösungsmöglichkeiten für den Tarifkonflikt um die Wochenarbeitszeitverkürzung verhandeln. In einer Antwort erklärte der Arbeitgeberverband Gesamtmetall nach einer Vorstandssitzung am Sonntag in Frankfurt, man wolle heute mit der IG Metall einen Gesprächstermin vereinbaren. Eine Lösung des Konflikts sei allerdings nur auf zentraler Ebene möglich.

Mit Beginn der zweiten Streikwoche am heutigen Montag wird sich der Arbeitskampf erheblich ausweiten. Die IG Metall dehnt die Streiks auch auf das Tarifgebiet Hessen aus. Von Dienstag an wollen die Arbeitgeber mit Aussperrungen antworten. In den ersten Tagen der Woche werden fast 250 000 Arbeitnehmer vom Arbeitskampf betroffen sein. Im Tarifgebiet Nordwürttemberg sperren die Metallarbeitgeber ab Dienstag 0.00 Uhr zur Abwehr des Streiks rund 65 000 Arbeitnehmer aus. Als Antwort auf den Aussperrungsbeschluß haben die 17 Einzelgewerkschaften des DGB in Baden-Württemberg alle Arbeitnehmer im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden für Mittwoch zum „Solidaritätsstreik" aufgerufen.

SPD im „Schulterschluß" mit dem DGB

Brandt auf Parteitag mit großer Mehrheit wiedergewählt / Schmidt verabschiedet

PETER PHILIPPS, Essen

Der mit großer Mehrheit in seinem Amt als Parteivorsitzender der SPD bestätigte Willy Brandt hat gestern die Sozialdemokraten in Anlehnung an ein altes Mao-Wort zum „qualitativen Sprung nach vorn" aufgefordert. Die Partei müsse „Defizite ausgleichen." Die Regierungsfähigkeit der SPD für die Zukunft werde sich vor allem dadurch beweisen, „daß wir heute eine möglichst klare, an den Realitäten orientierte, zugleich mitreißende Vorstellung von dem entwickeln, wie eine menschengerechte Zukunft am Ende dieses Jahrzehnts oder an der Jahrtausendwende aussehen soll".

Drei Zielrichtungen wies Brandt: Zum einen müsse man die zurückgewinnen, „die noch im März '83 ihre Kreuzchen bei den Schwarzen machten". Allerdings könne er nicht „zu der Annahme raten, die Rechtsregierung würde wegen ihrer Ungerechtigkeiten mehr oder weniger automatisch scheitern".

Die zweite Zielgruppe für die SPD, die Brandt davor warnte, „in die Weimarer Lust an der Ohnmacht" zurückzufallen, sieht der Parteichef offenbar im Reservoir der FDP, die auf dem Weg sei, „sich überflüssig zu machen". Erbe und Auftrag eines sozialverpflichteten Liberalismus könne den Sozialdemokraten nicht gleichgültig sein.

SEITE 2: **Umorientierungs-Parteitag**
SEITE 8: **Medien – SPD denkt realistischer**

Dritte Ansprechgruppe seien Sympathisanten der Grünen, unter denen „wir große Teile einer halben politischen Generation verloren, weil sie sich bei uns nicht wiederfanden". Wenn die SPD wieder mehrheitsfähig werden solle, „dann ist weder nach der einen noch nach der anderen Seite politisches Terrain frei- oder verlorenzugeben". Und: „Wir werden den Schulterschluß mit den Gewerkschaften nicht lockern dürfen." Die SPD werde klarer als bisher herausarbeiten müssen, wie es weitergehen soll in Richtung „Mitbestimmung und Teilhabe am Produktivvermögen".

Mit einem noch besseren Ergebnis als vor zwei Jahren bestätigten gestern die mehr als 400 Delegierten Brandt in seinem Amt: Mit 391 Ja-Stimmen (1982: 388) bei 19 Nein-Voten und zwölf Enthaltungen wurde er wiedergewählt. Fast sensationell war das Ergebnis seines Stellvertreters und Schmidt-Nachfolgers Hans-Jochen Vogel: 408 Ja-Stimmen standen nur acht ablehnende gegenüber. Der zweite Stellvertreter, Johannes Rau, wurde mit 378 Stimmen in seinem Amt bestätigt. Für den ausscheidenden Schatzmeister Friedrich Halstenberg wurde Hans-Jürgen Wischnewski mit 358 Stimmen gewählt. Bei den Wahlen für die Beisitzer erhielten Koschnick, Bahr, Engholm und Börner die besten Ergebnisse. Und der frühere Verteidigungsminister Apel schaffte als 22. nur knapp die Hürde.

In einer bewegenden Szene, die von den Delegierten mit stehendem Applaus begleitet wurde, verabschiedete Brandt Helmut Schmidt aus dem Parteiamt und zeichnete dabei noch einmal das Wirken des ehemaligen Bundeskanzlers nach: „Helmut, die Partei dankt dir herzlich."

Andrej Sacharow ist sehr geschwächt

DW. Bonn

Die Europäische Gemeinschaft hat sich am Wochenende nach offiziellen französischen Angaben in einer Petition an die Sowjetunion für den Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow und seine Frau Jelena Bonner eingesetzt. In dem Schreiben, das der französische Außenminister Cheysson im Namen der EG an seinen sowjetischen Amtskollegen Gromyko gerichtet hat, äußert die Gemeinschaft ihre „tiefe Besorgnis" über die rechtliche Behandlung und den Gesundheitszustand des Ehepaares Sacharow. Der Physiker, der nach Angaben aus Dissidentenkreisen in Moskau am 7. Mai aus seiner Wohnung in der Verbannungsstadt Gorki zu einem unbekannten Ort weggebracht worden sein soll, befindet sich seit dem 2. Mai im Hungerstreik. Er will damit die Ausreise seiner herzkranken Frau für eine medizinische Behandlung im Westen erzwingen.

In einer Reaktion auf die Berichte in westlichen Medien über den schlechten Gesundheitszustand Jelena Bonners hat die amtliche Moskauer Nachrichtenagentur Tass die Beschuldigungen als „eine skandalöse politische Verschwörung gegen die Sowjetunion" zurückgewiesen. Jelena Bonner, so Tass, sei in der zweiten Aprilhälfte untersucht worden. Ihr Zustand sei „befriedigend" gewesen. Eine strafrechtliche Verfolgung von Frau Bonner kündigte hingegen die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija" an. In der Zeitung hieß es, sie habe in ihren „antisowjetischen Aktionen" die Grenze überschritten, die nach den Gesetzen der UdSSR niemand überschreiten dürfe.

Scharf kritisierte die Stieftochter Sacharows, Tatjana Jankelewitsch, in einem Interview das Verhalten Moskaus. Sie glaube, daß die sowjetischen Behörden beschlossen hätten, ihre herzkranke Mutter zu beseitigen, um den Fall Sacharow zu lösen und ihren Stiefvater vollständig von der Außenwelt zu isolieren. Und zu dem Gesundheitszustand ihres Stiefvaters sagte sie: „Er ist offenbar sehr schwach, und wir fürchten sehr für sein Leben, da die nächsten Tage entscheidend, wenn nicht sogar tödlich sein können."

Bundesaußenminister Genscher, den die Stieftochter um Vermittlung im Fall Sacharow gebeten hatte, traf gestern zu Gesprächen mit der sowjetischen Führung in Moskau ein. Diplomatische Kreise in Bonn rechnen damit, daß Genscher außer mit Gromyko auch mit Staats- und Parteichef Tschernenko zusammentreffen wird.

DER KOMMENTAR

Recht auf Arbeit

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Ehe alle Sicherungen durchbrennen, ist die IG Druck und Papier daran zu erinnern, daß die Ausübung des verfassungsmäßigen Streikrechts nicht zu widerrechtlicher Gewalt ausarten darf. Auf dem Nürnberger Gewerkschaftstag im Herbst 1983 hatte sich der Vorstand mit einer Art Ermächtigungsgesetz Handlungsfreiheit zum und im Arbeitskampf verschafft. Galt die Urabstimmung bis dahin als „erforderlich", so enthält die Satzung nunmehr nur noch eine Kann-Bestimmung. Vom Standpunkt der innerverbandlichen Demokratie ist das anfechtbar, und es wird auch öffentlich angefochten, zumal die IG Metall im gegenwärtigen Arbeitskampf vorführt, daß sie am Grundsatz der repräsentativen Urabstimmung zur Legitimierung eines Streiks festhält. Den Vorstand der IG Druck und Papier hielt das nicht davon ab, Urabstimmungen zu organisieren, die alles andere als repräsentativ waren, und Streikmaßnahmen auch dort zu inszenieren, wo Urabstimmungen keine qualifizierte Mehrheit ergeben hatten.

Nach allgemeiner Rechtsauffassung können die Gewerkschaften die Frage der Urabstimmung in ihrer Satzung regeln. Wird – wie im Fall der IG Druck und Papier – auf das „Erfordernis" der Urabstimmung verzichtet, dann kann das unter rechtlichen Gesichtspunkten nur deshalb hingenommen werden, weil die Mitglieder ja letztlich über einen Streik entscheiden können, indem sie an dem Ausstand teilnehmen oder nicht teilnehmen. Diese letzte Entscheidung der Gewerkschaftsmitglieder hat allerdings unverzichtbar zur Voraussetzung, daß jeder, der in einem bestreikten Betrieb arbeiten will, seinen Arbeitsplatz ungehindert erreichen kann.

Doch je höher im Arbeitskampf die Emotionen schlagen, desto häufiger geschieht es, daß Arbeitswilligen von den Streikposten das Betreten des Betriebs verwehrt wird. Jeder dieser Fälle bedeutet nicht nur ein an einer Person oder an einem Betrieb begangenes Unrecht, sondern versetzt auch die vom Vorstand der IG Druck und Papier verfolgte Streikstrategie ins Unrecht. Wenn schon die abgehaltenen Urabstimmungen nicht als repräsentativ anerkannt werden, dann muß der demokratische Wille der Gewerkschaftsmitglieder dadurch zur Geltung kommen, daß jeder einzelne für sich ungehindert entscheiden kann, ob er streikt oder nicht. Für die Einhaltung dieser Spielregel hat die IG Druck und Papier zu sorgen. Tut sie es nicht, so muß sie für einen gewalttätigen Ausbruch aus dem Rechtsstaat verantwortlich gemacht werden.

SPD geht zur NATO-Strategie auf Distanz

RÜDIGER MONIAC, Essen

Auf ihrem Bundesparteitag in Essen hat sich die SPD von der geltenden Verteidigungsstrategie der NATO distanziert und sich auf eine Position mit stark antiamerikanischen Tendenzen festgelegt. In einem von den Delegierten verabschiedeten Antrag heißt es mit Blick auf die USA, das Sicherheitsinteresse Westeuropas könne aufgrund der geopolitischen Lage „mit dem der atlantischen Partner nicht deckungsgleich" sein. Nuklearmächte hätten eine andere Sicherheitsphilosophie als Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland, die nicht im Besitz von Kernwaffen seien, betonte der Antrag. Konkret verlangt die SPD den Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen. Offenbar möchte sie damit der NATO-Strategie der „flexiblen Reaktion" den Boden entziehen.

Egon Bahr, der die sicherheitspolitische Debatte des Parteitages eingeleitet hatte, warf der Bundesregierung vor, eine „Koalition der Aufrüstung" zu sein. In den vergangenen vier Jahren sei kein einziges Abkommen zur Rüstungsbegrenzung beschlossen worden, in den USA aber die „gigantischsten Rüstungsprogramme". Der SPD-Politiker verlangte als Antwort auf östliche Vorschläge eine Verlangsamung der Stationierung der NATO-Mittelstreckenwaffen in Westeuropa. Auf Betreiben des linken Flügels beschloß der Parteitag, auf das Einfrieren der Bonner Verteidigungsausgaben hinzuwirken. Ihr Anteil am Bundeshaushalt sollte nach Meinung der SPD 19 Prozent nicht übersteigen.

Seite 5: Ein Teil der Partei

Zusammenarbeit in Hessen: „Bedingtes Ja"

D. GURATZSCH, Lollar

Die hessischen Grünen haben die Weichen für die Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Holger Börner gestellt. Auf ihrer Landesmitgliederversammlung in Lollar bei Gießen billigten sie ihre Vereinbarungen mit der SPD über eine „Neuorientierung der hessischen Landespolitik" mit einer deutlichen Zweidrittelmehrheit. Allerdings ist die Zustimmung zum Haushalt 1984 und die Wahl des Ministerpräsidenten an die Voraussetzung gebunden, daß „in der Grube Mainhausen kein Giftmüll (Sondermüll Kategorie II und III) eingelagert wird".

Noch in letzter Minute hatte die hessische SPD die Entscheidung in Lollar durch weitere Zugeständnisse positiv zu beeinflussen versucht. So wird das Bundesland Hessen aus dem „Atomforum" ausscheiden. Die ursprünglich als Mülldeponie vorgesehene Fossilienfundstätte Messel wurde zum Naturdenkmal erklärt. Allerdings hatte Ministerpräsident Börner in Zeitungsinterviews ausdrücklich darauf hingewiesen, daß er bei der Grube Mainhausen „keine Möglichkeit" sehe, „noch draufzusatteln". Börner: „Wir brauchen ein Ja, und kein Ja, aber!"

Genau unter dieser Parole des „Ja, aber" wurde nun jedoch in Lollar das rot-grüne Bündnis von den Grünen abgesegnet. Börner hat angekündigt, daß in diesem Fall „die SPD insgesamt" entscheiden müsse. Das soll auf einem Landesparteitag am 2. Juni geschehen.

Seite 3: „Schraube enger drehen"

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Streik ins Schwarze

Von Peter Gillies

Aus den Regionen, wo Arbeitnehmer derzeit heiß, kalt oder sonstwie temperiert streiken, wird über eine auffällige Zunahme der Schwarzarbeit berichtet. Aber auch ohne einen Arbeitskampf steht die im Bruttosozialprodukt nicht registrierte Emsigkeit, meist als Nachbarschaftshilfe getarnt, in voller Blüte. Hin und wieder vernimmt man drohende Worte von Politikern und Verbandsgeschäftsführern, die Schwarzarbeit sei ein Skandal.

In der Tat, sie ist es. Denn meist ist sie mit Steuer- und Abgabenhinterziehung verbunden. Gleichwohl unterlassen die Klageführer derzeit keine Maßnahme, die Attraktivität der Schwarzarbeit zu steigern. Diese „Schweiz des kleinen Mannes" erfreut sich steigender Beliebtheit. Auch die Tarifparteien sorgen dafür. Die erzwungene Untätigkeit eines Arbeitskampfes ist eine Methode. Die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche verhülfe ihr sicher zu weiterer Blüte. Und der Vorruhestand mit 58 Jahren hätte die nämlichen Folgen, denn es ist abwegig, alle Arbeitnehmer ab 58 als so verschlissen hinzustellen, daß sie nicht noch dazuverdienen könnten.

Da bleibt auch die Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht untätig. Die letzten Erhöhungen von Mehrwertsteuer und Sozialabgaben stellen einen klassischen Anreiz dar, die Schattenwirtschaft weiter zu beleben. Die geplante Reglementierung von Überstunden sowie die zähe und viel zu lange Diskussion um die nächste Erhöhung der Mehrwertsteuer wirken in die gleiche Richtung, wie überhaupt ein starres Arbeits- und Steuerrecht in Verbindung mit der Überbürokratisierung geeignet sind, „weißes" Wachstum in „schwarzes" abzudrängen.

Statt diesen besonders schöpferischen und emsigen Bürgern, denen ein überbelastetes System die Legalisierung ihrer Arbeit verwehrt, die Rückkehr in die weiße Wirtschaft zu eröffnen, versucht man es mit Kriminalisierung. Dabei zeigt sich gerade bei den im Schatten Werkelnden die volle Kraft der Marktwirtschaft, ihre Flexibilität und ihr Fleiß. Vieles, was dort geschafft und geschaffen wird, bliebe sonst ungetan. Die dort erwirtschafteten Einkommen federn die Wirkung konjunktureller Schwankungen ab, müßten also eher erwünscht als verfemt sein.

Es wäre hilfreich, wenn sich Tarifparteien, Staat und Verbände darum bemühten, die schwarzen Schafe einzufangen, statt sie in ferne Koppeln zu treiben.

Härter in Chile

Von Manfred Neuber

In Chile wird das innenpolitische Klima rauher. Auf die Welle der Streiks und Demonstrationen, die Serie von Anschlägen und Überfällen reagierte Santiago mit einem Gesetz zur Terrorbekämpfung. Aber schon die geltenden Sicherheitsgesetze vermochten die Proteste nicht einzudämmen.

Mit einem weiteren Revirement in den Wirtschaftsressorts fing Pinochet kürzlich den öffentlichen Druck ein wenig ab. Falls die neuen Programme zur Arbeitsbeschaffung nicht greifen, könnten die nächsten Wochen zu den heikelsten seiner mehr als zehnjährigen Herrschaft werden.

Die Stellung des Staatschefs ist durch dubiose Grundstücksaffären und andere dunkle Geschäfte seiner Verwandtschaft angeschlagen: Diese Vorwürfe können nicht mit Behauptungen wie der einer Verschwörung ausländischer Kräfte gegen Chile vom Tisch gewischt werden. Auf die chilenischen Streitkräfte, die noch das Regime tragen, müssen solche öffentlichen Dispute demoralisierend wirken. In Pflichterfüllung und Unbestechlichkeit stehen seine Offiziere hoch über den korrupten Militärs manch anderer südamerikanischer Staaten; das erwarten sie auch von ihrem Oberbefehlshaber.

Als Pinochet im Frühstadium seiner Herrschaft vom Rotationsprinzip in der Führung der Junta abging und durch die neue Verfassung seine Vormachtstellung als Präsident zunächst bis 1989 festschreiben ließ, machte er sich bloß ein paar verprellte Generale zu Widersachern. Der jetzt wachsende Unwille läßt sich auf die Dauer nicht durch gesteuerte Beförderungen und Kommandos dämpfen.

Wenn das Ende seiner Ära nicht mit Schrecken über Chile kommen soll, sollte der Staatschef den Prozeß der Rückkehr zu einer geordneten Demokratie beschleunigen. Die breite politische Mitte, die Chile stets seinen Nachbarländern voraus hatte, gibt noch eine tragfähige Basis ab. Sie könnte jedoch bald an der politischen Radikalisierung und der wirtschaftlichen Krise im Lande zerbrechen.

Craxis Balance

Von Alfons Dalma

Der erste sozialistische Ministerpräsident der Republik Italien muß im Parlament eine Vertrauensfrage nach der anderen stellen und die offenen Abstimmungen gewinnen, wenn er die kommunistische Obstruktion überwinden und die eigenen Koalitionspartner an die Disziplin der Regierungsvereinbarungen binden will. Es geht nicht primär um dieses oder jenes Gesetz. Auf dem Spiel steht der Nachweis, daß überhaupt noch eine handlungsfähige Regierung möglich ist.

Eine der früher immer wieder angeführten Ursachen der Instabilität und der Kurzlebigkeit von Kabinetten ist ja weggefallen: die Unzuverlässigkeit der Sozialisten, die zwischen ihren Koalitionsverpflichtungen gegenüber dem Zentrum und den ideologischen Bindungen an die Einheit der Linken und damit an die Kommunisten pendelten. Dies chronische Gebrechen der gesamten Nachkriegszeit wurde durch den Aufstieg Bettino Craxis, insbesondere durch dessen Wahl zum Ministerpräsidenten, jedenfalls vorerst aus der Welt geschafft.

Am Vorabend dieses Wochenendes hat Berlinguers neuer Widersacher eine solche Vertrauensabstimmung mit einem sehr bequemen Abstand gewonnen. Er muß aber vor den Europa-Wahlen am 17. Juni mindestens noch zweimal ein Vertrauensvotum verlangen.

Denn einmal stellen die Kommunisten dreitausend Abänderungsanträge zu einer Regierungsvorlage. Dann reichen sie fünf Dutzend Vorschläge zur Tagesordnung des Parlaments ein. Anschließend melden sie hundertachtzig Redner zu diesem Thema an. Schließlich schicken sie jeden einzelnen ihrer zweihundert Abgeordneten auf das Rednerpult, offiziell zur Begründung der Stimmabgabe; faktisch verlesen die Genossen das Telephonbuch oder andere irrelevante Dinge, um die Filibusterzeit zu vertreiben.

Wie absurd das auch auf Außenstehende wirken mag, es belebt allemal die Lust der sogenannten Koalitionsfreunde, den Regierungschef über irgendeinen Fallstrick stolpern zu lassen. Nur die offene Abstimmung kann diese byzantinischen Spielchen vereiteln, denn der Lust fehlt es an Mut.



Der trauernde Hinterbliebene ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Umorientierungs-Parteitag

Von Peter Philipps

Helmut Schmidts Ära also ist vorüber auch in „seiner" Partei. Auf dem Parteitag in der Essener Grugahalle war der Kanzler des Nachrüstungsbeschlusses während der sicherheitspolitischen Debatte nicht einmal mehr anwesend. Erhard Eppler dagegen war nicht mehr der Guru der Minderheit; er konnte sich als väterlicher Integrator in Szene setzen.

Das Gefühl der Freiheit von Bonner Verantwortung sorgte für eine ungewohnt freundliche Grundstimmung. Es ist lange her, daß ein Parteitag so wenig innerparteiliche Bosheiten, so wenig Grundsatzstreit, so leichte Kompromißfindung in der Wirtschafts- wie in der Strategiedebatte brachte. Der Triumphator aus der ehemaligen Führungstroika, Willy Brandt, drückte freundlich Schmidts Hand. Es gibt wieder eine Troika, aber faktisch bestimmt einer.

Unter Brandts Stabführung ist die SPD wieder eine geschlossene Partei geworden, allerdings mit Aufschluß nach links: Die rechte Mehrheit, falls es sie noch geben sollte, ist flügellahm geworden. Der Seeheimer Kreis ist führungslos; Hans Apel ist durch sein Berliner Engagement schon zeitlich nicht in der Lage, die Lücke zu füllen. Angesichts dieser Situation kann es sich die Linke sogar erlauben, sich selber mit Anträgen Konkurrenz zu machen, um einmal auszuloten, wieweit sie schon gehen kann.

Bei der Strategiedebatte wurde dies Spiel probiert. Im Vorfeld des Parteitages hatte sich die Linke in der Waldau noch darauf geeinigt, den Leitantrag in der Fassung der Antragskommission zu unterstützen. Auf dem Parteitag kam dann überraschend eine Gruppe um die Bundestagsabgeordneten Gilges, Meinicke und Conradi sowie den Bremer Senator Scherf doch mit einem weitergehenden Initiativantrag. Siehe da, in Kampfabstimmungen wurden in der Antragskommission Formulierungen wie „eine grundsätzliche Umorientierung in der Sicherheitspolitik ist notwendig" in den Leitantrag hineinforciert. Das Ganze wurde dann einmütig von den Delegierten verabschiedet.

Zwar scheiterten die Initiatoren noch mit ihrem Wunsch, die Feststellung „die Bundesrepublik bleibt politisch und militärisch eingebunden in der Europäischen Gemeinschaft" aufzuweichen mit Formeln wie „die Bundesrepublik Deutschland findet das politisch und militärisch erreichbare Maß an Sicherheit in der Europäischen Gemeinschaft und der NATO nur dann, wenn sie ihre eigenen Sicherheitsinteressen innerhalb des Bündnisses ... durchsetzen kann". Aber wie lange noch?

Helmut Schmidt hatte seiner Partei Kontinuität empfohlen, um glaubwürdig zu bleiben und relativ schnell wieder in die Regierungsverantwortung zu gelangen. Auch Hans-Jochen Vogel beschwor mehrfach vor den Delegierten diesen Willen zur Kontinuität, damit sich die Bundestagsfraktion in der parlamentarischen Debatte mit der Union nicht selbst die Füße wegziehe. Doch in der Sicherheitspolitik steht Essen in der Kontinuität des „Nachrüstungs-Parteitags" von Köln im Oktober 1983, nicht in der Schmidts.

Im übrigen wartet alles darauf, was die Programmkommission unter Brandts Führung als Fortschreibung von Godesberg entwickeln wird. Und man träumt tatsächlich wieder von der Möglichkeit, schon 1987 in Bonn wieder auf der Regierungsbank Platz nehmen zu können. Die ungeschickte Handhabung des Amnestiegesetzes durch die Bonner Koalition gibt Auftrieb, vor allem die Not der FDP.

Eine SPD, die sich als kompetenter erwiese als die Koalition, hätte jetzt eine gute Ausgangslage. Aber in der Sicherheitsfrage schiebt die SPD sich weiter an den Rand des Bündnisses, wenn nicht darüber hinaus – Eppler, einer der Stars der Gruga-Halle, fühlte sich ermutigt, wieder auf „Glaubwürdigkeit in der Friedensbewegung" zu drängen – und eine intelligente Wirtschaftspolitik ist nach wie vor nicht absehbar. Im Gegenteil, man betonte den Schulterschluß mit den Gewerkschaften durch dick und dünn. Als IG-Druck-Chef Ferlemann unverhohlen die Pressefreiheit verhöhnte – man sorge beim Streik schon dafür, daß die Zeitungen erschienen, die nach Wunsch über den SPD-Parteitag berichteten – da trug ihm das Beifall der Delegierten ein. Es gab Zeiten, da hätten Sozialdemokraten dergleichen mit Empörung quittiert.

Der personelle Umbruch in der Partei ist noch nicht vollzogen, der inhaltliche Beschlüsse mit Personen verbindet, die dafür stehen. Es gab sogar Redner, die einen Mangel an Kompetenz einräumten. Wer sind die „Enkel", die Brandt einmal die Führung übernehmen sah? Apel, dem in Berlin die große Sprungbrettchance nachgesagt wird, trat in Essen kaum in Erscheinung. Mehr sogar als Brandt und Eppler beherrschte Oskar Lafontaine die Szene, getragen von einer breiten Welle der Zustimmung seit seiner demagogischen Meisterleistung auf dem Kölner Parteitag 1983.

Diesmal gab er sich geradezu einsichtig: „Ich bin für die 35-Stunden-Woche, aber nicht für vollen Tarifausgleich bei allen Lohngruppen. Eine Arbeitszeitverkürzung ist nicht ohne Preis zu haben. Und auch viele von uns müssen dann diesen Preis mitbezahlen." Trotzdem – nach der Schmidt-SPD zurück zur Brandt-SPD, und dann auf zur Lafontaine-SPD? Die Union muß sich wohl doch noch ein paar Heldenstückchen vom Amnestie-Typus leisten – oder ihr Kompetenz-Ansehen mit einer besonders untauglichen Steuergeschenkpolitik verspielen – bevor diese Vorstellung sich in eine Wählermehrheit umsetzt.



Kontinuität? Schmidt, Brandt, Glotz in der Gruga-Halle FOTO: DPA

IM GESPRÄCH Ardito Barletta

Der Millimeter-Sieger

Von Günter Friedländer

Chicago Boys" stehen in Lateinamerika nicht hoch im Kurs, aber Dr. Nicolas Ardito Barletta (45), der nach qualvoll langer Zeit als Panamas neuer „gewählter" Präsident proklamiert wurde, ist die Ausnahme: Er promovierte als Wirtschaftskundler ain unsauberes Ge-
schäft oder gar Korruption nachgesagt. Seine Gegner konnten ihm nur den hn auserkoren,
den Torrijismus bei den ersten Präsidentschaftswahlen seit sechzehn Jahren zu vertreten.

Ardito Barletta ist ein für Lateinamerika ungewöhnlicher Mann: Obwohl er sieben Jahre unter General Omar Torrijos Minister für Planung und Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsberater des Generals während der Verhandlungen um den neuen Kanalvertrag und lateinamerikanischer Vizepräsident der Weltbank war, hat niemand ihm je ein unsauberes Geschäft oder gar Korruption nachgesagt. Seine Gegner konnten ihm nur den Beinamen „Verschuldner" geben. Sie sagen, daß er Panama eine Auslandsschuld von drei Milliarden Dollar aufgeladen habe, etwa 1500 Dollar pro Kopf.

Er bestreitet das nicht, sagt aber, daß Panama nur so die für seine Entwicklung notwendigen Projekte finanzieren konnte: Landstraßen, Elektrizitätswerke und Zuckerraffinerien, für die man kein Privatkapital findet. Trotz dieser Entwicklungsprogramme sind jedoch an die hunderttausend Panamaer heute arbeitslos.

Den Kandidaten der Unade belastete, daß er der „Offizialist" war, den die Nationalgarde – ihr Name wurde vor einigen Monaten in „Verteidigungsheer Panamas" umgewandelt – unterstützte. Er hatte gegen die Mystik anzukämpfen, die den greisen Oppositionskandidaten Arnulfo Arias Madrid umgibt. Auf seiten der Torrijisten mußte er sich gegen den ehemaligen Befehlshaber der Nationalgarde, General Ruben Dario Paredes, wehren, dessen Anhänger dem Offizialismus nicht verzeihen konnten, daß er den General verriet.



Erbe des Torrijismus: Ardito Barletta FOTO: ATHENSTÄDT/DPA

Ardito Barletta geht mit einem Programm von vier Punkten in die Regierung: 1. die Befestigung des demokratischen Systems, 2. eine verantwortungsvolle, leistungsfähige und ehrliche Regierung, 3. eine an Panamas Interessen orientierte Außenpolitik, die es im westlichen Lager hält, 4. die Ausnutzung der Wirtschaftskonjunktur, die in vielen Industrieländern bereits spürbar ist, für Panamas Wohlergehen. Als Pragmatiker verteidigt er leidenschaftlich das Bankgeheimnis, um Panamas Rolle als großes internationales Bankenzentrum nicht zu gefährden.

Viele panamaische Demokraten meinen, daß sie mit Ardito Barletta leben könnten, wenn er in ehrlichen Wahlen siegte. Nun aber gewann er eher durch Dekret des Wahlgerichtes unter Ausschluß der Opposition – nach amtlichen Angaben beträgt sein Vorsprung ganze 1713 Stimmen – und das könnte ihm mindestens anfangs Schwierigkeiten bereiten. „Wir werden die besten Elemente der Torrijos-Jahre kopieren", sagt er. „Wir wollen das wirtschaftliche Wachstum durch eine Stärkung des Privatsektors ankurbeln; aber nicht die sozialen Probleme der Armen vernachlässigen."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

The Daily Telegraph

Das Londoner Blatt hält es für „nicht mehr unwahrscheinlich, daß die Sacharows eventuell sterben könnten":

Es gibt keinen Zweifel, daß es in der höchsten Führung des Kremls Männer gibt, die gerade jetzt darauf bestehen, den Sacharows keine Erleichterung zu gewähren. Dieses könnte von den Amerikanern eventuell als „Schwäche", als „Nachgeben" interpretiert werden und vielleicht sogar Präsident Reagans Wahlkampf nützlich sein. Wenn Sacharow stirbt, wäre das ein Verbrechen.

NEUE PRESSE

Die in Hannover erscheinende Zeitung kommentiert die Äußerungen des IG-Druck-Vorsitzenden Ferlemann:

Eigentlich müßte der Bundesverband Druck Erwin Ferlemann zum Ehrenmitglied ernennen, so gute Argumente hat der Vorsitzende geliefert. Wer über gute und schlechte Zeitungen philosophiert und den Genossen versichert, man werde beim Streik schon noch ein paar gute zur Berichterstattung über den SPD-Parteitag übriglassen, der braucht sich nicht zu wundern, wenn andere von Zensur sprechen.

Schwäbische Zeitung

Zum SPD-Parteitag schreibt das Blatt:

Die Feindbilder werden wieder in Ordnung gebracht, was sich die Kanzlerpartei SPD mit der Verantwortung des Regierungschefs für das gesamte Volk versagen mußte. Der Tarifstreit in der Metall- und Druckindustrie bietet den geradezu idealen Anlaß, die sogenannte Partei der Arbeit mit den Gewerkschaften wieder auszusöhnen ... Verschreibt sich die Sozialdemokratie tatsächlich und auf Dauer der Ideologie des Klassenkampfes, kann sie die Rückkehr an die Regierungsmacht wohl vergessen.

WESTFALENPOST

Zum Auftreten von Johannes Rau auf dem SPD-Parteitag schreibt die Hagener Zeitung:

Johannes Rau war eine Schwalbe ohne Sommer. Rau lebt einstweilen noch auf Kredit, weil seine Hauptaufgabe, als Ministerpräsident das Schicksal des größten deutschen Bundeslandes nach vorn zu entwickeln, in den Strukturkrisen steckengeblieben ist. Wenn er auf Führungsfähigkeit abgeklopft wird, dann ist nicht viel zu finden ... Hinter den aufsteigenden Ländern Baden-Württemberg und Bayern ist Nordrhein-Westfalen weit zurückgeblieben.

Die Presse

Die Wiener Zeitung sieht einen „Sieg Südafrikas":

Sicherheitsübereinkommen mit Angola und Moçambique leiteten einen Prozeß ein, der zum Ausbruch des so lange verfemten Systems im Süden Afrikas aus der Isolation führt. Von intensiven Besuchskontakten mit Europa bis zur sensationellen Ankündigung der Schwarzafrikaner, den Sportboykott gegen Südafrika abbrechen zu wollen, reichen Pretorias Erfolge.

Wie ein Minister den Kleinschreibern auf den Leim ging

Sonderbare, aber erfolgreiche Methoden eines österreichischen Vereins / Von Dankwart Guratzsch

Unter den Reformprojekten der Brandt-Ära ist die damals vor allem von Lehrergewerkschaftern geforderte Einführung der Kleinschreibung in der deutschen Schriftsprache eines der überflüssigsten. Ein gütiges Geschick hatte Gras darüber wachsen lassen. Jetzt kehrt das Thema auf verschlungenen Wegen wieder in die Schlagzeilen und auf die Schreibtische der deutschen Kultusminister zurück. Am 14./15. Juni soll es in der Kultusministerkonferenz behandelt werden.

Wer gab den Anstoß? Nicht ein übriggebliebener 68er oder ein um sein Profil bangender Schuldezernent, sondern – der rheinland-pfälzische Kultusminister Georg Gölter (CDU)! Und schon sind das Auswärtige Amt, die österreichische Botschaft in Bonn und das Bundesinnenministerium eingeschaltet. Ihnen allen scheint kaum bewußt zu sein, auf was für einen Leim sie gegangen sind.

Wie ein von der österreichischen Botschaft übermitteltes Memorandum, eine Verbalnote sowie ein beigefügtes „Regelwerk" suggerieren, ist die „Federführung in Fragen der Rechtschreibreform" für sämtliche deutschsprachigen Länder im Jahre 1977 auf geheimnisvolle Weise an Österreich übergegangen. Dort wiederum habe der damalige Minister und heutige Bundeskanzler Fred Sinowatz ein „Komitee" bestellt, das „zwischenstaatliche Gespräche" vorbereiten sollte. Vertreter der beiden deutschen Staaten, der Schweiz und Österreichs hätten sodann 1980 in Basel die Grundlagen „für das zu schaffende einheitliche Regelwerk für die gemäßigte Kleinschreibung" gelegt. Zwei Jahre später sei es in Wien „einstimmig verabschiedet" worden. Nun solle Bonn Stellung nehmen.

Das alles muß Gölter derart beeindruckt haben, daß er sich unverzüglich und mit persönlichem Bekenntnis zur Kleinschreibung in den Dienst der Sache stellte. Auch in der „DDR", so sei ihm berichtet worden, würden Fragen der Rechtschreibreform „intensiver behandelt und aufgearbeitet als in der Bundesrepublik", und seiner Kenntnis nach zeichne sich wohl auch eine „Mehrheit der Wissenschaft" in dieser Sache ab.

Hier überschätzt der Minister offensichtlich die Objektivität der Informationen, die ihm zuteil wurden. Sie stammen nämlich aus ein und derselben Quelle. Federführend ist dabei nicht Österreich, sondern der Wiener Professor Ernst Pacolt, von dem auch die irreführende Schilderung des Verfahrensganges stammt. Er ist „Obmann" eines Vereins mit dem Namen „Österreichische gesellschaft für sprachpflege und rechtschreiberneuerung", der seinerseits eng mit dem Institut für Deutsche Sprache in Mannheim zusammenarbeitet. Sowohl der Verein als auch das Institut kämpfen seit Jahren um die Kleinschreibung.

Dieser Kampf ist an sich nicht unehrenhaft. Er hatte in der Vergangenheit hervorragende Geister auf seiner Seite, allen voran Jakob Grimm. Freilich hatte er zu allen Zeiten auch mindestens ebenso prominente Gegner, von Johann Christoph Gottsched bis zur Dichterprominenz unserer Zeit. Es ist deshalb unabdingbar, daß die Argumente mit kritischem Sachverstand gewogen werden.

Der Wiener Verein indessen arbeitet mit höchst parteiischen Methoden. Übelstes Beispiel aus dem beigefügten Memorandum, mit dem er seine alleinige Kompetenz in dieser Sache untermauern will, ist der Hinweis auf seinen schärfsten Konkurrenten, den Wiener Sprachwissenschaftler Eugen Wüster. Dieser, so wird „dokumentiert", sei 1976 „beauftragt" worden, ein „Regelwerk für die vereinfachte Großschreibung" auszuarbeiten, also für das Gegenmodell zur Kleinschreibung. Aber das sei Wüster „nicht möglich" gewesen. Statt dessen sei dann das von Pacolt ausgearbeitete Regelwerk für die Kleinschreibung „als geeignet akzeptiert" worden.

Diese Darstellung grenzt an Frivolität, denn Wüster ist wenige Monate, nachdem er den Auftrag übernommen hatte, im Alter von 79 Jahren gestorben. Das von ihm in Angriff genommene Regelwerk für die vereinfachte Großschreibung indessen wurde von deutschen, österreichischen und schweizerischen Fachkollegen fortgeführt. Im Herbst 1982 wurden die Arbeiten abgeschlossen. Die dabei federführende Gesellschaft für deutsche Sprache in Wiesbaden hat das Regelwerk anschließend an alle deutschen Kultusminister verschickt und im Dezember 1982 in ihrer Zeitschrift „Sprachdienst" veröffentlicht. Keine Zeile darüber im Memorandum des österreichischen Vereins.

Das sind Methoden, die man durchaus entlarvend nennen kann, denn dergleichen kommt immer wieder von einer bestimmten ideologischen Seite, was auch ihr Anliegen sei. Zu hoffen steht, daß die deutschen Kultusminister die unsauberen Vorgänge durchschauen und die Entscheidung an die einzige Instanz zurückgeben, die Vertrauen verdient: den Sachverstand. Ihm hat nicht das Wiener, sondern das Wiesbadener Gutachten ein hervorragendes Zeugnis ausgestellt.

Am Funkturm wirbt die Sonnenblume für Berlin

Am 26. April 1985 ist es soweit: Der Bundespräsident, Ex-Bürgermeister und – wie er sich selbst nennt – Wahl-Berliner Richard von Weizsäcker wird den „Garten Eden" eröffnen. Für 200 Millionen Mark entsteht im Südosten Berlins die Bundesgartenschau 1985.

Von H. R. KARUTZ

Der Start für das aufwendige Unternehmen Bundesgartenschau, das Unternehmen, einer Millionenstadt mehr Chlorophyll und chlorlose Seen zu bescheren, war vor zehn Jahren: Harry Ristock, Berlins populärster Politiker unter den Gärtnern, verbündete sich 1975 mit dem „Zentralverband Gartenbau e. V." in Bonn: „Als Termin war damals nur noch 1985 frei", erinnert er sich.

Sämtliche anderen Bundes-Präsentationen von Wiesen und Zwerg-Wäldern, Auen und anmutigen Hügeln und Hainen waren längst an ehrgeizige Stadtväter andernorts in der Bundesrepublik vergeben.

Unter den Berliner Örtlichkeiten fiel die Wahl nicht schwer: am Rande Neuköllns, der alten Arbeitervorstadt mit bürgerlichen Einsprengseln, machten die Park-Manager das Areal aus. Nicht weit von der Mauer entfernt, auf einem ehemaligen Kornfeld, von Kleingärten eingerahmt und einer echten Windmühle – ein gutes Stück Berlin.

Auf einhundertundeinem Hektar schoben unterdessen – politisch inzwischen von fünf verschiedenen SPD-, CDU-, FDP-Senatoren gedüngt – die Bagger eine Kunstlandschaft zusammen. In der Parkmitte schimmert der unterdessen sauberste See Berlins – kein Motorboot trübt seinen Spiegel. Theodor Fontane geriete – ähnlich wie am Werbellinsee oder Stechlin – ins Schwärmen: Berlin, das eingemauerte, holt sich die Mark Brandenburg in seine Mauern. Können die Berliner schon nicht ohne Mühe und Plage in die Natur ringsum, bereiten sie sich ihre grünen Arrondissements eben selbst ...

Das Symbol dieses „sommerlangen Gartenfestes" (Planungssenator Horst Vetter) ist eine vorwitzige Sonnenblume. Sie sprießt zu Füßen des Funkturms.

Natürlich wollen die Baumeister in Grün und märkischem Ziegelrot dort draußen neben den alten Gutsdörfchen Britz und Buckow die phänomenalen Besucherzahlen von München 1983 einholen. „An der Isar handelte es sich um eine internationale Gartenschau, was sicherlich zum Teil auch die rund zehn Millionen Besucher erkärt", sagt die BUGA-Dame.

Auf sieben bis acht Millionen Spaziergänger und Wanderer wollen es die Berliner indessen ebenfalls bringen.

Beim Entrée will sich der zuständige Senator an München orientieren: „Dort kostete die Einzelkarte neun Mark, das Familien-Dauerticket 98 Mark. Vielleicht koppeln wir das Billett mit einer Bus- oder U-Bahnkarte."

Denn vor einem beträchtlichen Problem stehen die Berliner: viel Park, aber wenig Park-Plätze. Eher abschreckend empfanden die vielen berlinischen Gärtner, die 1983 von Amts wegen die Münchner Schau inspizierten, die organisierte Bewachung: „Also, diese ‚Schwarzen Sheriffs' wie in München kommen mir hier nicht hinein", ordnete Senator Vetter an und ahmt – durch eigene Studien an der Isar problembewußt – den wiegenden Gang der Leder-Männer nach. Beim Berliner Grün-Festival sollen ansehnliche, aber beherzte Stewardessen den Park-Frieden schützen – vielleicht in Erdbeerrot gewandet.

„Berlin will sich leger, will sich zivil geben. „An schönen Tagen werden sich hier 30 000 Menschen gleichzeitig aufhalten", mutmaßt der technische Bauchef Hendrik Gottfriedsen. Er liegt mit seinen Leuten im Netz-Plan. Die BUGA-Besatzung will die grüne Show so inszenieren, „als ob die Anlagen schon seit 20 Jahren bestehen", schrieb Gottfriedsen in einem Fachblatt.

Berlins bislang noch namenlosem Park Nr. 14 – und dabei sind die Grünanlagen im Osten der Stadt nicht mitgezählt – wird es an nichts mangeln: Es sei denn, man suchte die buchenrauschende Romantik englischer Landschaftsparks aus der Hand preußischer Grün-Gestalter wie Peter Josef Lenné aus der Schinkel-Ära.

In Britz dürfen hingegen die Kinder an Strandabschnitten mit Feuer „kokeln", läßt sich auf sogenannten „Rindenschrot-Wegen" wie in Waldes-Einsamkeit auf fußfreundliche Weise fürbaß marschieren. Für Müde, die alle 22 Kilometer Pfade und Steige bewältigt haben, schlängelt sich ein Park-Bähnle fünf Kilometer weit durch die Natur.

Auch der „Alte von Rhöndorf" hätte an diesem Gartenparadies oder Paradies-Garten seine Freude gehabt. Denn auf dem Parkgelände erstreckten sich einst die weitesten Rosenfelder Europas. Züchter der dornigen Schönheiten aus aller Herren Länder werden den Besuchern ihre jüngsten Geschöpfe zum Blühen bringen.

Ein Jahr nach Orwell blüht den lustwandelnden Besuchern auch ein futuristisches Begleitprogramm: Ein wenig „documenta" à la Kassel, ein wenig Provokation und Nachdenklichkeit unter freiem Himmel. Zu einem „Kosmologischen Park" zählt beispielsweise ein „Kalenderplatz", auf dem in die Luft gereckte Stundenrippen durch ihr Schattenspiel exakt die Tageszeit markieren. Zwischen der letzten vor Mitternacht und der, die zwei Uhr in der Früh' anzeigt, entsteht ein Café, das in einen Erdwall hineinragt. Sonnenenergie speist die Klimaanlage dieses Gebäudes – auch architektonisch arrangieren die Berliner ihre BUGA-Rezepte „mit Sahne".

Fünf Millionen Mark darf die Kunst in der Natur kosten. Über einem der Haupteingänge werden in 30 Meter Höhe drei ellipsenförmige knallrote Fesselballons schweben und als Signalpunkt den „spielerisch-lustvollen" Charakter dieser Ausstellung betonen.

Anderes verspricht nicht weniger Unterhaltungswert – eine 6,30 Meter hohe Langohr-Figur erinnert an ein verschwundenes Lokal „Zum Goldenen Esel", ein Steinhaus auf der „Liebesinsel" im See weist ein archaisches „Seelenloch" in einem „Winkel von 75,8 Grad nach innen" auf, irgendwo werden „Windharfen" ihren überirdischen Gesang anstimmen, und irgendwo in einer Ecke wachsen die naturbelassenen Bäume und Kräuter einer verlassenen S-Bahn-Strecke. Ärger gab es bisher nur um 64 abgestorbene, weiß angestrichene Bäume, die den Umwelt-Pavillon umstellen und den sterbenden Wald symbolisieren sollten.

Die Größenordnungen zwischen der heutigen und der eigentlichen Hauptstadt wahrend, taufte kürzlich Bonns Oberstadtdirektor eine Fußgängerbrücke auf der Berlin-BUGA auf den Namen „Bonner Steg". In der Rheinaue gibt es seit Jahren schon eine „Berliner Brücke".



Noch gehört ein wenig Phantasie dazu, doch der Musikpavillon ist schon gut zu erkennen
FOTO: E. KASPERSKI



Landesversammlung der hessischen Grünen in Lollar: Ein Ja zur Zusammenarbeit mit Börner
FOTO: HEINZ WIESSELER/DPA

„Wir werden Jahr für Jahr die Schraube enger drehen"

Grünes Licht der hessichen Grünen für eine parlamentarische Zusammenarbeit mit der SPD-Landesregierung. Erstaunlich hoch fiel der Sieg der „Realpolitiker" über die „Radikalökologen" aus.

Von DANKWART GURATZSCH

Ministerpräsident Holger Börner will sich erst am Montag äußern." Sein Pressesprecher Edgar Thielemann, im grauen Anzug mit Schlips und Kragen eine der exotischsten Erscheinungen auf dem Grünen-Landesparteitag in Lollar bei Gießen, versicherte es den wartenden Presseleuten an der Biertheke vor dem Bürgerhaus wieder und wieder. Börner und die gesamte hessische SPD-Spitze würden nach Essen zum SPD-Bundesparteitag fahren. Dort würden sie am Sonntag abend zu einer Vorstandssitzung zusammenkommen. Erst dann sei mit einer Stellungnahme zur Entscheidung der Grünen über ihre Zusammenarbeit mit der SPD zu rechnen.

Bei den hessischen Grünen deutete man das so: Die hessischen Sozialdemokraten müßten sich wohl mit der Bundesspitze ihrer Partei abstimmen, ob das Bündnis mit den Grünen in Hessen noch in die „neue Gesamtstrategie von Glotz paßt". Das sei nun Sache der SPD. Die Grünen hätten mit ihren Beschlüssen von Lollar endgültig ihre „Politikfähigkeit" bewiesen.

Noch wenige Minuten vor der entscheidenden Abstimmung um 19.18 Uhr hatte niemand Prognosen gewagt. Jedes dritte Mitglied der 2992 eingeschriebenen hessischen Grünen war in die 9000 Einwohner zählende Gemeinde acht Kilometer nördlich von Gießen mit ihren Eisenwerken, ihrer spätgotischen Kirche und ihren blühenden Fliederbüschen angereist. Viele mit Schlafsäcken unterm Arm und mit Kleinkindern an der Hand. Nun hockten sie spannungsgeladen in den dichtgestellten Sitzreihen und beklatschten wechselweise die Redner der beiden „Fraktionen" – der „Realpolitiker", die sich für das Bündnis mit der SPD stark machten, und der „Radikalökologen", die es vereiteln wollten. Am Beifall ließ sich nicht messen, auf wessen Seite die Mehrheit war. Im Vorraum wurden Wetten angenommen.

Es war die größte und vom äußeren Ablauf her zugleich die ruhigste, diszipliniertete Mitgliederversammlung in der Geschichte der hessischen Grünen. Einige von den führenden Leuten sah man mit neuen, „verbürgerlichten" Frisuren. Die Plakate waren nicht auf Wände und Fensterscheiben, sondern sauber auf Stellwände geklebt. Das Präsidium saß auf einem Podium – undenkbar in den frühen Aufbruchsjahren der Grünen. Gegen 15 Uhr erschienen Polizisten und Feuerwehrleute, ohne daß ein einziger Protestschrei zu hören war. Eine Bombendrohung war eingetroffen. Die Leute blieben ruhig auf ihren Plätzen. Auch als draußen ein geparkter VW-Käfer brannte, hielt es das buntscheckige Parteivolk auf den Sitzen.

Karl Kerschgens, der frühere Kaplan und Dozent, sprach das Plädoyer für die Annahme der Vereinbarungen mit der SPD. Zwar müsse er „traurig und bitter eingestehen", sagte er in seiner unaufgeregten, abgemessen Sprechweise, daß „in wichtigen Punkten unser Verhandlungsziel nicht erreicht wurde" (drei Klatscher), daß die Startbahn in Betrieb gegangen, kein Nachtflugverbot durchgesetzt und die Atomkraftwerke Biblis A und B nicht zum Stillstand gebracht worden seien. Aber die Vereinbarungen eröffneten die Möglichkeit „zu beweisen, daß wir Grüne nicht spinnen, sondern reale Politik machen, die auch in die Zukunft trägt".

In der Sozialpolitik, dem Ausbildungswesen, der Ausländer- und der Luftreinhaltepolitik sei der SPD einiges abgetrotzt worden – zwar keine revolutionären Umwälzungen, aber notwendige Reformen. Dasselbe gelte für die dezentrale Energieversorgung, Abfallwirtschaft, Förderung von Basisinitiativen, von alternativen Wirtschaftsformen und Freien Schulen. Das hessische Wirtschaftsministerium werde aus dem Atomforum austreten. Die Fossiliengrube Messel sei vor dem Mülltod gerettet.

Dann brachte Kerschgens die entscheidenden Vorbehalte ein: Die von Börner für unverzichtbar erklärte Giftmülldeponie in Mainhausen sei „den Grünen nicht zumutbar" (da brauste zum erstenmal der Beifall auf). Die Grünen würden auch in Zukunft nicht stillhalten, sondern „in ständigen Auseinandersetzungen mit der SPD" ihre Ziele einfordern. Wenn sie den Vereinbarungen zustimmen würden, könnten sie eine Regierung wählen, die sie kontrollieren könnten „und gegen die beim Bruch der Vereinbarungen auch ein Mißtrauensvotum möglich ist".

Der Nachrücker der grünen Landtagsgruppe, Chris Boppel, sagte es später noch etwas deutlicher: „Wir werden Jahr für Jahr die Schraube enger drehen für das, was die Industrie sich noch leisten kann in diesem Land" (tosender Beifall). „Holger, der Kampf geht weiter!" (Klatschen, Juhu- und anfeuernde Rufe)

Die „Radöks" mußten das ganze Vokabular ihrer „Gesellschaftskritik" aufbieten, um die Zugkraft dieser Perspektive auf das Parteivolk abzuschwächen. Jan Kuhhert, ebenfalls „Nachrücker" und einer ihrer besten Rhetoriker, warnte vor dem „Schritt in den Machtapparat des Staates", der die Basisinitiativen korrumpieren werde. Er erinnerte an das, was die Grünen stark gemacht habe, an die Startbahnbewegung, der man nun in den Rücken falle, an die Anti-AKW-Bewegung, die nun mit dem „Einstieg in die Tolerierung der Atomkraft" durch die Grünen, ja womöglich den „Eintritt in den Plutoniumstaat" verraten werde. Wenn sich die Grünen die Mitverantwortung für eine solche „lebensfeindliche Politik" aufdrängen ließen, würden sie am Ende „gemeinsam mit dem schlingernden SPD-Tanker auf Grund laufen".

Der Beifall war riesig, aber er verpuffte wie ein Feuerwerk. Als die Kuhnert-Fraktion am Ende mit 70 gegen 30 Prozent der Stimmen unterlag, wußte niemand zu erklären, was den Ausschlag gegeben hatte. Waren viele Teilnehmer durch die Reden der „Radöks" zu sehr an das Vokalubar der 68er Bewegung und der K-Gruppen erinnert worden? Waren sie wirklich, wie Manfred Zieran, der Mitstreiter Kuhnerts, am Ende meinte, „eigentlich alle dagegen gewesen und nur aus Angst, ins Nichts zu kippen, umgeschwenkt"?

Der große Sieg eines kleinen Winzers

Von A. GRAF KAGENECK

Georges Böhler, Bürgermeister der 452-Einwohner-Gemeinde von Kuttolsheim im Elsaß, hat vielleicht einen entscheidenden, ja historischen Durchbruch im Jahrhundert-Kampf französischer Kleinwinzer gegen das Monopol der großen Weinanbaugebiete und ihrer weltberühmten Weine unter dem Label „Appellation controllée" geschafft.

Nach 20 Jahren nimmermüden Einsatzes ist es ihm gelungen, für seinen Weinberg von zweieinhalb Morgen an den Hängen des Kochersbergs hinter dem Dorf das Markenzeichen „Vin de pays" (Landwein) zu bekommen. Wer aber in Frankreich ein solches Markenzeichen erhält, und zwar nach oft jahrelanger Prüfung durch eine Experten-Kommission des Départements, darf seinen Wein vermarkten.

Bisher durften Böhler und die von ihm mitverwalteten Gelegenheitswinzer von Kuttolsheim, auf halbem Wege zwischen Straßburg und Saverne am Rande des Straßburger Bekkens gelegen, die Produktion ihrer Reben nur alleine verzehren. „Dabei ist Kuttolsheim eine uralte Weingemeinde", erzählt der stämmige Alemanne aus dem Nord-Elsaß. „Im 18. und 19. Jahrhundert haben unsere Vorfahren einen vorzüglichen, bis in die Pfalz hinein geschätzten Wein produziert, bis dann die drei Kriege in einem Jahrhundert und die politischen Veränderungen die Strukturen verändert haben. 1945 hätten wir gleich wieder mit dem Weinbau anfangen sollen, damals hätte uns niemand daran hindern können. Aber unsere Väter haben's verschlafen."

Die Davids gegen das mächtige „Civa"

Wer die Kuttolsheimer Winzer daran hinderte, wieder an die Gewohnheiten ihrer Vorfahren anzuknüpfen, verschweigt der Bürgermeister verschmitzt. Bald nach dem Krieg wurde das „Civa" ins Leben gerufen, das allmächtige „Interprofessionelle Comite für den Elsässerwein", der alle am Weinbau interessierten Berufe, die Winzer, die Händler, die Transporteure und sogar die Gastwirte zusammenfaßt und für eine reibungslose Vermarktung von jährlich gut einer Million Hektoliter des edlen Rebensaftes aus der oberrheinischen Tiefebene sorgt.

Das Civa überwacht die Reinheit der „Appellation controllee du Vin d'alsace", es legt Absatzkontingente fest, bestimmt weitgehend die Preise. blen Gewächse schütten möchte. Gegen die Offensive der Davids aus Kuttolsheim hatte Civa-Präsident Paul Bouard in Straßburg denn auch seit 1975 immer das Argument ins Feld geführt, die Zulassung weiterer Anbaugebiete des Elsaß zu einem „Label" könne nur der gesamten Winzerschaft des Elsaß schweren Schaden zufügen.

Gegen dasselbe Argument haben sich Hunderte von anderen französischen Winzern zu allen Zeiten durchsetzen müssen. Denn Frankreich wacht eifersüchtig über die Reinheit seiner weltberühmten Anbaugebiete und setzt mit äußerster Gesetzesstrenge die Normen für Produktion und Verkauf. Wie er in der Mode oder der „haute cuisine" keine unlautere Konkurrenz duldet, so hält der Zentralstaat seine schützende Hand über Champagne, Burgund, Beaujolais, Elsaß, Rhône-Hügel oder das Bordelais.

Aber zäh haben sich die Kleinen in das Monopol der Großen hineingedrängt. So gibt es heute den „Vin de table", den Tafelwein, der oft genauso gut ist wie eine Appellation oder ein Qualitätswein, nur eben ein paar hundert Meter weiter wächst; da gibt es den „Vin coteaux", den Wein der Rebhänge, oder den „Vin de pays", den Landwein. Sie alle sind ein wenig preiswerter als die berühmten Vorbilder, aber nicht unbedingt schlechter.

Im Elsaß dauerte der Kampf etwas länger

Im Moseltal bei Metz hat ein Winzer sogar wieder einen Weinberg zu pflanzen begonnen, dessen Produkt einst unter dem Deutschen Kaiserreich als „Schloß Vaux" eine weit über Lothringen hinausgehende Berühmtheit erlangte und heute in Eltville unter dem gleichen Namen weiterlebt. Ebenso geht es Winzern im Maas-Tal bei Verdun oder im Yonnetal bei Chablis im Norden von Burgund. Sie alle haben sich mit Fleiß und Zähigkeit ihren Anteil an der Sonne neben den Großen gesichert.

Nur im Elsaß, bei den alemannischen Dickschädeln, dauerte der Kampf etwas länger. Georges Böhler hat ihn gewonnen. „Was machen meine lächerlichen zweieinhalb Morgen Wingert schon aus", sagt er. „Selbst wenn es uns gelingt, die sieben Gemeinden rund um den Kochersberg in unser Label einzubeziehen, werden wir höchstens 700 Hektoliter im Jahr produzieren können. Das ist ein Tropfen im Meer."

Frauen in der US-Army – seit zehn Jahren ein Reizthema

Frauen sollen einen Teil der absehbaren Lücken in der Bundeswehr füllen. Das ist noch nicht beschlossene Sache, aber ein Ziel. Kein unproblematisches Unterfangen, wie die Erfahrungen der US-Streitkräfte mit dem schöneren Geschlecht zeigen.

Von RÜDIGER MONIAC

Mitternacht ist längst vorbei. Irgendwo mitten in den Zedernwäldern von Texas übt die Truppe. Ein Korpsgefechtsstand liegt im Gelände. Tarnnetze überspannen die Kommandowagen. Röhrend geben Generatoren Strom zur Beleuchtung und zur Klimatisierung der Kommandowagen.

Unter den Soldaten an den Lagekarten, Telefonen und Schreibmaschinen sind auch Frauen. Jeder zehnte Soldat in der US-Army ist eine Frau. Die Truppe nahm sie, als der Kongreß nach der schmählichen Niederlage der USA in Vietnam in einem Akt quälerischer Selbstbefreiung für die Nation 1973 die Wehrpflicht für Männer abschaffte. Von da an war die Truppe auf Freiwillige angewiesen. Da sich nicht genug Männer für die Armee meldeten, setzten sich die durch, die auch den Frauen den Weg in die Streitkräfte öffnen wollten.

Nach einer Aufstellung des Pentagon vom letzten Februar gehören dem Heer jetzt 75 500 weibliche Soldaten an, der Luftwaffe 65 500. Bei der Marine dienen 46 200 Frauen. Der Rest der rund 200 000 Frauen in den US-Streitkräften ist bei den „Marines", den für ihre Härte bekannten „Ledernacken", eingesetzt. Theoretisch ist ihnen kein Posten verschlossen. Sie können einen Panzer fahren, dessen Kanone bedienen, und sie können General werden. Sie haben die gleichen Rechte wie die Männer. Theoretisch.

Die Wirklichkeit aber sieht anders aus. Obwohl heute männliche und weibliche Soldaten in den US-Streitkräften seit mehr als zehn Jahren eng neben- und miteinander arbeiten, steht die Armee immer noch vor denselben psychologischen wie praktischen Problemen wie am Anfang. Einige Beobachtungen, die während der Korpsstabsübung gesammelt wurden:

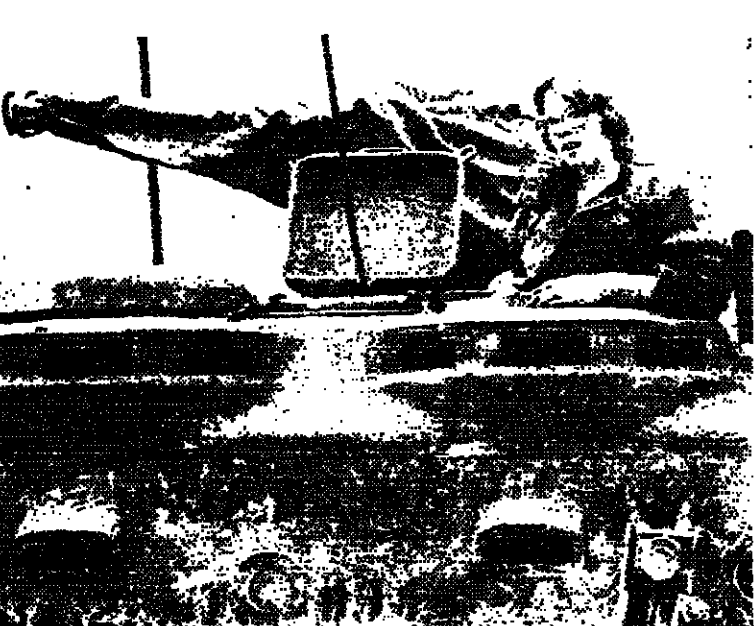
In den texanischen Zedernwäldern gehören auch Klapperschlangen, deren Biß für Menschen ohne ärztliche Hilfe mit Sicherheit tödlich ist, zur Fauna. Das feste Schuhwerk des Kampfanzuges aber schützt die Soldaten vor dieser Gefahr, solange sie aufrecht gehen können und nicht wegen Feindfeuers kriechen müssen. Dennoch bestand eine der jungen Frauen, ein Soldat im Range eines Gefreiten, darauf, den im Innern hell beleuchteten Kommandowagen nur in Begleitung und mit zweiter Taschenlampe zu verlassen. Aus Tarngründen sollte deren Licht immer durch einen Rotfilter abgedunkelt sein. Doch die Furcht vor den Klapperschlangen war größer als der Gehorsam. Meist leuchteten sich die Mädchen den Weg zur Toilette mit weißem Licht aus.

Natürlich gibt es auch unter Männern „Angsthasen". Der Einwand ist berechtigt. Noch nie aber war zu beobachten, daß ein Soldat beim Reinigen des Gewehrs die Hilfe eines anderen gebraucht hätte. Bei einer der Soldatinnen aber reichte die Kraft ihrer Hände nicht, um den Griffschutz über dem Lauf ihrer halbautomatischen Handfeuerwaffe zu entfernen. Fast flehend ging sie jedesmal ihren Vorgesetzten, einen Mastersergeant, an. Dieser Soldat mit Kampferfahrungen aus Korea und Vietnam, ein Schwarzer, mit dem ausgeglichenen Gemüt eines Zwei-Zentner-Mannes versehen, brummte dann nur unwillig: „Selbermachen! Kameradschaft hat nichts mit Babywickeln zu tun."

Die junge Frau zeigte darüber völliges Unverständnis. Für sie schien selbstverständlich, daß ihr der „Kamerad" zu helfen habe. Sie hatte nie erfahren und wahrscheinlich hatte es sie nie jemand gelehrt, daß soldatische Kameradschaft etwas viel Bedeutenderes ist als die Hilfe beim Gewehrreinigen. Der Mastersergeant jedenfalls, der den Wert der Kampfgemeinschaft im Krieg und die Notwendigkeit schon erlebt hatte, sich bedingungslos auf den Nebenmann, den Kameraden, verlassen zu müssen, faßte seine Erfahrung sibyllinisch: „Ich weiß schon, was Kameradschaft ist. Dieser 'bullshit' bestimmt nicht."

In seinen Worten offenbarte sich das totale Mißvergnügen über seine Situation, in der er gezwungen war, die ihm unterstellten drei jungen Frauen als veritable Soldaten anzuerkennen und zu behandeln. Nicht nur in dieser Nacht blieb, wenn die auf dem Papier simulierten Kampfhandlungen den Stabshelfern eine Verschnaufpause ließen, genügend Zeit, über Frauen als Soldaten zu diskutieren. In jeder anderen dieser Übung kam das Thema immer wieder. Selbst nach einem Jahrzehnt ist das Zusammenarbeiten und -leben von Frauen und Männern in der Armee noch nicht bewältigt.

Im Pentagon scheint auch längst Nüchternheit eingekehrt zu sein. Dort haben die Personalplaner eingesehen, daß der Umfang der Streitkräfte nicht mehr unbedingt auch von Frauen auf volle Stärke gebracht werden muß. Die Probleme, die sich die Armee damit schafft, sind letztlich größer, als wenn der Anteil der weiblichen Soldaten wieder reduziert würde. Jeder zehnte der weiblichen Soldaten ist schwanger und fällt damit für rund ein Dienstjahr aus.



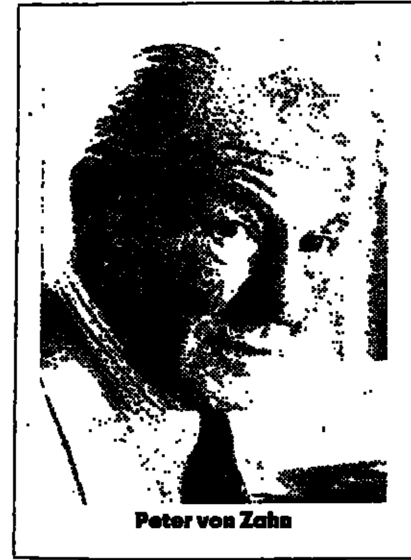
Alltag in der US-Army: Eine Frau auf dem Bergepanzer
FOTO: KLAUS MEHNER

Sicher belastet ein gewisses erotisches Klima die Arbeit in der US-Armee. Offiziell wird in der Truppe darüber geschwiegen, daß so mancher Fall von Vergewaltigung aus dem engen Zusammenleben von Frauen und Männern in der Kaserne resultiert. Ungern auch redet man im Pentagon darüber, was man, wenn man gute Freunde in der Armee hat, dennoch erfahren kann. Da gibt es geradezu „liebestolle" weibliche Untergebene, die es mit ihren „Waffen" vermögen, männliche Vorgesetzte arg in Bedrängnis zu bringen. Am Ende leiden die Erfüllung der dienstlichen Aufgaben und die militärische Disziplin.

Besonders wenn die Truppe zum Manöver ins Gelände zieht und die hygienischen Bedingungen mangelhaft werden, halten Frauen weniger gut durch als Männer. Sie sind nicht so belastbar und haben, wie die gewiß nicht unbedingt allgemeingültigen zwingenden Beobachtungen aus Texas zeigen, auch ihre psychologischen Schwierigkeiten. Dies alles weiß die Armeeführung inzwischen aus eingehenden Analysen. Vorsichtig versucht deshalb das Pentagon, seine Politik zur Rekrutierung von Frauen zu revidieren. Hilfreich ist dabei, daß es im Augenblick genügend männliche Freiwillige gibt.

Eliten in den USA: Gleichheit und Wettbewerb sind kein Widerspruch, sondern ergänzen einander ideal

Als Hans-Dietrich Genscher seiner Partei das Thema Elite ans Herz legte, ahnte er wohl kaum, was er damit heraufbeschwören würde. Die Diskussionen darüber wurden im Laufe der letzten Monate eher hitziger denn sachlicher. Elite – das ist in Deutschland ein weltanschauliches Reizwort. Ganz anders in den übrigen großen Industriestaaten. Selbst die Sowjetunion setzt auf die Kader der Auserwählten. Die WELT wird sich in einer lockeren Folge mit der Bildung und dem Wirken von Eliten in Ländern wie Japan, Frankreich, Großbritannien, der Sowjetunion oder der „DDR“ beschäftigen. – Peter von Zahn beginnt mit einem Bericht aus den Vereinigten Staaten.



Peter von Zahn

Der Journalist und Fernsehproduzent Peter von Zahn („Reporter der Windrose“) war zehn Jahre lang Amerika-Korrespondent des NDR. Er gilt als einer der besten Kenner der USA. Der gebürtige Chemnitzer, Jahrgang 1913, übrigens ein Nachfahre Lessings, studierte in Wien, Jena und Freiburg Geschichte, Publizistik und Philosophie. Nach dem Kriege baute er den Nord- westdeutschen Rundfunk (NWDR) mit auf, wurde Auslandskorrespondent und gründete schließlich eine eigene Film- und Fernsehproduktion.

Das Land, wo Gott den Auserwählten ein Zeichen gibt und ihre irdischen Werke zu lichtem Gold werden läßt

Akademische Prozession an der Harvard University: Eintrittskarte für einen Logenplatz im großen Theater der Gesellschaft. FOTO: AP

Von PETER von ZAHN

Zum amerikanischen Credo gehört, daß jeder Knabe Präsident der Vereinigten Staaten werden möchte und daß es jeder werden kann, der das Zeug dazu hat. Was genau das Zeug ist, darüber herrschen die unterschiedlichsten Ansichten. Sicher aber muß man *nicht* aus alter Familie stammen, eine vornehme Schule besucht haben, reich sein oder weithin bekannt, mit einem Wort: zu den Eliten gehören.

Unter den acht Präsidenten seit 1945 zählte nur Kennedy zu einer offensichtlichen Elite. Alle anderen, von Truman bis Reagan, hatten keinen fliegenden Start ins Leben, sondern mußten sich aus eher obskuren Ursprüngen emporarbeiten. Die neue Welt in ihrem Bedürfnis nach Gleichheit verlangt es so. Ein Mann wie du und ich, der es beim Aufstieg schwer gehabt hat, erfüllt die Träume der Wähler besser als einer, der mit dem goldenen Löffel im Mund geboren ward.

1956 ließ sich ein Präsidentschaftskandidat, wo er ging und stand, vor der maßstabsgetreuen Kopie der Blockhütte knipsen, in der er das Licht der Welt erblickt hatte. Das war zugkräftiger als die Erwähnung seines Millionenvermögens.

. . . und die Lowells sprechen nur mit Gott

Herkunft aus einer Elite ist weder Vorbedingung noch hilfreich für das höchste Amt. In den Vorräumen der Macht spielt sie jedoch eine Rolle, die den Gleichheitsgrundsätzen zu widersprechen scheint. Ein Doppel-Steckbrief soll das erläutern. Also: Alte Familie Neuenglands. Vorfahren Geistliche oder Staatssekretäre. Konfession: Hochkirche oder presbyterianisch. Klassische Erziehung in wohlbeleumdetem Internat, Rechtsstudium in einer der „Efeu“-Universitäten Harvard, Yale oder Princeton. Sekretär eines Obersten Richters oder Juniorpartner in einer Wall-Street-Anwaltsfirma. Abwechselnd Berater im diplomatischen Dienst und in der freien Wirtschaft. Mitglied akademischer Klubs und der Republikanischen oder Demokratischen Partei am Wohnort. Tätig in kirchlichen Gremien, karitativen Beiräten und im „Board“ von Stiftungen. Weitgereist und belesen, Kenner französischer Rotweine und lateinischer Zitate, gut mit der Feder, druckreif auf dem Vortragspult, nicht ungeschickt auf dem Pferd und am Steuer einer Segelyacht. Kleidung unauffällig elegant. Wohnungseinrichtung: abgenutzter amerikanischer Kolonialstil. Verheiratet mit Frau ähnlicher Herkunft. Überzeugt, daß dem Gentleman und den Völkern die Befolgung strikter Rechtsgrundsätze aufs beste bekommt. Vermögen: zunächst gering.

Wer es noch nicht geraten hat, wird bei nochmaligem Überlesen in diesem Steckbrief sowohl John Foster Dulles wie Dean Gooderham Acheson wiedererkennen – zwei Außenminister rivalisierender Parteien und gegensätzlicher Temperamente, doch verwandt in Erziehung und ungebrochenem Verhältnis zur Macht; in Gesichtsschnitt, Sprache und Haltung typische Vertreter der Ostküsten-Elite Amerikas. Diese Schicht hat die Vereinigten Staaten 200 Jahre lang mit Führung auf allen Gebieten des Lebens versorgt.

Fragt man ihre Vertreter, ob sie sich als Angehörige einer Elite fühlen, so bejahen sie das als selbstverständlich. Ansprüche auf Privilegien leiten sie daraus nicht her. Wohl sprechen in Boston die Cabots nur mit den Lowells, und die Lowells sprechen nur mit Gott. Aber sollten sie deshalb begabten und erfolgreichen Leuten von unten den Zutritt zu ihren Kreisen verwehren? Mitnichten. Denn alle Menschen sind erstens gleich; wer zweitens hervorragende Leistungen erbringt, soll dafür belohnt werden.

Diese beiden Hauptsätze im amerikanischen Glaubensbekenntnis schließen sich auf den ersten Blick aus. Der Widerspruch löst sich aber im Lichte einer puritanischen Grundeinstellung ganz einfach. Alle Menschen sind gleich vor Gott. Seine Gnade allein gibt ein Zeichen, daß dieser oder jener berufen und auserwählt sei. Das Zeichen ist der Erfolg, der seine Werke vergoldet. Aus der Gleichheit vor Gott (und verschiedenem anderen noch) wurde die Gleichheit vor dem Gesetz; die Erwählung bildete sich, nicht ohne Mitwirkung Darwins, in erfolgreichen Wettbewerb um. Die Ostküsten-Elite machte unter den Bedingungen der amerikanischen Freiheit aus dem Calvinismus einen wundervollen Kompromiß: patrizische Haltung im demokratischen Gewand.

Amerika hat viele Eliten. Fast alle haben regionale Wurzeln. Die der Ostküsten-Elite liegen unter dem Pflaster großer Handels- und Industriestädte. Aus Herkunft und Wettbewerb entstand da eine potente Mischung. Die Eliten-Gesellschaft der Großagrarier in den Südstaaten hatte weder mit Wettbewerb noch mit Gleichheit etwas im Sinn. Sie pochte auf Erbe und Blutslinie und schloß die schwarze Unterschicht aus. Die Tüchtigen entgingen den Abnutzungserscheinungen dieser Gesellschaft durch den Zug nach Westen. Für die, die blieben, wurde der Besuch der Militärschule Tradition. Beim Militär ist Ungleichheit vorgeschrieben. Das Offizierskorps der amerikanischen Streitkräfte rekrutiert sich überproportional aus den Südstaaten. Marine, Seesoldaten und Fallschirmjäger gehören gefühlsmäßig zum Süden.

Auch die schwarze Elite entstammt dem Süden. Allerdings nicht seinen Militärschulen, sondern militanten theologischen Seminaren. Während die strenge Trennung von Staat und Kirche die Herausbildung einer weißen geistlichen Elite überflüssig machte, zwang die Rassentrennung den schwarzen Geistlichen an die Front. Schwarze Pastoren wie Martin Luther King artikulierten die Forderungen an den Staat. Der erste Neger, der sich um die Präsidentschaft bewirbt, stützt sich im Wahlkampf nicht auf Fernseh-Spots und Gewerkschaftsfunktionäre, sondern auf das überregionale Netz schwarzer Seelenhirten.

Vor sechzig Jahren hätte man bei der Beschreibung amerikanischer Eliten die Geschäftswelt nicht vergessen dürfen. Präsident Calvin Coolidge sagte: „The business of America is business!“ Er wies damit den Industriekapitänen und Unternehmern ihren Platz in der vordersten Linie des Fortschritts zu. Man idealisierte den Selfmademan, der sich von „rags zu riches“ durchgesetzt hatte. Herkunft gleichgültig, Studium überflüssig, besser als die Examina von Harvard war härtester Wettbewerb. Wer dabei auf der Strecke blieb, gehörte nicht zur Führungselite einer Nation, die sich ins Grenzenlose ausdehnte. War jedoch ein erfolgreicher Unternehmer zugleich begnadeter Ingenieur, wie Henry Ford, dann durfte er sich sogar mit unerbetenen Ratschlägen in die Politik mischen, abschätzig von den Intellektuellen sprechen und einen feudalen Clan begründen.

Diese Elite, wenn es je eine war, ging in den Stürmen der großen Depression unter. Der Begriff „Businessman“ bekam in den dreißiger Jahren einen verächtlichen Beigeschmack. Die Ersatzmannschaft – ebensowenig homogen – war die der professionellen Manager und Bürokraten des New Deal. Im Gegensatz zu den Unternehmern alten Typs hatten sie studiert. Den Managern verlieh die Nation Medaillen für ihre Leistungen in der Organisation des Nachschubs während des Zweiten Weltkrieges. Eine einheitliche Schicht mit Korpsgeist und unsichtbaren Erkennungszeichen waren sie natürlich nicht und konnten es nicht werden.

Daß die Bürokraten als Stand ebenfalls zur Elitebildung nicht fähig waren, hängt wohl mit der souveränen Verachtung zusammen, die der Amerikaner den Angestellten seiner Regierung entgegenbringt. Eliten müssen mindestens im Verdacht stehen, daß sie welche sind – sonst sind sie keine. Der französische Inspecteur des Finances weiß, daß er zu einer Elite gehört. Jeder der 650 Beamten des amerikanischen „Bureau of the Budget“ hat eine ähnlich rigorose Ausbildung, tut etwa das gleiche wie sein französischer Kollege, fühlt sich aber nicht als Mitglied einer Elite, weil ihm das noch nie jemand nachgesagt hat. Auch dem Auswärtigen Dienst wird an Prüfungen nichts erspart; insofern könnte er sich zur Elite rechnen. Seine Herkunft ist jedoch unterschiedlich, sein Korpsgeist gering, sein Ansehen in der Öffentlichkeit gleich Null.

Austin zeigt es den „feinen Pinkeln“

In ihrer Selbsteinschätzung neigen die meisten Amerikaner dazu, sich als Durchschnitt zu bezeichnen. Dies ist nicht nur demokratische Mimikri; es folgt aus einer Schulerziehung, die nicht auf Spitzenleistung, sondern auf Anpassung aus ist. Nicht auf Wissen, sondern auf Verhalten. Der Deutsche denkt an seine Schulzeit mit Schaudern, der Amerikaner mit Sehnsucht. Schule – das ist ein endloses Spiel, ein wunderbares Experimentieren im Team; ein Lernen ohne Druck und Angst. Die Schule war immer und bleibt das Hauptinstrument, um aus Kindern von Einwanderern Amerikaner zu machen. Die englische Sprache müssen sie lernen und den Gruß an die Fahne und wer Washington war und warum man Thanksgiving feiert und nicht den Sedan-Tag. Lernen sollen sie, daß es keine Rangunterschiede gibt und keine Untertanen. Alle sind frei und gleich geboren. Alle sollen gute Amerikaner werden – weshalb denn jede Rücksicht zu nehmen ist auf die, welche langsamer begreifen. Die öffentliche Schule ist für alle da, die Bürger der Vereinigten Staaten sind oder dieses Privileg erwerben wollen. Selbst wenn sie dumm sind und arm, dürfen sie sich insofern als Angehörige einer Elite fühlen, als sie ja Nachkommen der Mutigen und Starken sind, welche mit der Überquerung des Ozeans die bedrückende Unfreiheit der Alten Welt abgeschüttelt haben. Weiteres ist bei Darwin nachzulesen.

In der Bundesrepublik werden Kinder nicht versetzt, weil der Vater von Hessen nach Bayern versetzt wurde. Die große Leistung der amerikanischen Elementar- und Höheren Schulen ist es, in einem Lande extremer Mobilität jedem Kind Startlöcher für den amerikanischen Lebenskampf zu geben, ob es mit seinen Eltern aus Mexiko nach Texas zieht oder aus der Bergfarm in Tennessee 5000 Kilometer weiter in ein Holzfällerlager in Oregon. In der neuen Schule wird es alsbald schwimmen können wie ein Entlein im Wasser. In der Bundesrepublik schaffen es ein Dutzend Kultusminister nicht, in Amerika gelingt es Zehntausenden autonomer Schuldistrikte. Vielleicht weil die Eltern-Ausschüsse über Lehrpläne und Lernstoff mehr zu sagen haben als der Staat.

Die amerikanische Schulbevölkerung zählt 50 Millionen. Neunzig Prozent bringen es bis zum Abschluß der Höheren Schule. Bei solcher Breite kann die Bildungspyramide nicht hoch sein. Auf die Heranzüchtung von Eliten wird hier bewußt verzichtet. Mögen sich die (meist konfessionellen) Privatschulen mit ihren fünf Millionen Zöglingen darum kümmern. Wie gut die öffentlichen Schulen sind, hängt in hohem Grade vom Steueraufkommen des jeweiligen Schuldistriktes ab. Im Staate Mississippi werden dem Lehrer 11 000 Dollar im Jahr gezahlt, während der Kollege in New York auf 18 000 kommt. Hier volle Ausrüstung mit Computern – dort nicht einmal eine Filmvorführung. Für die Erziehung der Kinder des Mittelstandes wird ungleich mehr Geld ausgegeben als für die Unterschicht. Die ausgleichende Gerechtigkeit besteht darin, daß die Schulen bei den Leistungen von Kindern pekuniär und kulturell benachteiligter Schichten beide Augen zudrücken. Sie schleppen sie durch die Jahre mit und nehmen es in Kauf, daß begabte Kinder sich langweilen. Die Nivellierung der Leistung nach unten ist in manchen Dekaden der amerikanischen Bildungsgeschichte zum Prinzip erhoben worden – nach dem Grundsatz, in einem Lande bürgerlicher Gleichheit gelte es, dem einzelnen die Chance zum Aufstieg so lange offenzuhalten wie nur eben möglich.

Es mag sein, daß dadurch einige spätblühende Talente gerettet werden. Aber Dinge wie großzügige Quoten für die schwarze Minderheit bei der Zulassung zum College haben ein unamerikanisches Element des unterbundenen Wettbewerbs in das Erziehungssystem gebracht – und natürlich einen Rückschlag provoziert. Nun wurde plötzlich die durch 110 hektographierte Fragen meßbare Begabung zum alleinigen Gradmesser der Förderung erhoben. Manchmal läuft die Leidenschaft für Tests in der Neuen Welt Amok; dann läßt sie so wichtige Dinge außer acht wie die Motivation junger Menschen und ähnliche Imponderabilien. Aus Angst vor Nivellierung hätten manche Erzieher für Schulen und Schüler am liebsten einen grausamen und öden Klassifizierungsprozeß eingeführt.

Das bleibt zum Glück Theorie, solange auch der Ungeeignetste mit viel Zuckerbrot und wenig Peitsche bis zum Abschluß einer Höheren Schule gebracht wird. Danach allerdings beginnt die Auslese. Sie beginnt mit der Qualität des Colleges, auf dem man zugelassen wird. Sie verschärft sich auf der Universität. Wer diese beiden Talentschleusen verfehlt, verwirkt damit die Eintrittskarte zu den Führungsberufen. In der Rangordnung der 2500 akademischen Institutionen Amerikas herrschen jedoch krasse Unterschiede. Eine Forschungsuniversität ersten Ranges wie Harvard bedeutet für den Absolventen soviel wie eine Logenkarte. Ein staatliches College in Nebraska verschafft höchstens das Billett für den vierten Rang. Die Elite-Universitäten sind in allen Fächern vielfach und erstklassig besetzt, die Hinterwäldler-Institute müssen sich durch Tricks einen Namen machen und Studenten anlokken.

Logenplätze kosten was. Hochbegabte können auf ein Stipendium rechnen, die große Mehrzahl wird, mindestens von den privaten Universitäten, zur Kasse gebeten. Der wissenschaftliche Rang einer Universität wird gelegentlich nach der Zahl der Nobelpreisträger berechnet, die dort lehren; doch Forschung dieser Höhenstufe ist aus dem privaten Vermögen der Institute oder aus Stiftungen nicht mehr zu finanzieren; öffentliche Forschungsaufträge (häufig aus dem Bereich der Landesverteidigung) müssen die Löcher schließen. Nicht jede Universität erfreut sich wie die von Texas eines Kapitals von einer Milliarde Dollar aus Ölländereien. Da kann man dann, wie vor ein paar Tagen geschehen, auf einen Schlag 32 neue Lehrstühle in den Natur- und Ingenieurwissenschaften gründen und mit je einer Million Dollar bedenken.

Erwähnenswert, warum die Universität das tut: „Wir werden im ganzen Lande an Reputation gewinnen als der Platz, an dem man während der kommenden zwei Dekaden sein muß.“ Ein Doktorhut der Universität von Texas – im Jahre 1984 zählt er unter Brüdern vielleicht noch nicht sehr viel. Aber in zehn Jahren sollen sich Industrie, Regierung und akademische Institute um den wissenschaftlichen Nachwuchs von Austin, Texas, reißen. Wer sagt, daß sich mit Geld keine Forschungselite bilden läßt, irrt gewaltig. Er vergißt in seiner Rechnung die Entschlossenheit, den feinen Pinkeln von Harvard und Stanford mal zu zeigen, was Texas kann.

Das Geheimnis heißt Durchlässigkeit

Innerhalb von 50 Jahren hat Amerika wissenschaftliche Eliten ersten Ranges zu bilden vermocht. Die steuerliche Begünstigung privater Stiftungen für wissenschaftliche Zwecke ist nur ein Teil der Erklärung. Viel wichtiger ist der Ehrgeiz, einer Hochleistungs-Institution anzugehören. Und dann die Aussicht, sich eines Tages unternehmerisch selbständig machen zu können. Der Spin-off akademischer Forschung, wie er in Silicon Valley zutage tritt, gehört auch zur Elitenbildung. Solche Treibhäuser der Technik schaffen ihr eigenes intellektuelles Reizklima.

Wissenschaft, Wirtschaft und politische Verwaltung sind in Amerika keine wasserdicht voneinander abgeschotteten Bezirke. Wer zur Elite gehört, ist daran erkennbar, daß es für ihn Grenzen des Faches und der Qualifikation nicht zu geben scheint. Vom Lehrstuhl in ein Staatsministerium und weiter ins Management einer großen Unternehmung – oder ähnliches in umgekehrter Reihenfolge – davon gibt es alle vier Jahre die augenfälligsten Beispiele: wenn nämlich das Weiße Haus zehntausend höhere Posten neu besetzt. Durchlässigkeit ist das Geheimnis – von unten nach oben in die Spitzen der Eliten, horizontal im Austausch zwischen ihnen.

Die Natur der amerikanischen Eliten läßt sich am besten an einem Außenseiter-Beispiel verdeutlichen. Professor Henry Kissinger sinkt – wie er ironisch sagen würde – zum Außenminister herab und wird danach weltpolitischer Einmannbetrieb mit Orakel-Honoraren. Kein Dulles, kein Acheson findet sich unter seinen Vorfahren. Er ist eingewanderter Jude. Welches andere Land dieser Erde ist sich seiner Grundprinzipien Gleichheit und Wettbewerb so sicher, daß es solche Karrieren duldet, nein, fördert?



Die Kinder der schwarzen Minderheit werden für die amerikanische Nation gewonnen: Bis zum College-Besuch wird auch auf benachteiligte Schüler Rücksicht genommen. FOTO: HENNING CHRISTOPH

Gewerkschafts-Spende für SPD?

Erklärungen von Klasen rücken Halstenberg-Notizen in ein anderes Licht

MANFRED SCHELL, Bonn

Durch die Erklärung des früheren Bundesbankpräsidenten Karl Klasen (SPD), der SPD seien in zurückliegenden Jahren erhebliche Beträge der Gewerkschaften und der dazugehörenden Unternehmen zugeflossen, erscheinen spezielle Notizen von SPD-Schatzmeister Friedrich Halstenberg dazu in einem anderen Licht. Auf handschriftlichen Notizen Halstensbergs im Hinblick auf die Finanzplanung des Jahres 1980 – also des Bundestagswahljahres – ist unter dem Stichwort Parteifinanzen von Kontakten zur IG Metall, IG Bau und IG Chemie die Rede. Dann heißt es: „IG Metall E. Loderer, N. Fischer über Uniondruck Schlichte", 1.500.000.-", IG Chemnie (40.000.- über FES)", IG Bau, Steine, Erden R. Sperner/Max Geppert/Hesselbach", IG BE A. Schmid 300.000", IG Post Ernst Breit, Erich Huber 100.000". Außerdem werden in den Notizen die Stichworte „Eisenbahn, Haar", „ÖTV W. Hesselbach", „Neue Heimat (W. Hesselbach"), „Volksfürsorge Schulz" genannt. Unter A. N. 13.6." ist dann noch ein Betrag von 2.000.000 und unter „A.N. 16.9" ein Betrag von 1.000.000" genannt. Die SPD hat zu diesen Notizen bislang erklärt, es habe sich dabei um Vorstellungen Halstensbergs gehandelt, nicht aber um tatsächliche Ergebnisse von Spendensammlungen. Die Gewerkschaften hätten der SPD kein Geld gezahlt. Beträge seien von einzelnen SPD-Mitgliedern gespendet worden. Klasen, der in seinem Brief an Oppositionsführer Hans Jochen Vogel dargelegt hat, daß er in früheren Jahren selbst für die SPD bei Unternehmen Spenden sammelte, hatte jedoch von erheblichen Beträgen gesprochen, die der SPD „ von den ihr nahestehenden Unternehmen wie Bank für Gemeinwirtschaft, Neue Heimat, Volksfürsorge und den Gewerkschaften" zugeflossen seien. Es ist damit zu rechnen, daß jetzt die Staatsanwaltschaft Bonn Klasen als Zeugen hören wird.

SPD-Schatzmeister Halstenberg hat sich in einer längeren Erklärung zu dem WELT-Artikel „Die Spender wollten anonym bleiben" vom Samstag geäußert. Darin war unter Hinweis auf interne Aufzeichnungen Halstensbergs berichtet worden, daß die SPD in den zurückliegenden Jahren Millionenbeträge an Spenden unter der Bedingung erhalten hat, daß die Herkunft der Gelder nicht erkennbar ist und wird. Dazu erklärte Halstenberg: „Warum unsere Spender Diskretion wünschten, liegt doch auf der Hand. Die an der Sammlung Alfred Naus beteiligten Spender wollten die politische Arbeit von Einzelpersönlichkeiten der SPD fördern. Und nicht einmal dies sollte an die große Glocke. Als Schatzmeister konnte ich auch ein gewisses, an der Kassenlage orientiertes Verständnis dafür nicht verweigern". Bei den von der WELT zitierten Beträgen handele es sich ausschließlich um Aktivitäten im Zusammenhang mit der politischen Arbeit und den Wahlkämpfen von Schmidt, Brandt, Vogel, von Dohnanyi und Glotz. „Den ihm zugeordneten Betrag verantwortete Hans-Jürgen Wischnewski für seine internationalen politischen Aufgaben". Für alle Beträge lägen „Detailbelege" vor, betonte Halstenberg. Persönliche Bereicherung habe es nicht gegeben, ebenso habe er „keinen einzigen Fall einer Steuerrechtsverletzung" zu verantworten. Er habe seine Empfangsbestätigungen so ausgefertigt, „daß sie für steuerliche Zwecke absolut unbrauchbar waren".

Madrid: Bei Sicherheit kooperieren

Kohls erster Besuch in Spanien / EG-Beitritt und NATO waren Hauptthemen

ROLF GÖRTZ, Madrid

Bei seinem ersten offiziellen Besuch in Spanien dankte Bundeskanzler Helmut Kohl am Wochenende der Regierung für ihre Bereitschaft, „über die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit hinaus zur Sicherheit in Europa beizutragen".

Auf einer abschließenden Pressekonferenz bekannte Ministerpräsident Felipe Gonzalez: „Wenn ein Land den Vertrag von Washington unterzeichnet, dann gibt es gegenüber den Klauseln des Vertrages nur zwei Möglichkeiten: entweder man übernimmt sie oder man übernimmt sie nicht." An anderer Stelle sagte er: „Wir stehen zu unserer Verantwortung im Rahmen der europäischen Sicherheit und in Übereinstimmung mit dem Willen unseres Volkes."

Die sozialistische Regierung Spaniens betrachtet den kurz vor ihrem Amtsantritt im Herbst 1982 vollzogenen NATO-Beitritt Spaniens in erster Linie als ein wesentliches Faustpfand zur Integration in die Europäische Gemeinschaft. Da Bonn die Spanier in diesem Wunsch mehr als andere europäische Staaten unterstützt, galt der erste offizielle Besuch, den Gonzalez nach seinem Amtsantritt im Ausland machte, der Bundesrepublik. Der Gegenbesuch von Kohl diente jetzt bereits den taktischen Absprachen zu Fragen, die die Gemeinschaft selbst betreffen. Bewußt wurde beiderseits die Routine der Zukunft demonstriert.

Schon vor dem Besuch Kohls herrschten in Spanien kaum noch Zweifel darüber, daß die sozialistische Regierung Gonzalez die von der Vorregierung vollzogene Mitgliedschaft in die Atlantische Gemeinschaft nicht mehr in Frage stellen wird. Vor seinem Amtsantritt hatte Gonzalez seinen Wählern versprochen, über den Verbleib in der Allianz in Form einer Volksbefragung abstimmen zu lassen. Nach jüngsten Äußerungen aus seiner Umgebung wird der Ministerpräsident diese Abstimmung mit der Vertrauensfrage verbinden. Aus Regierungskreisen verlautet außerdem, daß Madrid den französischen Weg einer militärischen Abseitsstellung innerhalb der NATO nicht beschreiten wird. Allerdings dürfte sich Madrid die Nichtaufstellung von Atomraketen vertraglich verankern lassen.

Bei einem Essen, zu dem König Juan Carlos den Kanzler und seine Frau Marianne sowie Außenminister Genscher geladen hatte, berichtete der Monarch von seinen Gesprächen mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Tschernenko in Moskau. Spanische Diplomaten, die den König begleiteten, sind sich darüber einig, daß der Kreml-Chef um ein herzliches Verhältnis bei dem ersten Besuch eines westlichen Staatschefs bemüht war. (SAD)

Pariser Schulreform bleibt umstritten

Vor der Abstimmung im Parlament / Kirche und Eltern wollen Protest fortsetzen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Das seit November 1982 heißumstrittene Gesetz des Erziehungsministers Savary zur Vereinheitlichung des französischen Schulsystems geht heute nach mehrmaligem Aufschub in die letzte parlamentarische Runde. Die Nationalversammlung wird zwei Tage darüber beraten und dann abstimmen.

Um das Verfahren zu beschleunigen und keinerlei Überraschungen zu riskieren, hat Premierminister Mauroy zur Entrüstung der Opposition den Paragraphen 49, Absatz 2 der Verfassung angewandt, der es der Regierung erlaubt, gegen sich selbst die Vertrauensfrage zu stellen. Damit entfällt eine namentliche Abstimmung. Selbst wenn sich die Kommunisten der Stimme enthalten sollten, die mit einigen Sozialisten gegen die Konzessionen sind, die den Anhängern der Privatschule gemacht wurden, droht der Regierung dank der absoluten Mehrheit der Sozialisten keine Niederlage.

Die Opposition hatte die Absicht, durch Einbringung von Zusatzanträgen die letzten noch umstrittenen Paragraphen des Schulgesetzes in ihrem Sinne zu verbessern: die zeitlich nur auf drei Jahre begrenzte Garantie des Staates und der Gemeinden zur finanziellen Unterstützung nichtöffentlicher Schulen in eine unbefristete Garantie zu verwandeln und vor allem die geplante Übernahme der Lehrer an privaten Schulen in den Staatsdienst nach einer Übergangszeit von sechs Jahren ganz abzuschaffen. Hierin war Savary bis zuletzt hart geblieben. Auch der Versuch einer Parlamentarierdelegation der Opposition, Mauroy umzustimmen, scheiterte. Die Regierung weigert sich hartnäckig, Zusatzanträge zuzulassen. Nach ihrer Ansicht haben die monatelangen Verhandlungen zwischen dem Minister und den Vertretern beider Schulsysteme das angestrebte „Gleichgewicht der Interessen" erreicht.

Dies aber ist keinesfalls die Ansicht der Verteidiger der rund 12 000 privaten, überwiegend religiösen Schulen im Lande, die im Savary-Gesetz das Ende der Schulpluralität, der freien Wahl des Schulsystems und damit einer der Grundfreiheiten sehen. Unterstützt vom katholischen Episkopat, aber auch von den protestantischen und jüdischen Glaubensgemeinschaften, wollen sie nach Verabschiedung des Textes im ganzen Lande protestieren, wie sie das schon einmal eindrucksvoll im März getan haben. Der katholische Elternverband Apel hat seine Anhänger aufgefordert, sich jederzeit zu einer Massenaktion bereitzuhalten. Auf der Gegenseite sind die „Laizisten" bereit, auf die Straße zu gehen.

Atomraketen in der „DDR" gefechtsbereit

DW. Ost-Berlin

Der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Dmitri Ustinow hat bekanntgegeben, daß die neu in der „DDR" stationietren sowjetischen taktischen Atomraketen „gegenwärtig in Gefechtsbereitschaft versetzt werden". In einem Interview mit der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur Tass sagte Ustinow außerdem, die Sowjetunion habe auch die Zahl ihrer mit Nuklearraketen bestückten U-Boote vor den Küsten der Vereinigten Staaten erhöht. Nach seinen Angaben soll damit die Bedrohung des sowjetischen Territoriums ausgeglichen werden, die von den in Westeuropa stationietren amerikanischen Mittelstreckensystemen ausgeht.

Der Text des Tass-Interviews wurde auf deutsch von der amtlichen „DDR"-Nachrichtenagentur ADN verbreitet. So antwortete Ustinow auf die Frage nach den „Gegenmaßnahmen" des Warschauer Paktes: „Der Inhalt der Gegenmaßnahmen läuft auf folgendes hinaus: Wie bereits vorher gewarnt worden war, wurde das im März 1982 von der Sowjetunion verkündete einseitige Moratorium für die Stationierung von SS-20-Raketen mittlerer Reichweite im europäischen Teil des Landes aufgehoben. Bei weiterer Aufstockung des amerikanischen Raketen-Kernwaffenpotentials in Europa werden wir die Zahl der SS-20-Raketen im europäischen Teil der UdSSR dementsprechend erhöhen."

Papst empfing den polnischen Staatspräsidenten

dpa, Rom

Der polnische Staatspräsident Henryk Jablonski ist am Samstag von Papst Johannes Paul II. zu einem etwa halbstündigen Gespräch empfangen worden. Wie im Vatikan nach Privataudienzen üblich, wurde kein offizielles Kommuniqué veröffentlicht. Beobachter vermuten, daß der Papst die in Polen inhaftierten Oppositionellen zur Sprache gebracht hat – ein Thema, das in Polen einer der Hauptstreitpunkte zwischen Kirche und Staat ist. Johannes Paul II. und Jablonski waren 1978, eine Woche nach der Papstwahl, zum ersten Mal zusammengetroffen.

Anlaß des Besuches waren die Feiern zum Gedenken an die blutige Schlacht von Montecassino vor 40 Jahren, bei der auch mehr als 1000 Polen gefallen waren. Jablonski, zugleich Vorsitzender des polnischen Veteranenverbandes, hatte auf dem polnischen Soldatenfriedhof der zwischen Rom und Neapel gelegenen Stadt einen Kranz niedergelegt und einen Friedensappell an die Welt gerichtet. Der Primas der katholischen Kirche in Polen, Jozef Kardinal Glemp, zelebrierte auf dem polnischen Friedhof zusammen mit mehr als 4000 Landsleuten eine Messe. Dabei sagte Glemp: „Das Blut unserer Solaten ist nicht umsonst geflossen, sondern für einen Sieg, der noch nicht vollständig erreicht ist." Glemp äußerte den Wunsch, in zehn Jahren zusammen mit dem Papst in Montecassino den 50. Jahrestag des Endes der Schlacht feiern zu können.

CSU plädiert für europäischen Bundesstaat

dpa/rtr, Nürnberg

Der Spitzenkandidat der CSU zur Europawahl, der bayerische Arbeitsminister Fritz Pirkl, hat am Wochenende vor dem CSU-Europakongreß in Nürnberg einen europäischen Bundesstaat als unverzichtbar bezeichnet. Nur so werde es möglich sein, mit den Zukunftsaufgaben und den gegenwärtigen Schwierigkeiten fertig zu werden. „Europa hat uns doch jetzt 40 Jahre Frieden gebracht", betonte Pirkl. Heute säßen die Europa-Vertreter von Völkern, die sich im Krieg als Feinde gegenüberstanden, gemeinsam in europäischen Fraktionen. Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle meinte, ohne die gemeinsame Agrarpolitik könnten die Zölle nicht wegfallen. Wer den gemeinsamen Markt gefährde, setze auch die Zollunion aufs Spiel, erklärte Kiechle.

Der CSU-Europakongreß war mit einer Kundgebung auf dem Nürnberger Hauptmarkt eröffnet worden. Dabei hatte der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in seiner Rede, die durch Pfiffe und Zwischenrufe gestört wurde, die Europäische Gemeinschaft als Voraussetzung für die Freiheit und für die Erhaltung des Friedens in Europa bezeichnet.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Ein Teil der Partei ist weiter als Bahr

Von RÜDIGER MONIAC

Die SPD hat auf ihrem Essener Parteitag die radikale Abkehr von einem traditionellen politischen und militärischen Sicherheitsdenken vollzogen. Der NATO ist sie damit fremd geworden. Ausdrücklich macht die Partei das dadurch klar, daß sie die Entwicklung einer neuen Militärstrategie fordert, die nicht mehr vom „Abschreckungsdenken" geprägt sein dürfe. Egon Bahr, dem die Führung der SPD in Essen die Rolle des Ideenträgers überließ, definierte diese Neuorientierung, deren Vollzug er durch Jahre eigenen Bemühens vorbereitet hatte, auf dem Parteitag so: „Abschreckung ist politisch, militärisch, wirtschaftlich und ethisch nur als Übergang zu einem Zustand zu rechtfertigen, in dem beide Seiten bei gleichem Risiko gleiche Sicherheit erhalten."

Auf diesem Weg, den Bahr vorzeichnete, geht die Partei nun geschlossen. Seine innerparteilichen Gegner sind verstummt. Eine einsame Stimme, die zaghaft darauf hinwies, daß frühere sozialdemokratische Bundesregierungen in ihren einschlägigen Weißbüchern von der konventionellen Bedrohung durch die Sowjetunion gesprochen hatten, verhallte ohne Wirkung.

Vielmehr: Ein beachtlicher Teil der SPD ist längst weiter als Bahr. Rund ein Drittel der Delegierten unterstützte in Opposition zum sicherheitspolitischen „Leitantrag" des Parteivorstands einen Initiativantrag, der von der „konkreten Utopie sozialdemokratischer Sicherheitspolitik" träumt.

Diese rein pazifistische Strömung in der SPD verlangt, Gewalt als Mittel der Politik durch friedlichen Interessenausgleich abzulösen. Sie will eine Gesellschaft, die „ihre Selbstbestimmung auch ohne Waffen sichern" kann. Folgerichtig begreift diese Gruppe „soziale Verteidigung" als eine entwicklungsfähige Alternative in der sicherheitspolitischen Diskussion. In den Abstimmungen des Parteitages wurde deutlich, daß etwa jeder dritte Delegierte von diesem Denken geprägt ist. Er favorisiert eine „realistische Bedrohungsanalyse", was soviel heißt, daß die militärischen Fähigkeiten der Sowjetunion gegenüber Westeuropa bislang in seinen Augen weit überschätzt worden sind. Er ist bereit zu einseitiger Abrüstung und vor der Verwirklichung der „sozialen Verteidigung", in der die Menschen sich gegen eine fremde Macht nur noch mit Mitteln des friedlichen Streiks und der Verweigerung zur Zusammenerbeit wehren wollen, zu einer radikalen Umstrukturierung der Bundeswehr. Sie soll nicht mehr angreifen können, meint er, und tut so, als könnte sie das heute.

Eine derartige falsche Interpretation der Realität wird auch mit

DIE ANALYSE

dem Satz deutlich, der als Teil des allseits akzeptierten Antrags die Zustimmung aller Delegierten fand: „Eine Rüstungspolitik, die den Gegner aus der Position der militärischen Überlegenheit zum Nachgeben zwingen will, gefährdet den Weltfrieden." Unübersehbar eine Spitze gegen Reagans Politik, die US-Streitkräfte nach den Jahren der Erschlaffung unter Carter wieder zu voller Einsatzfähigkeit zu führen.

Die folgenschwerste Willenserklärung der SPD ist jedoch in ihrer Forderung nach „Überwindung der nuklearen Abschreckungspolitik" zu sehen. Auf diesen Weg ließ sich die Parteiführung von der Gruppierung der „Pazifisten" drängen. Die Antragskommission, die laut Parteisatzung die Flut der Anträge kanalisiert und deren Votum die Beschlußfassung des Parteitages vorbestimmt, sah sich fast über Nacht mit dem Initiativantrag der „Pazifisten" konfrontiert, in dem, wie bereits erwähnt, die „konkrete Utopie" beschworen wurde. Es hat in dieser Kommission nicht mehr viel Widerstand gegen die Ansichten der „Pazifisten" gegeben. So kam es, daß die SPD nun ein „neues Sicherheitskonzept" will, das von der nuklearen Abschreckung wegführen und „schrittweise eine defensive konventionelle Struktur herstellen" soll, „so daß langfristig eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit erreicht wird".

Was das im einzelnen bedeutet, wird im Beschluß des Parteitages so umrissen:

„1. Strategie und Rüstung müssen auf Offensivoptionen verzichten und Offensivoptionen des Gegners mit einem untragbar hohen Risiko belegen.

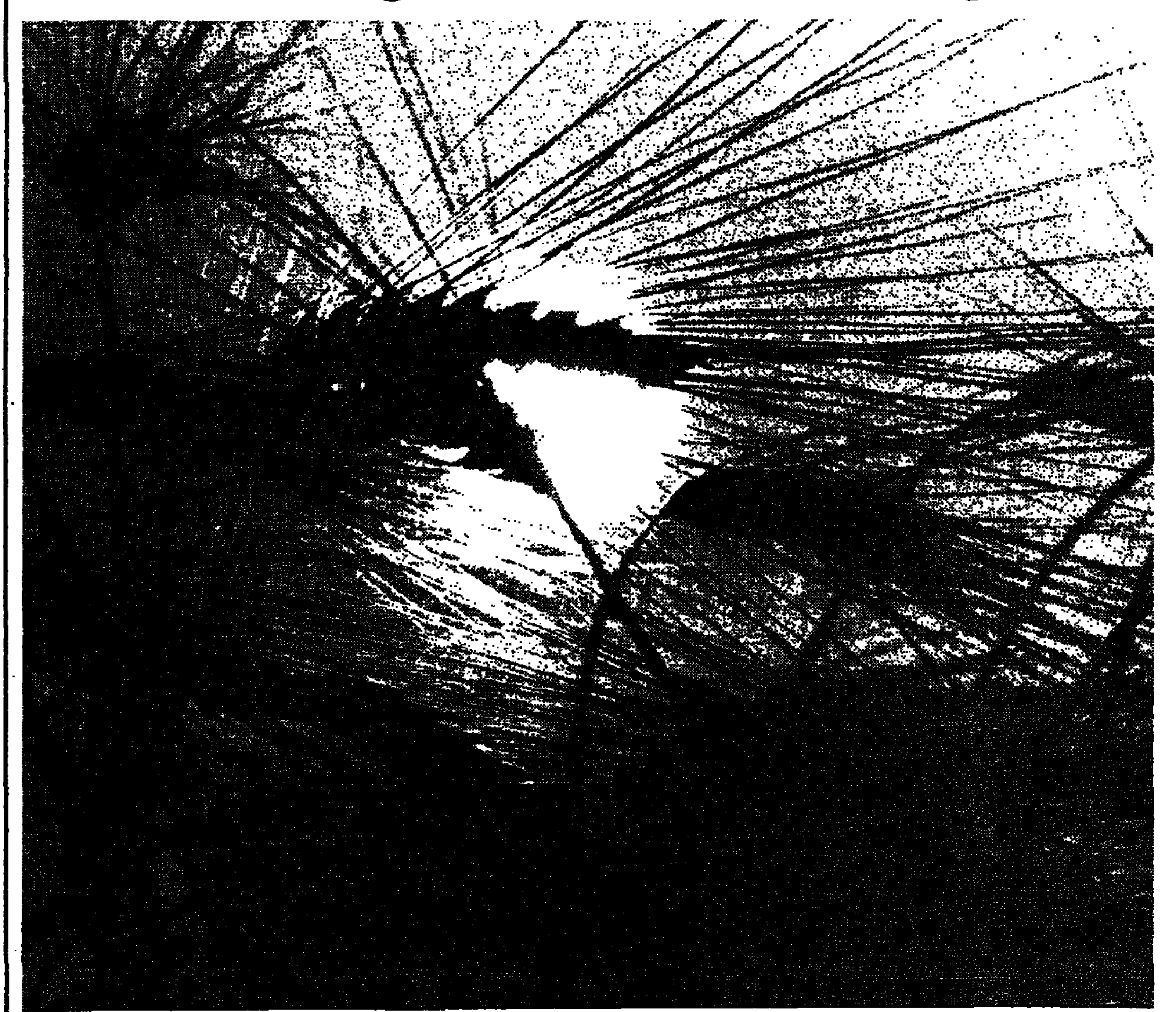
2. Die Bewaffnung soll sowohl auf der nuklearen wie auf der konventionellen Ebene nach dem Kriterium der Hinlänglichkeit sowie der offensichtlichen und wirksamen Defensive bemessen werden.

3. Der Trend, Kernwaffen zu Kriegsführungswaffen weiterzuentwickeln, muß gestoppt werden ... In einem ersten Schritt sollen Kernwaffen in die Rolle von strategischen Abschreckungswaffen zurückversetzt und auf das zur Mindestabschreckung notwendige Maß reduziert werden."

Die SPD unterstellt der NATO mit diesen Punkten schlicht Fähigkeiten, die sie nicht hat. Ihre Streitkräfte in Europa sind nicht zur Offensive fähig. Außerdem verfügen diese heute bereits in Teilbereichen über weniger Mittel, als zur wirksamen Verteidigung hinreichend wären. Am meisten einschneidend für das bis heute akzeptierte Sicherheitsverständnis im Verhältnis zur Sowjetunion aber ist die SPD-Forderung, Strategie und Rüstung der NATO seien so auszulegen, daß sie die Offensivfähigkeiten des Gegners „mit einem untragbar hohen Risiko belegen".

An diesem Punkt wird die Inkonsistenz der nun offiziellen Sicherheitsvorstellungen der SPD besonders deutlich. Sie will zwar dem Gegner militärisch ein untragbares Risiko aufbürden, wenn dieser angreifen sollte. Dies soll allerdings mit Streitkräften geschehen, die weder atomar noch konventionell auf dessen Territorium wirken können. Damit wird der mögliche Angreifer in die für ihn günstige Lage versetzt, schon von vornherein zu wissen, daß eine Offensive gegen die NATO sein eigenes Land, seinen Nachschub, die Zuführung weiterer frischer Truppen, die eigene Bevölkerung und vieles in dieser Richtung nicht in Mitleidenschaft ziehen würde. Dessen Berechnung des Risikos wird um viele Faktoren einfacher. Er sieht sich nur noch der Ungewißheit gegenüber, wieviel Kräfte nötig wären, um die Verteidigungslinie der NATO zu durchstoßen und Westeuropa zu besetzen. Doch auch diese Ungewißheit könnte für ihn erträglich sein, da er wegen der von der von der SPD gewünschten Verzichterklärung der Allianz auf den Ersteinsatz von Atomwaffen beim Ansatz seiner Angriffskräfte die atomare Bedrohung nicht mehr zu fürchten hätte. Er könnte sie, weil er als Angreifer ohnehin in der Initiative ist und das Handeln bestimmt, derart massieren, daß die NATO gegen mehr als zehn-, wenn nicht gar fünfzehnfache Überlegenheit an einem bestimmten Frontabschnitt zu kämpfen hätte. Von einem für ihn untragbaren Risiko zu reden, wäre in dieser Lage nicht treffend. Im Gegenteil: Das Risiko wäre für den Osten tragbar. Zum einen könnte er es relativ genau berechnen und die „Verschleißrate" seiner Kräfte kalkulieren. Zum anderen aber müßte die NATO und bei ihr nicht nur die Streitkräfte, sondern auch Zivilbevölkerung und das ganze Land die volle Wucht der gegnerischen Angriffskriegführung tragen, denn, da sie ihrer Wirkungsmöglichkeiten auf die gegnerische Luftwaffe nach dem Wunsch der SPD beraubt wäre, würde auch das eigene Hinterland unter der ungeschmälerten Dauerwirkung des Luftkrieges liegen.

Gegen solche Vorstellungen hat sich auf dem Parteitag keiner der sozialdemokratischen Fachleute aufgelehnt. Hans Apel schwieg, Helmut Schmidt sowieso. Eine nicht unbeträchtliche Riege sowjetischer Korrespondenten, angeführt vom Kreml-Berater Portugalow, beobachtete es mit Wohlgefallen.





Politisches Lied und Liedermacher in Ost-Berlin

Roter Stern, zersungen

Spätestens seit Günter Gaus zu entdecken versuchte, „wo Deutschland liegt", wissen wir, daß SED-Chef Honecker nicht nur ein begeisterter Anhänger der Jagd ist, sondern ebenso ein Bewahrer deutschen Liedgutes, ein allzeit freudiger Sangesbruder. Und erst kürzlich konnte dies bestätigt sehen, wem es gelingt, „DDR"-Fernsehen zu empfangen: Bei der Übertragung der zentralen Mai-Kundgebung in Ost-Berlin kam immer wieder überlebensgroß ins Bild: Der fröhlich mitsingende Staatsratsvorsitzende der „DDR". Und immer dann, wenn FDJ-Lieder über den Marx-Engels-Platz schallten, geriet der ehemalige Trommler aus dem saarländischen Wiebelskirchen in schiere Begeisterung und schmetterte: „Bau auf, bau auf, bau auf, bau auf, freie deutsche Jugend, bau auf!"

Der einstige FDJ-Chef der „DDR" beweist damit, daß er jenes Instrument nach wie vor gut beherrscht, mit dem noch jede Diktatur versucht hat, die Jugend im eigenen Machtbereich in den Griff zu kriegen: Mit Liedern und Musik. Folgerichtig nur, wenn wir deshalb in der offiziellen „Geschichte der FDJ" unter anderem

Darum mach's gut, ich flieh' – ZDF, 19.30 Uhr

lesen können: „Das politische Lied war von Anfang an ein ständiger treuer Begleiter aller Aktivitäten und Initiativen unseres Jugendverbandes. Seine potentiellen Eigenschaften wie Operativität und Massenwirksamkeit, seine Möglichkeiten, unsere marxistisch-leninistische Weltanschauung ... auch emotional anregend zu vermitteln, ließen es zu einer unersetzlichen, schlagkräftigen Waffe unserer politischen Argumentation mit den Mitteln der Kunst werden. Und wir haben es gelernt, diese Waffe immer besser zu handhaben."

Allerdings haben die professionellen Zweckoptimisten beim Verfassen dieses Buches eines natürlich vergessen: Daß nicht nur die FDJ mit der Waffe „Politisches Lied" umzugehen versteht, sondern spätestens seit dem Auftauchen des Liedermachers Wolf Biermann Anfang der sechziger Jahre auch und in zunehmendem Maße die unbotmäßige Jugend der „DDR", die es leid ist, in jubelnden Massenchören mitsingen zu müssen, wie schön das total reglementierte Leben in der „DDR" ist; die aber auch der seit 1966 existierenden Pseudoalternative dazu – in Form der FDJ-Singeklubs aller Orten in der „DDR" anzutreffen – immer mehr ausweicht, weil sie in den individuell und poppig aufgemachten Gruppen nur die verkleinerten Ausgaben jener Jubelchöre erkennen kann und die kritische Attitüde der von diesen Gruppen zu professionell gesungenen Lieder eben doch nur eine erlaubte ist.

Ob „Oktoberklub" oder „Gruppe 49" und all die ungezählten anderen: Sie sind nur Instrumente der Partei. Es ist deshalb auch kein Zufall, wenn einige Gründungsmitglieder von ihnen heute hohe Funktionäre sind. Die wirkliche Alternative zu diesen parteigesponserten Unternehmen ist eine andere Singebewegung: Operierend seit langem im kirchlichen Raum, in der kritischen Jugendszene der „DDR". Motiviert vom unerreichbaren Vorbild Biermann, und gerade deshalb in der Lage, bedeutsame Talente hervorzubringen: z. B. Christian Kunert und Gerulf Pannach. Sie alle (und viele andere) sangen frühzeitig das, was sie mußten, und nicht das, was sie durften. Der Konflikt war in jedem Einzelfall vorprogrammiert: Auftrittsverbot, Haft, abschiebung in die Bundesrepublik.

Zu diesem Kreis gehört der junge Liedermacher Karl Winkler, von dem 1983 das Buch „Made in GDR. Jugendszenen in Ost-Berlin" erschien, ein Erlebnisbericht, der zu den wichtigsten Dokumenten über Geist und Verhalten der Jugend in der „DDR" gehört. Aber ob Winkler die Qualität seines Buches auch als Liedermacher erreichen kann, ist fraglich: Seine Musik ist wenig originell, die Texte, die bisher bekannt wurden, neigen eher zum holprigen Reim und zur groben Metapher. Gewiß, es gibt Momente des sympathischen Trotzes, schnoddriger Lakonik und überzeugender Trauer – aber eben nur Momente.

Zu entdecken hätten ARD oder ZDF einen bisher noch unbekannten, musikalisch und poetisch aber sehr viel weiter entwickelten ehemaligen „DDR"-Liedermacher: Jürgen Herrmann aus Hannover. Er kokettiert zwar nicht mit dem schwarzen Stern der Anarchie, den Winkler in naiver Demonstration an der Jacke trägt, aber er gibt einer Leidenschaft Ausdruck, die weniger Abzeichen als reife Haltung ist. ULRICH SCHACHT

KRITIK

Von mörderischer Echtheit

Bis jetzt war ich immer der Meinung, daß es unmöglich sei, einen wirklichkeitsgetreuen Film über die neulinke Mode zu drehen, die zu Beginn der 70er Jahre auf den westeuropäischen und amerikanischen Universitäten zum „guten Ton" gehörte. Wer nicht dabei war, würde den Film für übertrieben halten und nie glauben, daß junge Studenten und Dozenten beiderlei Geschlechts sich so borniert, dumm, humorlos und frustriert aufführen konnten. Und die, die dabei waren, würden das längst schamhaft aus ihrem Bewußtsein verdrängt haben. Ich begnügte mich also mit dem Trost, daß darüber mit dem Büchlein „The History Man" des englischen Universitätsprofessors Malcolm Bradbury wenigstens ein ebenso sarkastisches wie genaues schriftliches Zeugnis vorlag – Büchern glaubt man ja eher.

Nun hat ja doch Christopher Hampton nach Bradburys berühmter Erzählung den vierteiligen Fernsehfilm **Das süße linke Leben** gedreht, mit dessen Ausstrahlung die ARD jetzt begonnen hat, und zwar vorsichtigerweise eine Viertelstunde vor Mitternacht.

Schon die erste Folge hatte Schwarzseher widerlegt, und man begreift das Aufsehen, das dieses Werk beim englischen Publikum erregte. Der glänzend gespielte Film ist in der Wiedergabe der Psychologie, der Kostüme, der Riten und der Phraseologie dieser pseudo-revolutionären Gesellschaft geradezu mörderisch echt – er ist so genau getroffen, daß es fast weh tut. Gewiß, ein satirischer Film von hohen Graden, aber seltsamerweise mag man gar nicht lachen. Fehlt der Kontrapunkt? Warten wir die restlichen drei Teile ab.

ANTON MADLER

STUDIO

Der elfte **Prix Jeunesse** wird vom 30. Mai bis 7. Juni im Münchner Funkhaus veranstaltet. Ziel und Sinn der Stiftung ist es, Kinder- und Jugendsendungen im Fernsehen zu fördern, deren Qualität zu verbessern, den internationalen Programmaustausch zu beleben und die Verständigung zwischen den Völkern zu vertiefen.

Seit man sich intensiv mit der Wirkung von Programmen auf Kinder beschäftigt, besinnen sich die „Macher" in den Redaktionen „Kinder und Jugendliche" zunehmend auf ihre zentrale verantwortungsvolle Aufgabe: Ziel des Kinderprogramms sollte es sein, den überlegenden Zuschauer heranzubilden. Der Prix Jeunesse will dabei Hilfestellung geben. Während dieses einwöchigen Wettstreits bewerben sich Fernsehstationen aus aller Welt um diesen Preis. In diesem Jahr nehmen 57 Fernsehorganisationen aus 42 Ländern mit 99 Fernsehprogrammen teil. Mit Ausnahme von Griechenland, Österreich und Portugal sind in diesem Jahr alle europäischen Fernsehorganisationen vertreten. Die OIRT (Internationale Rundfunk- und Fernsehunion mit Sitz in Prag) beteiligt sich mit den Mitgliedsländern Bulgarien, CSSR, „DDR", Polen, Rumänien, Ungarn und der UdSSR. Aus den USA haben sich acht Organisationen mit ihren Programmen angemeldet. Aus dem asiatischen Raum beteiligen sich Stationen aus Bangladesch, Japan, Korea, Pakistan, Singapur und erstmals die Volksrepublik China und Vietnam. Die meisten Beiträge fallen unter die Kategorie „Geschichten erzählen", die restlichen verteilen sich auf „Information" sowie „Musik und Unterhaltung".

An der Geschichte des Prix Jeunesse läßt sich auch der jeweilige Trend ablesen. So gab es zum Beispiel zur Zeit von „Sesame Street", der Preisträger von 1970, einen wahren Boom an Vorschulprogrammen. Dann folgte die Schwemme von journalistischen Magazinen für alle Altersstufen. Schließlich „entdeckten" die Produzenten die dramatische Form für junge Zuschauer. Auch die Programminhalte unterlagen den Zeitströmungen: So standen jahrelang die Behinderten im Zentrum des Interesses. Und in den 70er Jahren fanden auch in den Kinder- und Jugendsendungen die politischen Auseinandersetzungen mit Gesellschaft und System statt. Derzeit bilden die Beziehungen zwischen Kindern und alten Leuten Anreiz zu zahlreichen Filmen.

RMB

ARD 

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

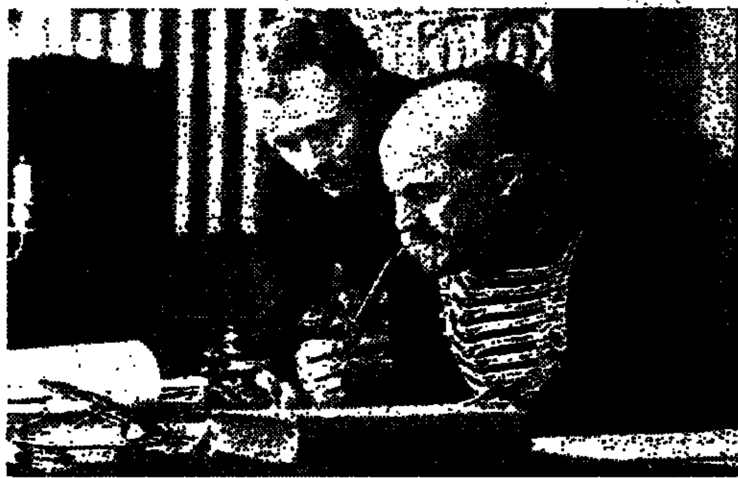
9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Die Frau des Kommissars
11.35 Tagebuch
11.50 Umschau
12.10 Bilder aus Amerika
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 10 östlicher Länge
Schnurstracks durch die Bundesrepublik
17.20 Per Anhalter durch die Galaxis (4)
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
anschl. Parteien zur Europawahl
20.15 Vor dem Sturm (4)
Graf Bninski, ein polnischer Nationalist, bittet Ladalinski um die Hand seiner Tochter Kathinka. Doch der schlägt ihm den Wunsch ab, weil er glaubt, daß diese Heirat dem Ansehen seines Hauses schadet. Da brechen Kathinka und Bninski heimlich nach Polen auf.
21.15 SPD-Parteitag
Bericht aus Essen
21.45 Alte Völker – Junge Staaten
Biafra, Tschad, Äthiopien, Zimbabwe – Afrika ist oft nur dann in den Schlagzeilen, wenn sich schwarze Völker innerhalb der eigenen Staatsgrenzen bekriegen.
22.30 Chris Howland präsentiert Höchstleistungen
Aus dem Guinness Buch der Rekorde (11)
23.00 Tagesthemen
23.30 Die Hände über der Stadt
Italienisch-französischer Spielfilm (1963)
Regie: Francesco Rosi
Ein Baulöwe in Neapel, gleichzeitig einflußreiches Mitglied des Stadtrats, verursacht durch rüde Abbruch- und Neubaumethoden einen Skandal. Als seine Partei daraufhin versucht, ihn von den Schalthebeln der Macht zu entfernen, zieht sie gegen seine Machenschaften den kürzeren.
1.05 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Lernen ist menschlich
16.18 Elternsache: Grundschule
7. Folge: Hilfe – mein Kind ist begabt
anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Lassies Abenteuer
Auf frischer Tat ertappt
Ranger Corey Stuart fährt mit Lassie zu seinem alten Freund Ben ins Gebirge. Während Ben am See angelt, entdeckt Lassie einen Mann, der in seinem Gebiet Otter-Fallen auslegt.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Darum mach's gut, ich flieh'
Über den Liedermacher Kalle Winkler
Bericht von Andrzej Falber
Im November 1981 wurde der damals 21jährige Liedermacher Kalle Winkler aus der „DDR" ausgewiesen, „staatsfeindliche Hetze" lautete der Anklagepunkt. Heute lebt der unbequeme Regimekritiker in West-Berlin.
20.15 Vampire gegen Herkules
Italienischer Spielfilm (1961)
Regie: Mario Bava
Nachdem Herkules seinem Freund Theseus im Kampf gegen hinterhältige Banditen geholfen hat, ziehen beide nach Kalydon, wo Herkules seine geliebte Deianira heiraten will.
21.45 heute-journal
22.05 SPD-Parteitag
Bericht aus Essen
22.35 Das Käthchen von Heilbronn oder Die Feuerprobe
Schauspiel von Heinrich von Kleist
1.10 heute



Auf Hohenvietz planen Berndt von Vitzewitz (Rolf Becker) und General Bamme (Siegfried Wischnewski) den Aufstand. (Vor dem Sturm – ARD, 20.15 Uhr). FOTO: ARD

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Kopf um Kopf
Spiel mit Wissenschaft
21.15 Jugend forscht
21.45 Aha-Effekt bei <20
22.15 Schach von Wuthenow
„DDR"-TV-Film nach Fontane
Mit Michael Gwisdek u. a.
23.40 Wege zum Menschen
0.25 Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Sehen statt Hören
19.00 Mikroelektronik
19.15 Lebensläufe eines Universums
20.00 Tagesschau
20.15 Nahaufnahme: Soldaten-Alltag
21.00 Das Montagsthema
Der Norden auf dem Abstellgleis?
22.00 Beau Geste
Amerikanischer Spielfilm (1939)
Regie: William Wellmann
23.40 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Papotin & Co.
19.00 Magazin Zukunft
20.00 Trends
20.45 Die Sprechstunde
Diabetes – Am Ende die Erblindung?
21.30 Drei aktuell
21.45 Schauplatz New York
Chief Ashley hat Probleme mit Waffenschmugglern

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Deutsch (59)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Der Pferdedieb
20.20 Menschen unter uns:
Danke schön – Bitte schön – Wiedersehn
Die Geschichte des Edgar Schaible als Country-Sänger in den USA
21.05 Mad Movies
21.35 Die unbegrenzten Möglichkeiten
Ideenschmiede Kalifornien
22.30 Jazz am Montagabend

BAYERN

18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Bericht vom Bundesparteitag der SPD in Essen
22.15 Z. E. N.
22.20 Das neue Maschinenzeitalter im Zeichen des Computers
23.05 Captain Paris
Gesetze des Hafens
23.50 Rundschau

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Gunter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99,
Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

FINANZANZEIGEN

Über die Medien denkt die SPD jetzt realistischer

„Satellitentechnik kann nicht verhindert werden"

PETER PHILIPPS, Essen

Nur mühsam und im Verlauf einer bis in die Nacht dauernden Diskussion hat der SPD-Parteitag in Essen die Wende des Parteivorstands in der Medienpolitik hin zu mehr Realismus nachvollzogen. Das entscheidende Argument, das zur Abkehr von der alten Blockadestellung gegenüber den neuen Medien und privaten Rundfunkanbietern führte, wurde von den vier amtierenden Ministerpräsidenten der SPD vorgebracht: Ob mit oder gegen einen Parteibeschluß – sie müßten jetzt mit den unionsregierten Ländern verhandeln.

In dem Beschluß wird vor allem auf eine finanziell gesicherte Bestandsgarantie für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten abgehoben, ohne die es bei der SPD keine Bereitschaft zur Mitwirkung und Mitgestaltung auf dem Feld privater Anbieter gebe. Unverholen wurde in der Debatte immer wieder darauf hingewiesen, daß die sozialdemokratisch regierten Länder notfalls „als Hebel" die Einspeisung privater Anbieter aus anderen Bundesländern in ihre Netze verhindern würden.

Entgegen allen Erwartungen entlud sich kein Ärger an Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, der zu den Protagonisten der medienpolitischen Wende gehört. Er hatte den Parteitag zu Realismus aufgefordert und darauf hingewiesen, daß eine Blockade der neuen Medientechnologien spätestens in dem Moment unmöglich geworden sei, als die SPD aus der Bundesregierung ausgeschieden sei. „Selbst wenn wir in allen elf Bundesländern regieren würden, könnten wir beispielsweise den Einsatz der Satellitentechnik nicht bremsen."

Jeder weitere Verhinderungsversuch der SPD würde auf diesem Wirtschaftsmarkt die privaten Interessen ins Ausland treiben, „das deutsche Kapital würde sich mit ausländischem verbinden und eben von einem luxemburgischen, einem schweizer oder einem englischen Satelliten in die Bundesrepublik deutsche Programme einstrahlen. Auf die Art dieser Programme, auf die Art der in diesen Programmen gesendeten Werbung, auf die Inhalte und auf die Zusammensetzung der Veranstalter hätten wir dann keinerlei Einfluß."

Neben Glotz und dem Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi engagierte sich vor allem Dohnanyis Vorgänger Hans-Ulrich Klose als Berichterstatter der Antragskommission für die Medienwende der Partei. Befürworter wie Gegner betonten, daß man sich „in der Ablehnung von Kommerzfernsehen einig" sei (der Bundestagsabgeordnete Paterna), aber lange blieb die Frage unentschieden, ob man weiterhin einen „Kampf gegen Windmühlenflügel" führen solle oder sich auf die „Realitäten einstellen" will.

Für die Gegner sagte unter anderem die Bundestagsabgeordnete Heide Simonis, daß die SPD hier einen „Salto mortale" vorführe. Da habe man mit der Ablehnung von mehr Fernsehkanälen einmal ein Thema gehabt, „wo wir die Mehrheit der Bevölkerung hinter uns hatten, und nun soll es aufgegeben werden, das Mäntelchen der innerparteilichen Demokratie über längst gefällte Entscheidungen gehängt werden".

Als Diskussionsleiter Peter Reuschenbach eine Abstimmung auszählen lassen mußte, dachte er, „die Helden werden müde". Doch er hatte sich getäuscht. Fast wie Schuljungen, deren Übermut sich nach stundenlangen, anstrengenden Sachberatungen entlud, agierten viele Delgierte. Sie suchten ihr Erfolgserlebnis in der Streichung einzelner Absätze wie dem ursprünglich vorgesehenen Lob für die sozialliberale Bundesregierung, die im Bereich der Telekommunikation die richtigen „Weichenstellungen" vorgenommen habe. Und sie drückten die Aufforderung an alle Sozialdemokraten in landes- und kommunalpolitischer Verantwortung in den Beschluß, „alle ihnen zur Verfügung stehenden rechtlichen und politischen Mittel einzusetzen, um die derzeitige Verkabelungspolitik des Bundespostministeriums zu stoppen".

Doch der entscheidende Punkt, die Bereitschaftserklärung der SPD, „auch neue zusätzliche Rundfunkveranstalter zuzulassen", fand eine Mehrheit von 227 zu 153 Delegierten.

Druckindustrie: Außer in Stuttgart hat sich die Lage entspannt

Schwerpunktstreiks vorerst ausgesetzt

DW. Hamburg/Bonn

Der Hauptvorstand der IG Druck und Papier hat zu Beginn der siebten Woche der von Arbeitsniederlegungen begleiteten Tarifauseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche am Sonntag die bisherigen bundesweiten Schwerpunktstreiks vorerst ausgesetzt. Dabei spielt offenbar die Tatsache eine Rolle, daß an solchen Tagen wegen der hohen Feiertags-Zuschläge die Streikbereitschaft der Arbeitnehmer gedämpft ist. Lediglich im Druckzentrum Stuttgart-Möhringen, wo in der Nacht zum Sonnabend der Stuttgarter Bezirksvorsitzende der IG Druck, Horst Bekel, von einem Auslieferungsfahrzeug zweimal überfahren worden war, wurden mehrere hundert Setzer und Drucker von der Gewerkschaft zum Streik aufgerufen.

Nach dem Zwischenfall mit Bekel, der sich nach Angaben eines Gewerkschaftssprechers auf dem Weg der Besserung befand, war darauf verzichtet worden, die Samstag-Ausgaben der beiden Stuttgarter Zeitungen weiter auszuliefern. Nicht erschienen war am Sonntag auch die von den Stuttgarter Blättern und mehreren südwestdeutschen Zeitungen herausgegebene „sonntag aktuell".

Vor dem Werk Neu-Isenburg des Frankfurter Druck- und Verlahgshauses, wo „Bild am Sonntag" und „WELT am Sonntag" in Teilauflage gedruckt werden, hinderten am Samstag rund 500 Menschen Arbeitswillige am Zugang zum Betrieb. Nach Angaben eines Sprechers des Bundesverbands Druck waren unter den Blockierern „viele Chaoten" und Betriebsfremde.

Der Vorsitzende der IG Druck, Erwin Ferlemann, erklärte auf dem Essener SPD-Parteitag, seine Gewerkschaft habe in ihrer Taktik und Strategie den Fehler begangen, daß der SPD-Parteitag unter dem Druckerstreik leiden müsse. Er fügte hinzu: „Wir haben eine langfristige Streikplanung gemacht. Wir haben alle möglichen Termine einkalkuliert. Aber unsere Landesstreikleitung hat diesen Termin übergangen. Das war ein Fehler. Das gebe ich zu. Wir haben im nachhinein eine Korrektur vorgenommen. Ich kann garantieren, daß für den Raum Nordrhein-Westfalen die „Bielefelder Zeitung" ungestört erscheint. Ich kann ebenso garantieren, daß die Zeitung, die immerhin noch die liberalste Berichterstattung auch über SPD-Parteitage bringt, die „Süddeutsche Zeitung", ungestört erscheint. Es werden ein paar Blätter nicht erscheinen. Wer deren Struktur kennt, kann eigentlich mit uns gemeinsam gar nicht so traurig sein, daß bestimmte Kommentare erst mit Zeitverzögerung erscheinen."

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler meinte dazu, dies bedeute eine „rechtswidrige Pressezensur". Der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dieter Weirich, sprach von einer „skandalösen Erklärung". Damit sei dokumentiert, daß es der Gewerkschaft nicht um die 35-Stunden-Woche, sondern um einen „knallharten politischen Streik" gehe. Ein Sprecher der Zeitschriftenverleger erklärte, daß die IG Druck und Papier ein „erschreckendes Beispiel des gestörten Demokratieverständnisses" ihrer Funktionäre geliefert habe.

Der Verhandlungsführer des Bundesverbandes Druck, Manfred Beltz Rübelmann, reagierte mit dem Hinweis, die IG Druck habe ihr „gestörtes Verhältnis zur Pressefreiheit" erneut und deutlich offenbart. Die IG Druck spiele sich als „Zensurgewerkschaft" auf. Die Arbeitgeber der Druckindustrie würden ihre tarifpolitische Position mit aller Härte verteidigen.

US-Güterzug an Grenze zu „DDR" aufgehalten

hrk. Berlin

Sowjetische Offiziere und „DDR"-Soldaten haben am 8. Mai einen turnusmäßigen amerikanischen Militär-Güterzug auf dem Grenzbahnhof Marienborn bei Helmstedt gestoppt. Aus angeblich „technischen Gründen" durfte der Zug erst 24 Stunden später seine Fahrt nach Berlin fortsetzen. Nach Angaben des Blattes bestätigte ein US-Sprecher den bisher geheimgehaltenen Vorgang. Der Zwischenfall soll offenbar auf diplomatischem Wege untersucht und diskret bereinigt werden. Die „Morgenpost weist darauf hin, daß sich die Zahl kleinerer sowjetischer Störmanöver bei den Kontrollen der Alliierten – insbesondere der Amerikaner – seit Jahresbeginn erhöht habe. Der jüngste Vorfall ereignete sich auf dem Höhepunkt der sowjetischen Manöver gegen Flugzeuge der alliierten Luftverkehrsgesellschaften im Berliner Luftkorridor.

Die Kontroverse um einen fairen Arbeitskampf

DW. Bonn

Streikposten dürfen Arbeitswillige weder durch körperliche noch durch psychische Gewalt am Betreten eines Betriebes hindern, müssen einen „mindestens drei Meter breiten Zugang" zu allen Werkstoren gewährleisten und dürfen keine Kunden und Auslieferer kontrollieren. Diese Grundzüge eines fairen Arbeitskampfes erließ das Arbeitsgericht Köln als Einstweilige Verfügung auf Antrag der Firma M. DuMont Schauberg gegen die IG Druck und ihre Streikleitungen.

Obgleich der Gerichtsbeschluß bereits am Donnerstag erging, kam es am Freitag vor dem Betriebsgelände der Ahrensburger Druckerei der Axel Springer Verlag AG, Hamburg, zu einem weiteren Zwischenfall. Streikposten der IG Druck versuchten Arbeitnehmer am Betreten des Werkes zu hindern. Dabei wurde ein Arbeitnehmer in seinem Auto durch Faustschläge auf das Fahrzeug massiv bedroht. Als er erschreckt weiterfuhr, streifte er einen Streikposten, der Prellungen am Oberschenkel erlitt. Er nahm nach kurzer Zeit seinen Platz unter den Streikenden wieder ein. Der Axel Springer Verlag wird wegen dieses Vorfalls Strafanzeige wegen Nötigung gegen die Streikposten erstatten.

Aus dem Beschluß des Kölner Arbeitsgerichts, der voll dem Antrag des bestreikten Kölner Verlages („Kölner Stadt-Anzeiger", „Expreß") folgte, ergeben sich strenge Auflagen für streikende Gewerkschaften. Sollten die IG Druck, ihre Funktionäre oder ihre Streikposten diese Prinzipien nochmals verletzten, droht ihnen ein Ordnungsgeld in Höhe von 500 000 Mark, ersatzweise Ordnungshaft bis zu sechs Monaten.

Der Rechtsvertreter des Kölner Verlages hatte beklagt, daß Streikposten das Betriebsgelände nicht nur umstellt, sondern regelrecht abgeriegelt hätten. Arbeitswillige und Betriebsfremde hätten ein „Spießrutenlaufen" von Pöbeleien, Beleidigungen und vereinzelt von tätlichen Angriffen sowie Kontrollen über sich ergehen lassen müssen. Schließlich hätten Streikende den Betriebszugang blockiert, Betriebstore eigenmächtig mit Stahlketten verrammelt, so daß die Polizei gerufen werden mußte, um Zugang und Auslieferung sicherzustellen.

Nach den ersten Ausschreitungen hatte der Verband der Druckindustrie Nordrhein-Westfalen das rechtswidrige Verhalten bei der Gewerkschaft abgemahnt. Gleichwohl entspannte sich die Lage nicht. Vielmehr rief der örtliche DGB-Kreis Aachen zu „Solidaritätskundgebungen" auf und berief sich dabei auf Absprachen mit der IG Druck.

Aus der geltenden Rechtslage, der Verfassung, den Arbeitsgesetzen und der Rechtsprechung ergibt sich folgende Beurteilung, der das Gericht offenbar voll folgte: Ein Arbeitskampf dürfe nur fair geführt werden. Das Aufstellen von Streikposten sei nur dann zulässig, wenn sich die Streikenden darauf beschränkten, Arbeitswillige durch „gütliches Überreden" oder Appelle an die Solidarität am Betreten des Betriebes zu hindern. Keinesfalls dürften dabei Gewalt oder Drohungen mitspielen. Streikposten handelten auch rechtswidrig, wenn sie den Zu- und Abtransport von Produkten verhinderten.

Streikposten und Streikende werden als „Verrichtungsgehilfen" der jeweiligen Streikleitungen betrachtet. Die Gewerkschaften hätten dafür voll einzustehen, was durch den Gerichtsbeschluß bestätigt wurde. Es sei Aufgabe der Gewerkschaft, die durch den Streik ausgelöste Kausalkette so zu überwachen und zu steuern, daß keine Rechtsverletzungen vorkämen.

Von Arbeitgeberseite wird darauf verwiesen, daß allein das Spießrutenlaufen schon den Tatbestand der Nötigung erfülle. Verboten sei auch das Fordern von Passierscheinen, Drohungen oder Zutrittverweigerungen. Wenn Streikposten Arbeitswillige fotografieren oder diese Fotos auch nur vortäuschen, um sie als Streikbrecher zu brandmarken, machen sie sich strafbar. Keinesfalls dürfen Streikende den Arbeitswilligen, den leitenden Angestellten oder dem Arbeitgeber selbst den Ausgang versperren.

„Ausreisewelle noch nicht bewältigt"

DW. Berlin

Auch die evangelischen Kirchen in der „DDR" bekommen jetzt die Unruhe zahlreicher Bürger im Zusammenhang mit dem Stopp der Ausreisewelle und dem verschärften innenpolitischen Druck zu spüren. Während einer Tagung der fünf Landeskirchen der Union (EKU) sagte der Ratsvorsitzende, Bischof Hans-Joachim Wollstadt (Görlitz), die sich häufende Anzahl von Umsiedlungsanträgen und ihre in letzter Zeit rasche Genehmigung sei eine von den Kirchen „noch nicht bewältigte Problematik".

Er erinnerte an die Bitte der Görlitzer Synode an die Ostberliner Regierung, die vor einigen Wochen gefordert hatte, „in unserem Land Verhältnisse zu schaffen, unter denen sich alle Menschen wohlfühlen können und leben möchten ... Die Einschränkung der Bewegungsmöglichkeiten über die Grenzen der DDR hinaus bleibt für viele auf die Dauer unerträglich."

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Unselige Teilung

„Pankraz, A. Lavoisier und die Guillotine"; WELT vom 30. April

Sehr geehrter Herr Pankraz,

vielen Dank für Ihre Glosse mit dem Hinweis auf das Anekdotenbuch, das ich mir so schnell wie möglich besorgen werde.

Dank auch für Ihre Erwähnung der so oft beobachtbaren Erscheinung, daß jemand, der sich einiges auf seine schöngeistig-literarische Bildung zugutehält, ungeniert und manchmal sogar mit Stolz bekennt, nichts von Naturwissenschaft und Technik zu verstehen. Dieses Verhalten, das vielleicht auf einem tiefsitzenden Minderwertigkeitskomplex beruht, ist eine Folge der unseligen Spaltung der Wissenschaft, die irgend-, ich weiß nicht genau wann, einmal eingesetzt hat und bis heute nicht beendet ist. Sie führt bei den meisten, die sich daran beteiligen, zu unerfreulichen Reibereien und kontraproduktiven Auseinandersetzungen, deren Schädlichkeit nur noch von ihrer Lächerlichkeit übertroffen wird.

Wie unsinnig diese offenbar nicht nur aus praktischen und Abgrenzungsgründen vorgenommene Trennung in Geistes- und Naturwissenschaften ist, zeigen unter anderem die Irrtümer, die dabei begangen werden. So werden zum Beispiel die Mathematik und die Naturwissenschaften oft genug in einen Topf geworfen. Selbst manche Lehrer erfahren eines Tages zum ersten Mal in ihrem Leben und sind darüber sehr erstaunt, daß die Mathematik keine Natur-, sondern eine Geisteswissenschaft ist, und zwar, wenn ich nicht irre, die älteste überhaupt!

Den umgekehrten Fehler machte kürzlich Hubert Schöne von der „Deutschen Forschungsgemeinschaft", Leserbriefschreiber in der WELT vom 28. April. Er rechnete in seinen Ausführungen zum Thema „Heisenberg-Stipendium" die Biologie anscheinend zu den Geisteswissenschaften.

Was Ihre eigenen Beiträge in der WELT betrifft, sehr geehrter Herr Pankraz, so lese ich sie seit vielen Jahren mit großem Interesse und meistens mit Zustimmung. Da ich nach dem Physikstudium an der Universität Greifswald und zwölfjähriger Industrietätigkeit als Mathematik- und Physiklehrer an einem schleswig-holsteinischen Gymnasium unterrichte, hat mich Ihr Artikel, in dem Sie die Bescheidenheit und andere Vorzüge von Naturwissenschaftlern und Technikern so nobel herausstellen, besonders erfreut.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr H.-J. Casper,
Henstedt-Ulzburg

Erbe der Väter

„Pankraz, J. Reemtsma und die goldene Farce"; WELT vom 7. Mai

Ein hohes Lob und Dank, Ihnen, sehr verehrter „Pankraz" für diesen Artikel. Leider ist das kein Einzelfall, um so dringender ist es, deshalb die Stimme zu erheben!

Herrn Jan Philipp Reemtsma und anderen Erben ist nicht nur ein Erbe anvertraut, sondern eine Verantwortung auferlegt worden, auch im Sinne der Gründer zu handeln!

Meine Bitte: Nicht gleich wieder zur Tagesordnung übergehen, sondern weiter über derartige „Vorkommnisse" differenziert und kritisch zu berichten, damit diese unverantwortlichen „Schnapsideen" beim *Namen* genannt werden und so vielleicht Nachahmern zum Nachdenken verholfen wird!

R. Praschma,
Essen

Für das Leben

Die Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens" mag die Kürzung im sozialen Bereich nicht vollständig kompensieren können. Sie grundsätzlich abzulehnen wäre gegenüber Müttern, die trotz finanzieller Schwierigkeiten das Leben ihrer ungeborenen Kinder respektieren, unsolidarisch.

Die Stiftung kommt besonders alleinerziehenden Studentinnen zugute, die ohnehin keinen Anspruch auf Mutterschaftsgeld haben.

Es ist auffallend, daß gerade jene Parteien und Organisationen – wie z. B. die Familienplanungsgesellschaft „pro familia" – die damals das Lebensrecht der Ungeborenen durch die verfassungswidrige Fristenlösung aushöhlen wollten, heute kompromißlos die Stiftung „Zum Schutze des ungeborenen Lebens" bekämpfen, ohne Alternativen zubieten.

W. Schwartz,
Aachen

Wort des Tages

„Seit behutsam in sechs Fällen: Wenn ihr sprecht, sprecht die Wahrheit; wenn ihr etwas versprecht, haltet es; bezahlt eure Schulden; seid keusch in Gedanken und Werken; meidet jede Gewalt und flieht alles Böse."

Hugo von Hofmannsthal, österr. Autor (1874–1929)

Personalien

EHRUNGEN

Der international bekannte Marburger Romanist, Professor Dr. **August Buck**, 72, ist zum Kommandeur des französischen Ordens Palmes academique ernannt worden. Die hohe wissenschaftliche Auszeichnung Frankreichs überreichte der französische Generalkonsul aus Frankfurt am Main, **Jacques Simon**, während einer Feierstunde in der Universität Marburg. Professor Buck, der von 1957 bis zu seiner Emeritierung einen Lehrstuhl an der Universität Marburg innegehabt hat, und 1966/67 Rektor der Hochschule gewesen ist, hat die Internationalen Ferienkurse in Marburg nach dem Kriege mitbegründet und diese viele Jahre lang geleitet.

*

Der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) besteht seit 70 Jahren. Auf seiner diesjährigen Bundestagung in Bremen verlieh er den BUND-Naturschutzpreis an ein internationales Team, das sich im Kampf um den Bestand des Wattenmeeres ausgezeichnet hat: Die Bodo-Hanstein-Medaille erhielten am Sonntag der Däne **John Frederiksen**, der Holländer **Karel van der Zwiep** sowie die Deutschen **Holger Wesemüller** und **Ralf Wandschneider**, außerdem wurde der Bremer Senator für Gesundheit und Sport, **Herbert Brückner**, für seine Leistungen für den Umweltschutz geehrt.

JUBILÄUM

Vor 50 Jahren (17. Mai 1934) wurde das berühmte Glockenspiel in der Böttcherstraße eingeweiht. Die Hauptattraktion in Bremens heimlicher Hauptstraße besteht aus 30 weißen Glocken aus Meißner Porzellan. Sie hängen zwischen den beiden Giebeln am „Haus des Glockenspiels". Die Glocken können mit einer Automatik über Lochstreifen oder auch per Handbetrieb abgespielt werden. Ihr festes Repertoire setzt sich aus vier Weisen zusammen, die täglich ab 12, 15 und 18 Uhr zu hören sind. Das Jubiläum wurde am Sonnabend von 10–18 Uhr mit Musik, Volkstanz und allerlei Reminiszenzen gefeiert, die an die Zeiten des Stifters der Böttcherstraße **Ludwig Roselius** erinnern sollen.

Arnold Masselter, der von 1969 bis 1974 Oberbürgermeister der Stadt Duisburg war, ist im Alter von 82 Jahren gestorben. Masselter war kurz nach Ende des letzten Krieges der SPD beigetreten und 1952 erstmals in den Rat der Stadt Duisburg gewählt worden. 1956 rückte er zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, 1958 zum Chef der SPD-Fraktion auf.

Positive Signale

J.Sch. (Paris) – Die Jahrestagung des OECD-Ministerrats hat jedenfalls für das Gatt zwei positive Signale gesetzt: die Zollsenkungen aus der Tokio-Runde sollen schon Anfang 1985 und damit ein Jahr früher als vorgesehen erfolgen, und der Rat des Gatt soll ermächtigt werden, schon jetzt eine weitere Zollsenkungsrunde vorzubereiten. Dies eröffnet vor allem den Entwicklungsländern neue Exportperspektiven.

Was die eigentliche Bekämpfung des Protektionismus betrifft, so begnügte sich der Ministerrat aber mit unverbindlichen Absichtserklärungen. Dies ist deshalb sehr bedauerlich, weil der wirtschaftliche Aufschwung der westlichen Industriestaaten neue Liberalisierungsmaßnahmen erlauben sollte. Denn der Aufschwung kann die handelspolitischen Probleme nicht allein lösen.

Kein Unternehmer wird sich allerdings einem schärferen Wettbewerb freiwillig aussetzen wollen, auch in der Bundesrepublik nicht. Die Initiativen zur Bekämpfung protektionistischer Tendenzen müssen deshalb von den Regierungen ausgehen. Jedoch ist diesen kaum zuzumuten, daß sie das im Alleingang tun. Die OECD, in der sämtliche westlichen Industriestaaten vertreten sind, findet hier vielleicht ihre wichtigste Aufgabe.

Gewiß, ohne sie wäre der Protektionismus während der Rezessionsjahre wohl noch stärker ins Kraut geschossen. Diese defensive Bewährungsprobe hat die OECD bestanden. Jetzt aber müßte sie zur Offensive übergehen.

Ohne Eigennutz

Wb. – Das Unwohlsein über die Arbeitsmarktlage der jungen Generation hat den Vorstand der Quandt-Gesellschaft Altana AG bewogen, einen ganz neuen Weg zu beschreiten. Weil die 30-Mitarbeiter-Holding selbst nicht in der Lage ist Lehrlinge auszubilden, hat er die Finanzierung von 30 zusätzlichen Ausbildungsplätzen an anderer Stelle übernommen. In Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer Frankfurt wurde eigens dafür ein neues Ausbildungsmodell geschaffen: Die 30 schon ausgewählten Jugendlichen werden im Berufsbildungszentrum der Kammer zu Elektroinstallateuren und -mechanikern ausgebildet und – zur Anreicherung mit betrieblicher Praxis – in Intervallen jeweils für zwei bis drei Monate verschiedenen Handwerkern zugeordnet. Die Kosten der dreieinhalbjährigen Lehrzeit von insgesamt 1,2 Millionen Mark trägt die Altana. Das gesellschaftspolitische Engagement – garantiert ohne Eigennutz – steht einem gutverdienenden Unternehmen gut zu Gesicht und hat einen Vorteil: Es dokumentiert die Unabhängigkeit von staatlichen Auflagen. Die Nachahmung ist nicht verboten.

GROSSBRITANNIEN / Engagement in der Bundesrepublik wider Erwarten geringer

Deutsche Investitionen haben im vergangenen Jahr stark zugenommen

WILHELM FURLER, London

Die deutsche Wirtschaft hat im vergangenen Jahr in Großbritannien erheblich investiert. Das kumulierte Investitionsvolumen lag Ende 1983 mit 5,018 Mrd. DM um immerhin 27 Prozent über dem von Ende 1982 von 3,96 Mrd. DM. Dagegen blieb das fortgeschriebene Investitionsvolumen britischer Unternehmen in Deutschland, das seit Jahren deutlich über dem deutscher Unternehmen in Großbritannien liegt, mit 8,499 Mrd. DM gegenüber 8,276 Mrd. DM Ende 1982 weit hinter den Erwartungen zurück.

Diese Zahlen, die von der Deutschen Industrie- und Handelskammer in London demnächst veröffentlicht werden, widerlegen Befürchtungen, deutsche Unternehmen würden sich wegen düsterer Wachstums-Aussichten in Großbritannien mit ihren Investitionen zurückhalten. Vor allem die Bereiche Mineralölwirtschaft und Chemieindustrie haben bewirkt, daß das kumulierte Investitions-Volumen um 1,058 Mrd. DM auf den neuen Rekordstand angestiegen ist.

So hat die Explorations- und Bohrgesellschaft Deminex UK ihre Aktivitäten im britischen Nordsee-Sektor erheblich verstärkt. Im Chemie-Bereich schlägt insbesondere die Übernahme einer Tochtergesellschaft des britischen Herstellers von Pharmazeutika, Agrar-Chemikalien und wissenschaftlichen Geräten, Fisons plc, durch Schering zu Buch. Aber auch Hoechst UK trug mit dem Ausbau der Produktions-Kapazitäten im Bereich Tiermedizin im Werk Milton Keynes zur Investitions-Welle bei.

Durch erhebliche Investitions-Anstrengungen hat sich auch der Fahrzeug-Bereich hervorgetan, wobei diese Tendenz schon seit einigen Jahren festzustellen ist. So haben die Bayerischen Motoren Werke AG seit 1981 ihre eigene Vertriebsorganisation in Großbritannien aufgebaut, die BMW (GB) Ltd. mit Sitz in Bracknell im Westen Londons. Die Daimler-Benz AG hat ihre britische Vertriebsorganisation erheblich ausgebaut.

Insgesamt, so schätzt die Kammer in London, sind gegenwärtig rund 730 deutsche Firmen in Großbritannien niedergelassen, ein Netto-Zugang gegenüber Ende 1982 von etwa 50 Niederlassungen. Diese Zahlen können nur geschätzt werden, weil sich, so ein Sprecher der Kammer gegenüber der WELT, „längst nicht alle deutschen Niederlassungen in diesem Land bei uns melden".

Eine Gliederung der Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen im Ausland nach Branchen wird leider nicht mehr vorgenommen, weil Befürchtungen über gewisse Repressalien aufkamen. Die letzte solche Erhebung stammt für Großbritannien vom Juni 1981 und zeigt, daß vom bis dahin aufgelaufenen Netto-Investitionsvolumen in Höhe von rund 2,35 Mrd. DM auf die Mineralölindustrie 778 Mill. DM entfielen, auf die Chemie 386, auf die Versicherungswirtschaft 249, auf den Maschinenbau 239, auf Banken 185 und auf die Elektrotechnik 156 Mill. DM. An dieser Reihenfolge, so der Sprecher der deutschen Kammer, dürfte sich bisher wenig verändert haben. Nur der Abstand der beiden ersten Bereiche zu den übrigen habe sich wohl deutlich vergrößert.

Auch in diesem Jahr scheint die Investitionstätigkeit deutscher Firmen in Großbritannien weiter stark zuzunehmen. Dies geht jedenfalls aus einer Erhebung hervor, die vom deutschen Partner der Londoner Beratungsfirma Tyzack, Dieter Neumaier in Wiesbaden, vor kurzem durchgeführt wurde. Danach beabsichtigen dreimal so viele britische Niederlassungen deutscher Unternehmen in diesem Jahr Investitionen vorzunehmen wie 1983.

Die Investitionsneigung verstärke sich ungeachtet der Tatsache, daß mehr als 50 Prozent der deutschen Unternehmen mit britischen Töchtern den Markt in Großbritannien als stagnierend beurteilen. Um die Wettbewerbsfähigkeit ihrer britischen Niederlassungen zu verbessern, sei das Fluktuations-Karussell im Top-Management britischer Töchter inzwischen in extrem rasche Bewegung gesetzt worden: Im vergangenen Jahr wurde in rund 30 Prozent der Niederlassungen ein Wechsel in der Geschäftsführung vorgenommen.

US-AKTIENMÄRKTE

Aus Zinsangst werfen viele Investoren das Handtuch

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Reaktion der Märkte spricht für sich. An den US-Aktienbörsen sind die in den vergangenen fünf Wochen mühsam erzielten Kursgewinne wieder verlorengegangen; regelrechte Panik herrscht an der Rentenfront, wo die Notierungen seit Januar um mehr als zwölf Prozent gesunken sind. Das stark verschlechterte Anlageklima läßt sich auf zwei Gründe zurückführen: In den Augen der Investoren wächst Amerikas Wirtschaft zu schnell, was die Zinsfurcht schürt; für nicht ausreichend werden die Bemühungen des Kongresses angesehen, die Haushaltsdefizite zu kürzen.

Die konjunkturellen Erfolgsmeldungen geben der Wall Street in der Tat das Gefühl, sich anschnallen zu müssen. Am Freitag überraschte das Handelsministerium in Washington mit der Nachricht, daß die Wertschöpfung in den USA im ersten Quartal 1984 noch steiler als ursprünglich errechnet zugenommen hat. Statt um 8,3 erhöhte sich das reale Bruttosozialprodukt um 8,8 Prozent. Unterschätzt worden war der kräftige Lageraufbau als Folge der anhaltenden Kaufwut. Nach Steuern stiegen die Unternehmensgewinne auf Jahresbasis um 3,9 Prozent, während der Preisdeflator bei 4,8 Prozent verharrte.

April-Daten sprechen für eine Fortsetzung dieses Wachstumstempos. Immerhin wuchs die Industrieproduktion um 1,4, das persönliche Einkommen um 0,5 und die Verbraucherausgaben um 1,1 Prozent. Zugleich hat sich der Wohnungsbau ebenfalls vom kalten März erholt; die Zahl der Einfamilienhäuser, mit deren Bau begonnen wurde, schoß um 19 Prozent (Jahresrate) in die Höhe. Darüber hinaus erreichte die Kapazitätsauslastung 81,9 Prozent, in der Weiterverarbeitung sind es 82,3 Prozent. Fest scheint zu stehen, daß der US-Konjunkturaufschwung bis 1985 dauert.

Die noch unterschwelligen Inflationsgefahren spiegeln sich in der Zinsentwicklung. Am Freitag brachten neue Treasury Bonds 13,47 (Vorjahr: 10,76), Telephone Bonds sogar 14,39 (11,82) Prozent. Drei- und sechsmonatige Treasury Bills kletterten inzwischen von 8,29 auf 9,85 und von 8,38 auf 10,25 Prozent. Verstärken wird sich der „Crowding out"-Effekt, da sich der republikanische Senat nur auf eine Senkung der Haushaltsdefizite um 142 Milliarden Dollar in drei Jahren geeinigt hat. Im Finanzjahr 1985 würde das Minus (ohne außerordentliche Defizite) lediglich von 191 auf 182 Milliarden Dollar schrumpfen; 1987 steigt es wieder auf 207 Milliarden Dollar.

Es wundert also nicht, daß die Anleger angesichts dieser Aussichten das Handtuch warfen. Im Wochenverlauf fiel der Dow-Jones-Industrie-Index um 23,35 (Freitag: 8,48) auf 1133,79, der breitere Nyse-Index um 1,67 (0,51) auf 89,56 Punkte. Nach dem Urteil der Wall Street hält der RÜckzug an.

Häuser am Markt

Von HANS BAUMANN

Die Wende hatte sich schon 1981 angebahnt. Damals ging der Immobilienmarkt aus seinem Höhenflug in den Gleitflug über. Heute verträgt dieser Markt in Teilbereichen sogar die Vokabel Sturzflug. Natürlich wehrten sich die Mitglieder des Rings Deutscher Makler auf ihrer Jahrestagung in Köln gegen solche Vokabeln, sind sie doch nicht geeignet, den Interessenten an Immobilien totalen Preisverfall zu suggerieren, was wiederum die Position des Maklers schwächen würde, der gerade erst dabei ist, Immobilienverkäufern klarzumachen, daß ihre Preisvorstellungen aus der Zeit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre inzwischen vom Markt unrealistisch gemacht worden sind.

Doch wie soll man die Tatsache interpretieren, daß in wirtschaftlichen Problemregionen (und davon haben wir ja genug: Stahlstandorte, Kohlebergbau, Küstenländer, Revier, Saar) der Marktwert von Ein- und Zweifamilienhäusern innerhalb eines Jahres um 20 und mehr Prozent gefallen ist? Konsolidierung ist das sicherlich nicht. Hier hat der Markt einst überspannte Erwartungen erodiert, hier kommt zum Ausdruck, daß der Häuslebauer nicht mehr mit wachsenden Einkommen und mit Überstunden seine finanzielle Zukunft austarieren kann, daß Sorge vor Überschuldung oder Arbeitsplatzverlust (vielleicht nur der der Frau) den Mut zum immobilen Risiko genommen haben und das häusliche Glück weiter zur Miete wohnen muß.

Daher die relative Flut von Ein- und Zweifamilienhäusern, der Preisverfall für diese Objekte, wohinter sich nicht selten das Schicksal nicht mehr bedienbarer Raten verbirgt, was man wohl auch manchen Überschuldungsaposteln anlasten muß, die vor gar nicht so vielen Jahren die hundertprozentige Fremdfinanzierung von immobilen Objekten als den letzten Schrei priesen.

Das alles ist zerbrochen. Die Wirklichkeit hat auch den Immobilienmarkt eingeholt. Seine Fungibilität wächst wieder, es ist „was am Markt". Das mag jenen Bürgern nicht gefallen, die sich von ihrem Bestand trennen möchten. Sie sollten aber bedenken, daß sie bis 1980 von unentwegt steigenden Immobilienpreisen profitiert hatten, daß die Wertsteigerung heftig an der Finanzierung ihrer Objekte mitwirkte.

Jetzt sind die Häuslebauer und -käufer am Zug – und ihre Chancen wären noch größer, hätte nicht die Kreditwirtschaft in so zahlreichen Fällen mit Überbrückungsfinanzierungen die Liquidation und damit einen weiteren Preisverfall verhindert.

Auch der Markt der Mietwohnungen wurde von dieser Entwicklung berührt. Die Mieten fielen generell um rund sieben Prozent. Auch hier kann der Bürger in vielen Fällen schon wieder wählen. War es bis vor kurzem noch üblich, daß der Mieter die Courtage des Maklers für die Vermittlung einer Wohnung bezahlte, so ist inzwischen die Versicherungswirtschaft dazu übergegangen, die Provisionen der Makler zu übernehmen.

Mit wachsender Zahl unvermieteter Wohnungen wird es wohl auch im privaten Wohnungseigentum üblich werden, daß der Vermieter die Provision übernimmt, denn sein Interesse an einer Vermietung wiegt inzwischen mehr als der Wunsch mancher Bürger, zu mieten.

So schnell kann sich ein Markt umkehren, nicht immer im Sinne der Mittler, der Makler nämlich, die zwangsläufig bei fallenden Objektpreisen niedrigere Provisionen kassieren. Doch die Vorteile sollten auch gesehen werden. Makler sind Händler mit Dienstleistungen und Händler leben vom Markt und der Markt wiederum lebt von der Höhe und Güte des Angebotes. Und hier hat die Wende am Wohnungs- und Häusermarkt schon viel bewegt. Das Angebot ist groß. Der Käufermarkt lebt.

Daß sich daran in absehbarer Zeit etwas ändern wird, glauben die Makler nicht – die klügen unter ihnen wünschen sich das nicht einmal. Die Konsolidierung in Richtung erschwinglicher Preise hält vielmehr weiter an. Und einer Phase wieder steigender Preise für Immobilien müßte erst einmal ein weiterer Aufschwung der Wirtschaft vorangehen, der allein die Chance einschließt, die finanzielle Zukunft vieler Arbeitnehmer wieder überschaubar zu machen. Bis dahin lebt der Häusle-Bestand im Tief. Wer es kann, sollte es nutzen.

AUF EIN WORT

„Wind kennt keine Grenzen. Beim Umweltschutz besteht ein Zwang zur europäischen Harmonisierung. Sonst exportieren wir unsere emittierende Großindustrie – samt ihren Arbeitsplätzen – und importieren deren Emissionen."

Dr. Armin Schram, Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Texaco AG, Hamburg. FOTO: WALTRAUD FRISCH

Zehnerclub: Keine Beschlüsse gefaßt

AP, Rom

In Rom haben die Finanzminister und Notenbankchefs der zehn wichtigsten westlichen Industriestaaten und der Schweiz am Samstag eine eintägige Konferenz abgehalten. In einem gemeinsamen Kommuniqué riefen sie zur Stabilisierung der Wechselkurse und zu mehr multilateraler „Überwachung" der Wirtschaftspolitik der einzelnen Staaten auf. Wesentliche Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Dem Zehnerclub gehören die Bundesrepublik, die USA, Japan, Frankreich, Großbritannien, Italien, Belgien, die Niederlande, Schweden und Kanada an. US-Finanzminister Donald Regan erklärte, er rechne damit, daß der Dollar seinen Höhenflug bald beendet.

AUTOMOBILMARKT

Personenwagen im Ausland weiterhin sehr gefragt

INGE ADHAM, Frankfurt

Im Wettbewerb auf den internationalen Automärkten liegen die deutschen Hersteller gut im Rennen. Das signalisieren die Exportzahlen im April. Mit einer Ausfuhr von 184 400 Pkw/Kombiwagen wurden die Ergebnisse vom April vergangenen Jahres nochmals um gut sieben Prozent übertroffen; in den ersten vier Monaten zusammengenommen überschreitet der Personenwagenexport die Vorjahreszahl um acht Prozent. Eine Änderung dieser günstigen Exportkonjunktur für die deutschen Autobauer scheint vorerst nicht in Sicht: Die Auslandsnachfrage nach Personenwagen bleibt lebhaft, schreibt der Verband der deutschen Automobilindustrie (VDA) in seinem jüngsten Bericht.

Schlechter sieht es dagegen nach wie vor im Bereich Nutzkraftwagen aus, wo zwar im April die Exporte um ebenfalls sieben Prozent auf 14 600 Einheiten anzogen, damit sei aber die lang anhaltende Schwächeperiode nicht überwunden, betont der VDA. In den ersten vier Monaten zusammengenommen stiegen die Lkw-Exporte nicht über die Vorjahresergebnisse.

In den Produktionszahlen der Autobranche spiegelt sich die Zurückhaltung der deutschen Autokäufer in den letzten Monaten wider. Mit insgesamt 324 000 Pkw/Kombi unterschritt die Pkw-Produktion im April erstmals das Ergebnis des entsprechenden Vorjahresmonats; saisonbereinigt geht die Produktion seit Januar zurück, schreibt der Verband, überschreitet aber in den ersten vier Monaten zusammengenommen das Vorjahres-Ergebnis noch um neun Prozent.

LUFTFAHRT-AUSSTELLUNG

Eine Zukunftsindustrie mit innovativer Schlüsselstellung

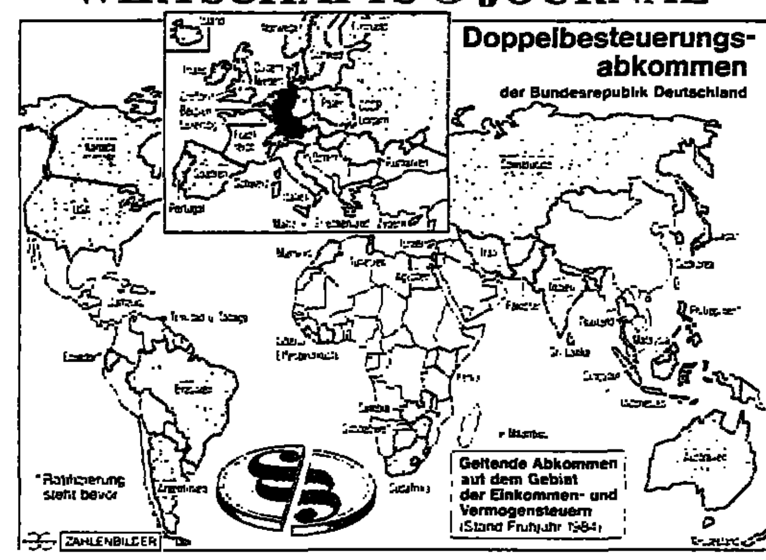
DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die deutsche Luftfahrt- und Raumfahrtindustrie mit ihren gut 70 000 Beschäftigten und rund 13 Mrd. DM Umsatz beurteilt die wirtschaftlichen Aussichten wieder positiver. Bei der Eröffnung der Internationalen Luftfahrt-Ausstellung am Sonnabend verwies Ernst Zimmermann, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Luftfahrt-, Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie (BDLI), auf die Aufschwungtendenzen des Luftverkehrs. Daraus dürfte sich „eine nennenswerte Zahl von Neuaufträgen entwickeln", von denen vor allem der Airbus profitieren werde.

Der BDLI-Präsident bezeichnete die Luft- und Raumfahrt als eine Industrie, „die technologisch vorne ist" und einen beachtlichen Teil für die wirtschaftliche Zukunftssicherung der Bundesrepublik leiste. Ihren Ausdruck finde dies in den hohen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung, die bei 20 Prozent vom Umsatz liegen gegenüber drei Prozent in der gesamten verarbeitenden Industrie. Der Luft- und Raumfahrtindustrie komme eine hervorragende Rangstellung als innovative Schlüsselindustrie zu.

Die Branche habe aber zugleich schwere Zeiten vor sich, und zwar dann, wenn bei militärischen Programmen von auslaufenden (Tornado) zu neuen Programmen der Anschluß gefunden werden muß. Auch vor dem Hintergrund der europäischen Kooperation sei es notwendig, daß die Bundesregierung grünes Licht für die Entwicklung eines Panzerabwehr-Hubschraubers und eines Jagdflugzeugs gebe. Die Rüstungskooperation mit den USA will Zimmermann intensivieren, um das unbefriedigende Bezugsverhältnis von 1:9 zu verbessern.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Wer als Bürger eines Staates in einem anderen Staat Einkünfte erzielt, Vermögen besitzt oder eine Erbschaft macht, muß dafür unter Umständen in beiden Staaten – dem „Wohnsitzstaat" und dem „Quellenstaat" – Steuern zahlen. Deshalb schließen immer mehr Länder bilaterale Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung miteinander ab. Nach einer Mitteilung des Bundesfinanzministeriums für die Bundesrepublik waren Anfang 1984 schon 52 Abkommen in Kraft, die eine Doppelbelastung mit Einkommen- und Vermögensteuern ausschließen. Quelle: Zahlenbild

Kritik an Qualität der Neugründungen

Berlin (VWD) – Vor einer Existenzgründungseuphorie hat der Bundesvorsitzende der Wirtschaftsjunioren Deutschland (WJD), Karl-Heinz Schumacher, gewarnt. Mit einer Gründungswelle, bei der „Masse vor Klasse" gehe, könnten weder Probleme des Arbeitsmarktes noch der technologischen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gelöst werden. Außerdem sollte die „verwirrende Vielfalt" von Förderungsmaßnahmen des Bundes und der Länder zur Existenzgründung auf wenige überschaubare Programme konzentriert werden. Ein Existenzgründungsansparmodell nach dem Vorbild staatlich begünstigten Bausparens und Prämiensparens würde nach Meinung Schumachers dazu führen, daß selbständige Existenzen auf längere Sicht gezielt geplant, gründlich vorbereitet und solider finanziert würden.

Hoher Investitionsbedarf

München (VWD) – Investitionen für Umweltschutz- und Entsorgungsmaßnahmen erfordern in den kommenden Jahren Beträge in Milliardenhöhe. Branchenexperten wiesen aus Anlaß der 7. Internationalen Fachmesse für Entsorgung IFAT '84 darauf hin, daß der Markt der Umweltindustrie derzeit ein Volumen zwischen 16 und 18 Mrd. DM hat. Der Investitionsbedarf für die Entsorgung von Abfällen sowie für die Städtereinigung wird bis 1990 auf neun bis zehn Mrd. DM geschätzt. Neue Abfallbeseitigungsanlagen erforderten weitere sieben bis zehn Mrd. DM. Die Kommunen müssen voraussichtlich jährlich etwa drei Mrd. DM für die Abfallwirtschaft ausgeben.

Kartellgruppenregelung

Brüssel (VWD) – Die EG-Kommission will noch in diesem Jahr Regelungen für Gruppenausnahmen vom Kartellverbot für drei Bereiche, Forschungs- und Entwicklungsverträge, Patentlizenzverträge und das Vertriebssystem, im Kraftfahrzeugsektor erlassen. Außerdem werden derzeit Wettbewerbsfragen im Bankensektor, insbesondere die mit dem Eurocheque-System verbundenen Fragen, zwischen dem für den Wettbewerb verantwortlichen Mitglied der EG-Kommission, Frans Andriessen, und dem Präsidenten der EG-Bankenvereinigung, Rinaldo Ossula, erörtert. Andriessen unterstrich, daß nach Ansicht der EG-Kommission der Banken- und Versicherungssektor den Bestimmungen des Wettbewerbsrechts des EWG-Vertrages voll unterliegt.

Kritik an Weltfinanzpolitik

Buenos Aires (AP) – Die Präsidenten von Brasilien, Argentinien, Mexiko und Kolumbien haben „eine substantielle Transformation der internationalen Handels- und Finanzpolitik" gefordert, die den Interessen der verschuldeten Entwicklungsländer stärker gerecht wird. Vor allem verlangen sie die Senkung der Kreditzinsen, günstigere Tilungsziele und eine Öffnung der Märkte für Produkte ihrer Länder. Die Außen- und Wirtschaftsminister der vier Staaten und anderer interessierter lateinamerikanischer Länder würden demnächst in Buenos Aires über ein geeignetes Vorgehen beraten.

Neuer Generalsekretär

Paris (J.Sch.) – Zum Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris hat deren Ministerrat Jean-Claude Paye, den derzeitigen Direktor der Wirtschafts- und Finanzabteilung des französischen Außenministeriums, ernannt. Der 49jährige Franzose, der früher bei der EG bedeutende Funktionen innehatte, tritt sein neues Amt am 1. Oktober als Nachfolger des Holländers Emile van Lennep an. Auf deutscher Seite verspricht man sich von dieser Wahl eine stärkere OECD-Motivierung der französischen Regierung. Sie bedeutet zugleich eine Kompensation für die Ernennung von Frau Helga Steeg zum Chef der Internationalen Energieagentur (IEA).

Wochenausweis

	15.5.	7.5.	15.4.
Netto-Währungs-reserve (Mrd.DM)	72,2	73,0	73,4
Kredite an Banken	75,1	71,6	70,7
Wertpapiere	6,7	6,8	7,0
Bargeldumlauf	102,6	104,1	103,2
Einl. v. Banken	52,3	46,2	45,0
Einlagen v. öffentl. Haushalten	3,3	1,9	4,6

EG-STAHLINDUSTRIE

Dreißig Millionen Tonnen sollen abgebaut werden

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Umstrukturierung der europäischen Stahlindustrie kommt voran. Wie der für Wettbewerbsfragen zuständige EG-Kommissar Frans Andriessen berichtete, rechnet die Brüsseler Behörde nach den vorliegenden Plänen mit einem Abbau unrentabler Kapazitäten von nahezu 30 Millionen Tonnen. Verpflichtet hatten sich die EG-Regierungen 1983 nur zu einer Reduzierung um 27 Millionen Tonnen.

Mehr Anlagen stillegen als geplant wollen vornehmlich die Deutschen und Holländer. Daran zeigt sich nach Meinung von Andriessen, daß die Beschwerden der deutschen Stahlindustrie über die Auflagen aus Brüssel unberechtigt waren. Für den Großteil der deutschen Unternehmen sind inzwischen die endgültigen Umstrukturierungspläne genehmigt worden. Die noch ausstehenden Entscheidungen (Klöckner, hamburgische und badische Stahlwerke) werden in einigen Wochen erwartet.

Nicht vorgelegt haben ihre Pläne noch immer Frankreich und Großbritannien. Dagegen sind die Italiener nicht länger im Rückstand. Die Verzögerung stellt, wie Andriessen hervorhob, keinen Verstoß gegen EG-Regeln dar. Sie bewirkte jedoch, daß die betreffenden Mitgliedstaaten nach dem Beihilfenkodex für die Stahlindustrie nicht mehr in den Genuß von Interimsbeihilfen gelangen können. Über eine Verlängerung der in dieser Regelung vereinbarten Fristen für nationale Subventionen (Ende 1985) äußerte sich der Kommissar zurückhaltend. Kein EG-Land habe bisher offiziell um eine Verschiebung ersucht.

EINKOMMENSTEUER-REFORM / Bessere Wachstumsbedingungen notwendig

Ifo: Eher das Staatsdefizit erhöhen

DANKWARD SEITZ, München

Für eine möglichst rasche Realisierung der Einkommensteuer-Reform, zu deren Finanzierung lieber eine Erhöhung des staatlichen Defizits hingenommen werden sollte, als die Mehrwertsteuer und/oder andere indirekte Steuern anzuheben, hat sich jetzt das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, ausgesprochen. Dadurch würde keineswegs die Konsolidierung des Staatshaushalts gefährdet, denn diese Aufgabe sei heute zumindest quantitativ bereits zum größten Teil gelöst. Das „strukturelle" Defizit werde nämlich in diesem Jahr schon unter 10 Milliarden Mark liegen und 1985 weiter sinken.

Die Qualität der Konsolidierung habe aber bisher darunter gelitten, so das Ifo, weil sie zum Teil über eine Erhöhung der Steuer- und Abgabenentlastung erfolgt sei. Dies aber fördere nicht, sondern behindere das Wachstum. Auch wenn im Zusammenhang mit einer solchen Reform ohne kompensierende Steuererhöhungen durch die jüngsten EG-Beschlüsse und die Kosten der nationalen Agrarhilfen ein neues, noch größeres strukturelles Haushaltsdefizit entstehe, bedeute das nicht, daß davon eine ähnliche negative Wirkung auf die Wirtschaft ausgehe wie in vergangenen Jahren.

Ein Defizit infolge einer Steuerreform, die die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung verbessert, wird nach Ansicht des Ifo-Instituts eine positivere Reaktion auslösen als ein Defizit infolge einer Aufstockung der EG-Mittel oder der Ausweitung von Subventionen und der Aufblähung von Sozialleistungen. Je mehr mit der Reform dem Wachstumsaspekt Rechnung getragen würde, desto weniger Störungen seien von einer Erhöhung des Defizits zu befürchten, das durch den Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen so gering wie möglich gehalten werden sollte. Die internationalen Finanzmärkte wüßten hier sehr wohl zu differenzieren.

Als wenig realistisch bezeichnet das Ifo die Forderungen, die jährliche Neuverschuldung des Staates bis hin zur Erzielung von Überschüssen abzubauen. Die Mittel aus der heimlichen Steuererhöhung seien bereits ausgegeben worden und stünden nicht mehr zur Verfügung. Betrachte man aber die Steuerreform als notwendiges Instrument zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen, weil man in der gegenwärtig günstigen Konjunktur nicht schon den Garant für ein auch mittelfristig befriedigendes Wachstum sieht, dann sei bei aller Güterabwägung einem vorübergehenden Anstieg des Defizits eindeutig der Vorzug vor einem Hinausschieben der Einkommensteuer-Reform oder anderen halbherzigen Lösungen zu geben.

TRANSPORTFORUM

Nachteile der deutschen Seehäfen

W. WESSENDORF, Bremen

Beim 9. Transportforum der Hochschule Bremerhaven im Schiffahrtsmuseum stellte der Bremer Hafensenator Oswald Brinkmann (SPD) vor allem die starren ordnungspolitischen Rahmenbedingungen heraus, die die deutschen Seehäfen benachteiligten. Eine Revision dieser Verhältnisse wurde von fast allen Referenten gefordert. „Eine staatliche Seehafenverkehrspolitik darf aber nicht versuchen, natürliche Wettbewerbsvorteile wegzusubventionieren", betonte Ministerialdirektor Heinz Sandhäger vom Bundesverkehrsministerium und nannte neben der ständigen Verbesserung infrastruktureller Maßnahmen drei Punkte, die teils ohne Gesetzesänderung die Rahmenbedingungen verbessern und die Wettbewerbsverzerrungen beseitigen könnten:

1. Übernahme der Tarifmargen des grenzüberschreitenden Straßengüterverkehrs in die nationalen Tarife für Seehafenverkehre sowie die Anpassung der Voraussetzungen für den Abschluß von Sondervereinbarungen im Straßengüterverkehr an die entsprechenden Regelungen des EG-Rechts.

2. Zulassung von Sonderabmachungen für den Binnenschiffsverkehr.

3. Im Bereich des Eisenbahnverkehrs Freistellung der Deutschen Bundesbahn von der Einzeltarifgenehmigungspflicht im Seehafenverkehr entsprechend der Regelung für den grenzüberschreitenden Verkehr.

Mit dieser Politik identifizierte sich auch Jürgen Erdmenger von der Generaldirektion Verkehr der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel, der keinen Zweifel daran ließ, daß die Liberalisierungsbestrebungen der Europäischen Gemeinschaft nicht mehr aufzuhalten sind.

„Für die Ertragsfähigkeit eines Linienverkehrs ist die natürliche Ladungsmenge, die über einen Hafen gezogen werden kann, von großer Wichtigkeit", betonte Jürgen Willhöft von der Slomann Neptun Linie, Bremen. Darüber hinaus hänge das Reedereiergebnis von der Schnelligkeit und den Kosten der Häfen ab. Willhöft forderte vor allem eine Vereinfachung der Dokumentationsabwicklung. Die bei Verladung über See in den Seehäfen von der Waren- bzw. Schiffsseite zu berücksichtigenden Formalitäten seien unverhältnismäßig kompliziert im Vergleich zum Transport über Land.

USA / Manager, Nationalökonomen und ehemalige Minister fordern eine fiskalpolitische Kursänderung

Gemeinschaftslösung für Budgetkrise gesucht

H.-A. SIEBERT, Washington

Mehr als 600 angesehene Amerikaner, darunter Topmanager, Nationalökonomen sowie ehemalige Minister und Präsidenten-Berater, haben an ihre Regierung in Washington appelliert, rasche Maßnahmen zur Eindämmung der Haushaltskrise zu beschließen. Wenn die strukturellen Rekordbudgetdefizite nicht drastisch gekürzt würden, so heißt es in einer gemeinsamen Erklärung, drohe der Zusammenbruch des Konjunkturaufschwungs. Auf dem Spiel stehe die wirtschaftliche Zukunft der USA.

Auch für amerikanische Verhältnisse ist das ein einmaliger Vorgang: noch nie zuvor haben so viele große Namen eine fiskalpolitische Kursänderung gefordert. Auf der Liste stehen besonders viele Republikaner. Die Furcht ist groß, daß sich Administration und Kongreß vor der Wahl im November doch nicht auf eine „Abschlagszahlung" zur Kürzung des 200 Mrd. Dollar umfassenden Haushaltsdefizits einigen. Außerdem würde eine Reduzierung um rund 50 Mrd. Dollar in jedem der kommenden drei Finanzjahre nicht ausreichen.

Dieser Vorstoß so kurz vor dem Wirtschaftsgipfel in London soll die US-Regierung aufrütteln. Denn die Veranstaltung an der Themse wird sich als unglaubwürdige Theaterschau entpuppen, wenn Präsident Reagan keine Vorschläge zur Lösung der hausgemachten Budgetkrise parat hält. Nur dann können die sieben größten westlichen Industrienationen ein Gesamtpaket zusammenschnüren, das den handelspolitischen Protektionismus eindämmt, das Auseinanderdriften der Wechselkurse stoppt, die Schuldenbombe entschärft und die konjukturellen globalen Ungleichgewichte beseitigt.

Wie ein Londoner Gemeinschaftsprogramm aussehen könnte, hat das vom deutschen Marshall-Plan-Fonds geförderte Institute for International Economics (IIE) dem Kongreß bei einer Anhörung mitgeteilt:

1. Washington verpflichtet sich, nach der Präsidentschaftswahl über die „Abschlagszahlung" hinaus das strukturelle Haushaltsdefizit sofort jährlich um 100 Mrd. Dollar zu kürzen. Nach der Vorstellung der „600" soll das durch Ausgabenstreichungen im sozialen und Verteidigungsbereich sowie durch eine Wiederherstellung der Steuerbasis geschehen.

2. Die Europäer komplettieren die makroökonomischen Korrekturen der USA durch mikroökonomische Eingriffe, und zwar in Form einer Zurückschneidung der exzessiven Reallöhne, einer Abkehr von den rigiden Lohnstrukturen, einer Reduzierung des öffentlichen Sektors und einer verbesserten Verzinsung des eingesetzten Kapitals. Um ein stärkeres Wachstum zu garantieren, empfiehlt das IIE der Bundesrepublik und Großbritannien aber auch befristete Steuerkürzungen, wodurch die amerikanischen Budgetschnitte teilweise kompensiert und die Zinsen weltweit sinken würden.

3. Japan korrigiert das Kursverhältnis Yen-Dollar auf mindestens 200:1. in die Tat umgesetzt wird die im November vereinbarte internationale Emission von „Nakasone-Bonds", die Japan einen Kapitalzufluß von zehn Mrd. Dollar bescheren würde. Notfalls limitiert Tokio den Kapitalexport.

4. Um die Schuldenkrise in den Entwicklungsländern wirklich in den Griff zu bekommen, beschließen die Gouverneure des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank im September die Neuzuteilung von Sonderziehungsrechten („Papiergold") – 35 und zehn Mrd. Dollar 1985 und 1986 – und eine Anhebung der jährlichen Weltbank-Ausleihungen, um den Ausfall privater Bankkredite auszugleichen.

5. Erreicht wird eine größere Wechselkursstabilität durch die Etablierung von Bandbreiten und eine verbesserte Interventionsstrategie, die dann verstärkend eingreift, wenn sich der Kurs einer Währung schon in Richtung eines Gleichgewichts bewegt.

6. Die Gipfelstürmer einigen sich auf eine neue handelspolitische Liberalisierungsrunde, die eine Reform des allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) einschließt.

Was hier versucht wird, ist eine große vielleicht bahnbrechende Lösung. Einige der Vorschläge sind ausgesprochen kühn. Aber man *muß* wenigstens darüber sprechen.

OECD / Lambsdorff mit Abschlußerklärung zufrieden

Gegen bilaterale Abkommen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Regierungen der westlichen Industriestaaten wollen das multilaterale Welthandels- und Finanzsystem stärken und dafür sorgen, daß der wirtschaftliche Aufschwung zu einem dauerhaften, Arbeitsplätze schaffenden Wachstum führt. Diese gemeinsame Erklärung hat der Ministerrat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) dem zum Abschluß seiner Jahrestagung in Paris veröffentlichten wortreichen Kommunique vorangestellt. Der Rat spricht sich darin insbesondere für Maßnahmen zur Erleichterung und zum Abbau tarifärer wie nichttarifärer Handelshemmnisse aus.

Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff bezeichnete diese Erklärung vor der deutschen Presse als „fabelhaft". Obwohl auf der vorangegangenen Jahrestagung sogar vom Ausmerzen der protektionistischen Tendenzen die Rede war, sei in den USA wie in der EG an Protektionismus während der letzten zwölf Monate einiges hinzugekommen, während *in Japan zu wenig* Handelsbeschränkungen abgebaut wurden, stellte der Minister nüchtern fest.

Vor dem OECD-Rat hatte Lambsdorff gefordert, die Grauzone bilateraler Selbstbeschränkungsabkommen zu entschärfen und die weitere Herauslösung bestimmter Warenströme aus dem multilateralen Handelssystem zu unterbinden. Als bedauerliches Beispiel führte er die amerikanische Automobilindustrie an, die trotz ihrer Retortengewinne kürzlich die Verlängerung des Selbstbeschränkungsabkommens mit Japan beantragt habe.

Andererseits wurden nach Ansicht Lambsdorffs Fortschritte in der wirtschaftlichen Restrukturierung erzielt. Dies hätte wesentlich dazu beigetragen, daß der Aufschwung in der OECD-Zone stärker als erwartet ausfiel – trotz der hohen US-Zinsen. Dadurch seien allerdings die hoch verschuldeteten Entwicklungsländer stark belastet worden. Die USA müsse auch diese Seite ihrer Zinsmedaille bedenken.

Das Ministerratskommuniqué spricht sich zwar für die Ermäßigung des Zinsniveaus aus, stellt dieses Bestreben aber den Bemühungen um eine weitere Verminderung der Inflation gleich. Darauf dürften sich die Amerikaner bei ihrer weiteren Zinspolitik berufen. *Schärfer ausgefallen* ist allerdings die OECD-Kritik am amerikanischen Budgetdefizit. Zum Arbeitslosenproblem, das Anfang des Jahres auf zwei Sonderkonferenzen behandelt worden war, gab es keine neuen Erkenntnisse.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Asko-Dividende verdoppelt

Saarbrücken (Wb.) – Die Asko Deutsche Kaufhaus AG will ihre Dividende für 1983 auf 12 (6) DM je 50-DM-Aktie verdoppeln. Die Asko-Aktie, zur Zeit noch im Frankfurter Freiverkehr (letzter Kurs: 799,50) gehandelt, soll demnächst in Frankfurt, Düsseldorf und München in den amtlichen Börsenhandel eingeführt werden. Im Zusammenhang damit dürfte auch die Übernahme einer Kapitalerhöhung auf 17,5 (14,7) Mill. DM aus genehmigtem Kapital stehen, die voll von der Deutschen Bank zu einem Kurs von 800 DM je Aktie übernommen wurde. Bei der amtlichen Einführung sollen auch stimmrechtlose Vorzugsaktien mit einer Garantiedividende von 5 Prozent und einer gestaffelten Mehrdividende von 2, 3 und 4 Prozent über der Dividende der Stämme plaziert werden.

Tewidata-Verlust

München (VWD) – Die im Juni 1983 von dem Münchner Emissionshaus PM Portfolio Management GmbH zum Verkaufskurs von 405 Prozent an die Börse geführte Tewidata AG, München, weist für 1983 statt des im Emissionsprospekt in Aussicht gestellten Jahresüberschusses von 1,85 Mill. DM einen Fehlbetrag von 3,5 Mill. DM aus. Die laut Prospekt vorgesehene Dividende von 12,50 DM je 50-DM-Aktie fällt aus.

Steag: 14 Prozent

Essen (VWD) – Die Ruhrkohle-Tochter Steag AG in Essen schlägt der HV am 25. Juni vor, aus dem Bilanzgewinn von 22,6 Mill. DM wie im Vorjahr eine Dividende von 14 Prozent auf das Grundkapital von 149,8 Mill. DM zu zahlen und 1.6 Mill. DM in die frei Rücklage einzustellen.

Harpener zahlt 9,50 DM

Dortmund (VWD) – Die Harpener AG, Dortmund, schlägt der HV am 2. Juli für 1983 eine Dividende von 19 Prozent oder 9,50 DM je Aktie vor. Im Vorjahr hatte Harpener 18 Prozent ausgeschüttet.

Leonberger stockt auf

Leonberg (dpa/VWD) – Die Verwaltung der Leonberger Bausparkasse AG, Leonberg, schlägt der Hauptversammlung am 28. Juni vor, das Aktienkapital um 14,58 Mill. DM auf 58,33 Mill. DM gegen Einlagen im Verhältnis drei zu eins zum Kurs von 175 Prozent zu erhöhen. Die neuen Aktien sind ab 1. Juli 1984 gewinnberechtigt. Die Leonberger Bausparkasse hatte bereits 1983 ihr Aktienkapital von 21,88 Mill. DM auf 43,75 Mill. DM erhöht.

G + H halbiert

Ludwigshafen (VWD) – Die Grünzweig + Hartmann und Glasfaser AG, Ludwigshafen, schlägt für das Geschäftsjahr 1983 aus dem nahezu halbierten Bilanzgewinn von 7,71 (Vorjahr 14,11) Mill. DM eine auf 2 (4) DM gekürzte Dividende je Aktie auf 160 Mill. DM Grundkapital vor. Hauptversammlung ist am 28. Juni.

Pfaff erhöht

Frankfurt (adh) – Eine auf 6 (i. V. 5) DM erhöhte Dividende je 50-DM-Aktie schlägt die Verwaltung der Pfaff AG, Kaiserslautern, der Hauptversammlung am 12. Juli vor.

Abbau nur teilweise

Paris (dpa/VWD) – Die französische Regierung hat den Vorschlag der Citroën-Verwaltung nur teilweise akzeptiert, 6000 Arbeitsplätze abzubauen. Die Regierung will lediglich dem Abbau von 4000 Beschäftigten zustimmen. Sie lehnt jegliche Entlassungen ab und will lediglich den Personalabbau durch Vorruhestand und Abfindungen für rückkehrwillige Gastarbeiter genehmigen.

ANZAG

Vorrang für die innere Stärkung

INGE ADHAM, Frankfurt

Auf eine Ertrags- und Dividendenprognose für dieses Jahr, das in den ersten vier Monaten eine sechsprozentige Umsatzsteigerung brachte, mochte sich Franz H. Wolf, Vorstandsvorsitzender der Andreae-Noris Zahn AG (Anzag), Frankfurt, nicht festlegen. Für die Verwaltung der Anzag, die zuletzt für 1980 ausschließlich an die freien Aktionäre 4 DM je 50 DM-Aktie ausschüttete, hat eindeutig zunächst die innere Stärkung Vorrang.

Dabei ist die führende deutsche Pharma-Großhandlung bereits im vergangenen Jahr deutlicher vorangekommen als es der ausgeglichene Jahresabschluß zeigt. So signalisiert der auf 1,5 (i. V. 0,8) Prozent vom Umsatz gestiegene Brutto-Cash-flow die tatsächliche Verbesserung. Sie erlaubte eine weitere Aufstockung der Rückstellungen um 5 auf 71 Mill. DM (darin 55,6 (51) Mill. DM Pensionsrückstellungen), ebenso wie eine Aufstockung der Pauschalwertberichtigung. Der Investitionskraftakt im Konzern mit 50 (i. V. 19) Mill. DM wurde zu 40 Prozent aus Abschreibungen finanziert.

Ziel dieser Investitionen, die in diesem Jahr bei rund 20 Mill. DM liegen werden, ist die Optimierung der Betriebsstruktur. So wurden in Neubauten 29 Mill. DM investiert. Rund 15 Mill. DM wurden für die Neukonzeption im EDV-Bereich eingesetzt. Inzwischen wurde in Nürnberg mit dem Bau einer weiteren Großfiliale begonnen.

Die straffen Rationalisierungsmaßnahmen – auch erkennbar in einem Abbau der Mitarbeiter auf 4384 (4777) in 32 (34) Niederlassungen, führten, wie Wolf betont, zu einer wesentlichen Verbesserung des Betriebsergebnisses. Rationalisierung sei aber nur möglich, ohne die Schmälerung des Leistungsangebots für die Apotheken. Gleichwohl hat Anzag im vergangenen Jahr die Zahl der belieferten Kunden leicht auf rund 9000 reduziert, damit aber 2,1 (2,03) Mrd. DM Umsatz erzielt, wobei grundsätzlich abgelehnt werde, Umsatz über Rabatte zu „kaufen". Der Hauptversammlung am 27. Juni schlägt die Verwaltung die Schaffung von 10 Mill. DM genehmigten Kapital zur Begebung einer Optionsanleihe (bis zu 30 Mill. DM) vor.

GRIECHENLAND / Hohe Geldstrafe für Stahlfirma

Verstaatlichung geplant?

E. ANTONAROS, Athen

Athens sozialistische Regierung ist schon wieder gegen eines der größten Privatunternehmen Griechenlands vorgegangen: Handelsminister Wassilios Kedikoglou hat bekanntgegeben, daß der Stahlriese Halyvourgiki mit einer Geldstrafe in Höhe von neun Mrd. Drachmen (230 Mill. DM) zur Staatskasse gebeten wird, weil das Unternehmen in den Jahren 1970 bis 1980 bei der Abwicklung seines Exportgeschäfts einen Betrag von 57 Mill. Dollar angeblich illegal ins Ausland transferiert haben soll. Ebenfalls ist die Firma mit einem fünfjährigen Ausschluß von allen staatlichen Ausschreibungen bestraft worden.

Das Firmenmanagement zeigte sich von der ministeriellen Entscheidung überrascht, weil ein Athener Gericht bereits im Jahre 1982 – damals regierten schon die Sozialisten – die zwei Jahre zuvor erhobenen Vorwürfe als „unbegründet" ins Archiv gelegt hatte. Industriekreise gehen davon aus, daß durch das harsche Vorgehen der Sozialisten eine Übernahme von Halyvourgiki, die zu den fünfzehn größten Industriefirmen Griechenlands zählt, durch den Staat erzwungen werden soll. Das Unternehmen, dessen Eigenmittel zur Zeit 39 Mill. DM betragen, wird die Geldstrafe wohl nicht zahlen können.

Es ist eine Taktik der Sozialisten, zwar florierende, aber nicht so liquide Großunternehmen mit Hilfe von diversen Verwaltungsmaßnahmen pleite gehen zu lassen, um sie anschließend dem Staatssektor einzuverleiben. Ähnliche Methoden waren schon bei der Quasi-Verstaatlichung des größten Zementproduzenten „Aget Hercules" angewandt worden. (SAD)

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Buxtehude: Hans-Oskar Vogel, Kaufmann; **Dannenberg:** Walter Toll, Lüchow; **Essen:** Heinrich Posthausen GmbH; **Hamburg:** Gemmel Druck GmbH; **Hannover:** Inge Bartsch; **Karlsruhe:** Nachl. d. Karl-Heinz Maier, Ettlingen; **Köln:** Immover Immobilienvermietungs- u. Vermittlungsges. mbH; **Lörrach:** Irion & Denz GmbH; **Nürnberg:** Leopold Hubinger GmbH; **Pinneberg:** Torsten Camin, Kaufmann, handelnd u. Fa. Yachtimport Torsten Camin, Bönnigstedt; **Stuttgart:** Nachl. d. Hans-Martin Neff, Sindelfingen-Maichingen; **Traunstein:** Nachl. d. Kurt Theodor Bensch, Bischofswiesen; **Worms:** Walther GmbH, Heizung u. Sanitär, Rorsheim-Dalsheim; **Wuppertal:** Drocos Drogerie u. Cosmetique GmbH.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Düren: Mepo Hausbau GmbH; **Stuttgart:** Plan-Bau – Bauconsulting GmbH; Wennigsen: Ursula Beck, Kauffrau.

Vergleich eröffnet: Singen (Hohentwiel): Karl Keller Mineralöle GmbH & Co. KG, Engen / Hegau.

Vergleich beantragt: Flensburg: Heinrich Dresel, Bauunternehmer; Ulrich Lewerenz, Bauunternehmer; **Recklinghausen:** RUWE Stahlkonstruktionen GmbH & Co. KG, Herten.

SABA / Einstieg in den Markt für Heimcomputer – Neues Marketing-Konzept

Verlust noch 1984 ausgleichen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Von einem „beinahe unerklärlichen" Geschäftsrückgang ist die Branche der Unterhaltungselektronik in den Monaten März und April dieses Jahres betroffen gewesen. Gleichwohl blickt die zur französischen Thomson-Brandt-Gruppe gehörende Vertriebsgesellschaft Saba GmbH, Villingen-Schwenningen, aufgrund der positiven Impulse im Monat Mai und der attraktiven fernsehwirksamen Veranstaltungen mit einiger Zuversicht auf den weiteren Geschäftsverlauf dieses Jahres.

Auf jeden Fall will man, nach Worten von Geschäftsführer Alexander Lentze, ein Ergebnis erreichen, das nicht wesentlich unter dem Ergebnis des Berichtsjahres 1983 liegt. Der noch vorhandene Verlustvortrag von 8,7 Mill. DM soll jedenfalls ausgeglichen werden. Neu erschlossen wird von Saba neben dem Einstieg in den Bildschirmtext auch der Heimcomputer-Markt. Weitere neue Sparten bereite man vor.

Im Geschäftsjahr 1983 erzielte die Saba GmbH eine Umsatzsteigerung von 7,5 Prozent auf 733 Mill. DM. Erwirtschaftet wurde ein Jahresüberschuß von 10,1 (0,8) Mill. DM, wodurch sich der Verlustvortrag von 18,8 Mill. auf 8,7 Mill. DM reduziert. Seit Jahresbeginn wird das Kapital (50 Mill. DM) von der Thomson-Zwischenholding für die bundesdeutschen Aktivitäten, der neugegründeten Deutsche AG für Unterhaltungselektronik oHG (DAGFU), Villingen-Schwenningen, gehalten. Noch mehr Schlagkraft verspricht sich das Unternehmen durch die positiven Effekte des 1983 abgeschlossenen Restrukturierungsprogramms und von der Wirkung eines „handelsnahen" neuen Marketing-Konzepts.

Der Exportanteil am Umsatz belief sich auf 36,7 (38) Prozent. Hauptumsatzträger bei Saba sind nach wie vor die Produktgruppen Farbfernsehen und Videorecorder. Auf Fernsehgeräte, deren Sparten-Umsatz auf 416 (395) Mill. DM anwuchs, entfielen demnach 57,0 (57,9) Prozent des gesamten Saba-Umsatzes. Videogeräte kamen auf einen Umsatzanteil von 222 (202) Mill. DM und HiFi-Geräte auf 95 (85) Mill. DM.

Bei Color-Geräten zählt sich Saba mit einem Marktanteil von rund 10 Prozent zu den drei Großen in der Bundesrepublik. Der Marktanteil bei Videorecordern wird mit rund 6,5 Prozent angegeben. Als Nr. 1 mit einem Anteil von 20 Prozent sieht sich Saba auf dem Gebiet der Videocameras.

RENTENMARKT / Auf Schwankungen eingestellt

Nervosität und Unbehagen

Am Rentenmarkt herrscht Unsicherheit. Die Zinsentwicklung in den USA, wo die Probleme der Continental Illinois Bank Nervosität verbreiten, ist kaum zuverlässig einzuschätzen. Die Rentenhändler stellen sich auf weiterhin heftige Schwankungen der US-Zinsen ein, die auch auf den Dollarkurs und auf die deutschen Zinsen ausstrahlen. Zudem herrscht Unbehagen über die brenzlige Situation am Persischen Golf, die schon während der letzten Tage mit zum Wiederanstieg des Dollarkurses beigetragen haben soll. So ist man sich denn in Händlerkreisen nicht ganz sicher, wie lange die Bundesbank bei den Leitzinsen stillhalten wird, nachdem sie am letzten Donnerstag keinen akuten Handlungszwang verspürt hatte. (cd)

Emissionen	18.5. 84	11.5. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,60	7,59	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,69	7,59	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,67	7,56	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,82	7,76	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,64	7,52	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,34	7,20	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,21	8,13	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,65	7,53	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,94	7,87	8,08	8,45	10,32

KALI-CHEMIE / „Das beste Ergebnis der Geschichte"

Positive Tendenz hält an

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Bei der Kali-Chemie AG, Hannover, die im Geschäftsjahr 1983 „das beste Ergebnis ihrer Geschichte erzielen konnte", setzt sich die positive Entwicklung in eher noch verstärktem Maße fort. Das mehrheitlich zur belgischen Solvay-Gruppe gehörende Unternehmen hat nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden, Cyril van Lierde, im ersten Quartal den AG-Umsatz um 18,4 Prozent und den Gruppenumsatz um 12,1 Prozent gesteigert. Der Gewinn liege über dem Durchschnitt des Gesamtjahres 1983. Van Lierde ließ keinen Zweifel daran, daß die Aktionäre „bei aller Flexibilität in der Dividendenpolitik" zumindest wieder die für 1983 vorgesehene Dividende erhalten werden.

Die günstige Geschäftsentwicklung im Berichtsjahr findet ihren Ausdruck im Jahresüberschuß, der auf 33 (27,5) Mill. DM stieg und die Ausschüttung einer auf 20 (15) Prozent erhöhten Dividende erlaubt. Das Ergebnis pro 50-DM-Aktie auf der Basis des 1983 um 40 Mill. DM auf 125 Mill. DM aufgestockten Grundkapitals verbesserte sich auf 17,56 (12,14) DM. Der Cash-flow nahm auf 101 (93) Mill. DM zu.

Die ohnehin solide Bilanzstruktur ist weiter gestärkt worden. Neben der freien Rücklage (+8 Mill. DM) wurden die Sonderposten mit Rücklageanteil um 9,4 Mill. DM aufgestockt. Kräftig angestiegen sind die flüssigen Mittel, die jetzt mit 60,3 (20) Mill. DM ausgewiesen werden.

Innerhalb der Gruppe stieg der Umsatz um 5 Prozent auf 1,41 (1,34) Mrd. DM. Bei Ausklammerung der 1982 aufgegebenen Düngemittel-Sparte errechnet sich allerdings ein Plus von 7,6 Prozent. Wesentlichen Anteil am Umsatzwachstum hat das Auslandsgeschäft, auf das inzwischen 56,6 (55,9) Prozent entfällt. Für die AG ergibt sich eine Umsatzsteigerung um 6,2 Prozent auf 531 (500) Mill. DM.

Als wesentliche Stütze erwiesen sich in dieser Hinsicht zudem die inländischen Beteiligungsgesellschaften, die 1983 „gut verdient haben". Im Ausland dagegen, vor allem bei der US-Tochter Kali-Pharma Inc., gebe es „noch einiges zu tun". Die einzelnen Sparten entwickelten sich unterschiedlich. Freude bereitet der Bereich Chemikalien, der einen Umsatz von 909 Mill. DM (+ 12,5 Prozent) repräsentiert und das Betriebsergebnis um ein Drittel verbesserte. Dagegen läßt die Pharma-Sparte (Umsatz 431 Mill. DM) noch Wünsche offen, auch ertragsmäßig. Zu einigen Hoffnungen berechtige der Bio-Bereich, der allerdings nur mit 5 Prozent oder 67 Mill. DM zum Umsatz beiträgt.

Noch völlig offen sind Überlegungen, verstärkt in das Geschäft mit Autoabgas-Katalysatoren einzusteigen. Auf diesem Gebiet arbeitet Kali-Chemie mit der US-Firma Engelhard zusammen, bislang aber nur auf dem Vertriebssektor.

HOCHSEEFISCHEREI NORDSTERN

Wieder Verluste eingefahren

JAN BRECH, Hamburg

Die kleinste der drei in Bremerhaven ansässigen Hochseefischereien, die Nordstern AG, hat im Berichtsjahr 1983 wieder unbefriedigend abgeschnitten. Wie es im Geschäftsbericht heißt, waren vor allem die Mengen und Preise in der Frischfischfischerei unzureichend. Die drei zur Nordstern-Flotte gehörenden Frischfischfänger hätten ihre Kosten nicht erwirtschaftet. Die Verluste in diesem Bereich lägen deutlich über den Bundesfördermitteln.

Die Einbußen im Frischfischbereich sind zum Teil durch bessere Ergebnisse der Fangfabrikschiffe aufgefangen worden. Hier hat Nordstern zwei Einheiten gechartert. Die Entwicklung im gesamten Frostfischbereich wird als positiv bezeichnet. Erfreulich sei vor allem die zunehmende Stabilisierung des Einsatzes eines der gecharterten Schiffe im Nord-Pazifik.

Den Jahresüberschuß von 0,4 Mill. DM, der erheblich unter dem des Vorjahres von 1,2 Mill. DM liegt, verdankt die Nordstern wie schon im Jahr 1982 außerordentlichen Erträgen. Das nicht genannte Betriebsergebnis sei weiterhin negativ, wenn auch deutlich verbessert. Einschließlich fast 5 Mill. DM Verlustvortrag weist die AG einen Bilanzverlust von 4,6 Mill. DM aus, der auf neue Rechnung vorgetragen wird. Das Grundkapital von 6 Mill. DM wird mehrheitlich von der Bremer Familie Walther J. Jacobs gehalten.

Die unbefriedigenden Frischfisch-Erlöse sowie der Umsatzausfall aus dem im Vorjahr verkauften Fabrikschiff „Regulus" haben im Berichtsjahr zu einem Umsatzrückgang von 16 Prozent auf 57 Mill. DM geführt. Die Erwartungen für dieses Jahr sind zuversichtlicher. Mit der Einigung mit Grönland über Fangquoten für die nächsten 5 Jahre sei ein gehöriges Maß an Unsicherheit beseitigt worden, erkärt die Nordstern.

DAIMLER-BENZ / Produktprogramm wird ausgebaut

Stärker in Türkei engagiert

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Daimler-Benz weitet sein Engagement in der Türkei erheblich aus. Im Mittelpunkt steht dabei die bereits 1967 gegründete Otomarsan A. S., Istanbul, an der Daimler-Benz mit 36 Prozent beteiligt ist. Diese Firma baute bisher in Lizenz Mercedes-Benz-Omnibusse mit einer Jahreskapazität von rund 1500 Fahrzeugen. Durch eine entsprechende Genehmigung der türkischen Regierung wurde nunmehr der Weg frei für eine Ausdehnung des Produktprogramms dieser Gesellschaft auf alle Teile des Mercedes-Benz-Nutzfahrzeug-Programms.

Nach Angaben der Daimler-Benz AG ist vorgesehen, die Produktion der Firma Otomarsan auf Lkw zu erweitern. Darüber hinaus sollen alle Daimler-Benz-Aktivitäten in der Türkei einschließlich des Vertriebs komplett importierter Pkw und Lastwagen auf die Otomarsan konzentriert werden. Ziel sei, über den Omnibussektor hinaus (Marktanteil 75 Prozent) auch bei Lastwagen eine führende Stellung auf dem türkischen Markt zu erreichen.

Im Zuge der Verhandlungen um das unternehmerische Konzept kommt es auch zu einer Veränderung des Aktionärskreises bei der Otomarsan: Vom Grundkapital, das von umgerechnet 4,4 Mill. auf 72 Mill. DM erhöht wird, hält Daimler-Benz unverändert 36 Prozent. Neue Aktinäre unter den 8 (3) Anteilseignern sind u. a. die Türkiye IS-Bank und eine saudi-arabische Gruppe.

Der Fertigungsschwerpunkt der Otomarsan wird künftig in Aksaray liegen, nachdem die dortigen Werksanlagen der staatlichen Gesellschaft Akmosan integriert worden sind. Dort werden neben Motoren auch Lkw gefertigt, während das Werk in Istanbul weiterhin Busse produziert. Nach der ersten Ausbauphase soll die Kapazität der beiden Werke bei über 5000 Lkw, rund 2000 Omnibussen und etwa 9000 Nutzfahrzeug-Dieselmotoren liegen. Die Zahl der Beschäftigten wird von bisher 1600 auf etwa 3000 ansteigen. Türkischen Mitarbeitern aus den deutschen Daimler-Benz-Werken werden in diesem Zusammenhang Arbeitsplätze in ihrem Heimatland offeriert.

HUTSCHENREUTHER / Saat für das kommende Jahrzehnt wird ausgebracht

Kapitalerhöhung zum Absichern

DANKWARD SEITZ, München

Fest ins Visier genommen hat jetzt der Vorstand der Hutschenreuther AG, Selb, das Jahr 1990 mit einer umfassenden Langzeitplanung, die die zukünftige Rentabilität sicherstellen, neue Wachstumsquellen erschließen und Erfolgspotentiale bis zum Ende dieses Jahrzehnts identifizieren soll. Wie Vorstandsvorsitzender Roland Dorschner anläßlich der Vorlage des Geschäftsberichts 1983 erläuterte, ist dabei nicht daran gedacht, die „strategische Stoßrichtung" des Unternehmens grundlegend zu verändern.

Vielmehr sollen Nischen in angestammten Märkten und in neuen, „verwandten" Randgebieten erschlossen werden. „Wir wollen heute die Saat legen für die Ernte in den 90er Jahren." Und das sollen 1990 bei „unverändert guter Ertragslage rund 500 Mill. DM Umsatz" sein.

Die größten Chancen, um dieses Ziel zu erreichen, sieht Dorschner offensichtlich im Bereich der technischen Keramik. Über Einzelheiten will er zwar noch nicht reden, deutet aber an, daß die Grundlage dafür ein neu entwickeltes Produkt ist, das sich durch einen hohen Härtegrad und Beständigkeit bei extremen Temperaturschwankungen auszeichnet.

Gedacht wird dafür sogar an den Bau einer neuen Produktionsstätte. „Wenn alles gutgeht", so Dorschner, könnte die technische Keramik, die heute auf einen Umsatzanteil von 12 bis 13 Prozent kommt, einmal „gut ein Drittel" erreichen.

Im Porzellan-Bereich (Haushalt und Gastronomie) will man neben einem forcierten Ausbau der Marktposition im Inland durch ein „genau festgelegtes Internationalisierungsprogramm" stärker als bisher das Auslandsgeschäft vorantreiben. Ein erster Schritt dazu ist eine 10prozentige Beteiligung an einem thailändischen Porzellanwerk, das 1986 in Betrieb gehen wird. Unter anderem will man von dort aus auch mit Hutschenreuther-„Billigprodukten" in die USA exportieren.

Um die ersten Expansionsschritte finanziell abzusichern, wird der Hauptversammlung am 4. Juli eine Kapitalerhöhung im Verhältnis 4:1 zum Kurs von 160 DM je 50-DM-Aktie auf 21,33 (17,06) Mill. DM vorgeschlagen. Die jungen Aktien sind bereits ab Anfang 1984 dividendenberechtigt. Ausgeschüttet werden sollen aus dem fast unveränderten Jahresüberschuß von 3,05 Mill. DM wieder 9 DM.

Zufrieden zeigte sich Dorschner mit dem Umsatz 1983, der in der AG um 4,6 Prozent auf 333,1 Mill. DM und in der Gruppe um 5,5 Prozent auf 354,0 Mill. DM gesteigert werden konnte, während die Branche eine Einbuße von 4,2 Prozent hinnehmen mußte. Auf Haushalt-/Gastronomie-Porzellan entfielen davon 312,8 Mill. DM (plus 5,2 Prozent) und die Technische Keramik 41,2 Mill. DM (plus 7,6 Prozent). Exportiert wurden Produkte im Wert von 121,6 Mill. DM (plus 4,2 Prozent).

SCHUNK-GRUPPE / Holdings unterstehen einem wirtschaftlichen Verein

Mischkonzern in neuem Korsett

JOACHIM WEBER, Heuchelheim

„Bis zu unserem 75jährigen Jubiläum in vier Jahren wollen wir uns noch kräftig anstrengen", kündigt Helmut Ritter an, Geschäftsführer der Firmengruppe Schunk, Heuchelheim bei Gießen. Schon 1984 will die 3700-Mitarbeiter-Gruppe einen guten Schritt vorankommen. Nachdem der Gesamtumsatz 1983 um 13 Prozent auf 420 (372) Mill. DM gesteigert wurde, soll in diesem Jahr die halbe Milliarde überschritten werden.

Dazu tritt das Konzerngebilde in völlig neuem Organisations-Gewand an. An die Stelle der bisherigen Firmen-Pyramide unterhalb einer gemischten Holding- und Produktionsgesellschaft treten drei Teilkonzerne mit einer jeweils eigenen Holding, die in eigener Ertragsverantwortung ihren Produktbereich führt. Zu diesem Zweck hat auch die bisherige Führungsgesellschaft Schunk + Ebe GmbH ihre operativen Aktivitäten an Funktionsgesellschaften abgegeben, und sich auf die Holdingfunktion zurückgezogen.

Die Notwendigkeit, dem „Trend zu kleineren, schlagkräftigen Einheiten mit mehr Eigenverantwortlichkeit und mehr betriebswirtschaftlicher Transparenz" zu folgen, ergab sich aus der immer rascheren Entwicklung der Gruppe. „Schunk + Ebe war unorganisch gewachsen", erläutert Ritter. „Da ist immer mehr dazugekommen. Wir haben diversifiziert, neue Firmen gegründet und auch zugekauft. Da mußten wir allmählich mit der Organisation nachziehen."

So bekamen die 42 Gesellschaften (davon 21 im Ausland) ihr neues Korsett verpaßt. Unter der Holding Schunk + Ebe GmbH wurden die traditionellen Aktivitäten des heutigen Mischkonzerns zusammengefaßt: Kohlenstofftechnik (Kohlebürsten, -lager, Kohleformteile) und Sintermetalltechnik (Teile für die Elektrotechnik und deren Kraftfahrzeugbau). Mit 240 Mill. DM ist dieser Bereich nach wie vor der größte Umsatzbringer.

Die Meß-, Regel- und Klimatechnik mitsamt der Elektronik (die zum neuen starken Bein ausgebaut werden soll) kamen unter die Fittiche der MRK Beteiligungsgesellschaft mbH. Ihre „Spezialitäten": Berührungsloses Messen, Klimatechnik für hohe Ansprüche, z. B. Belüftung von Operationssälen, Klimakammern für die Werkstoffprüfung (oder ganze Autos) und Korrosionssprühkammern, mit denen die Tochter Weiss Technik GmbH sich weltweit auf dem ersten Platz weiß. Alles zusammen bringt einen Umsatz von 120 Mill. DM.

Unter der MWM Beteiligungsgesellschaft schließlich sind die Produktion von Zuliefer-Teilen aus Metall, Guß und Kunststoff vornehmlich für die Elektroindustrie, außerdem die (aus dem Eigenbedarf entstandene) Herstellung von Sondermaschinen und Spezialwerkzeugen und die Ultraschall-Schweißtechnik untergebracht. Die vier Töchter setzen zusammen 50 Mill. DM um.

Wie schon zuvor die Muttergesellschaft Schunk + Ebe unterstehen alle drei Bereichs-Holdings einem wirtschaftlichen Verein, dem Ludwig-Schunk-Gedächtnisverein e. V., Heuchelheim. Die einigermaßen seltene Konstruktion ist historisch bedingt. Der kinderlose Mitbegründer Ludwig Schunk, 1947 verstorben, hatte sein Vermögen der von ihm gegründeten Gefolgschaftsunterstützungseinrichtung e. V. vermacht. Ihr Rechtsnachfolger wurde der Gedächtnisverein, der nun auch die Geschäftsanteile der drei Holdings hält. Seine Mitglieder sind nach wie vor Mitarbeiter und Leitende der Schunk-Firmen.

Commerzbank-HV billigt alle Punkte

dos. Hannover

Die Commerzbank AG ist zwar ehrgeizig genug, für 1984 eine höhere Dividende als 1983 (12 Prozent) anzustreben. Walter Seipp, Vorstandsvorsitzender der Bank, ließ aber auf der Hauptversammlung in Hannover keinen Zweifel daran, daß bei der Gewinnverwendung die Risikovorsorge und die Dotierung der Rücklagen den gleichen Stellenwert haben müssen. Seipp verwies in der Diskussion auf das Engagement der Commerzbank in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Von den insgesamt 7,5 Mrd. DM müßten 6 Mrd. DM umgeschuldet werden. Dies gelte vor allem für Brasilien und Mexiko.

Bei der Diskussion um eine höhere Dividende sollten die Aktionäre die „günstigen Bedingungen" der geplanten Optionsanleihe (WELT v. 19. Mai) berücksichtigen. Der Bezugspreis werde um „bis zu 20 Prozent" unter dem aktuellen Börsenkurs liegen. Weiter festhalten wird die Commerzbank an ihrem AEG-Engagement (24,8 Mill. DM oder 4 Prozent des AEG-Kapitals), das bisher weit über 300 Mill. DM gekostet hat. – Die Hauptversammlung verabschiedete bei einer Präsenz von 55,2 Prozent alle Tagesordnungspunkte bei nur wenigen Gegenstimmen.

SaarLB: Arbed hinterließ Spuren

dpa/VWD, Saarbrücken

Das Engagement der Landesbank Saar Girozentrale (SaarLB), Saarbrücken, bei Arbed Saarstahl ist 1983 nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden, Manfred Schäfer, nicht spurlos an dem Institut vorübergegangen. Durch Zinszugeständnisse und zusätzliche Wertberichtigungen auf Kreditforderungen zweifach betroffen, wurden die Ertragslage des Instituts – längerfristig – geschwächt und der Jahresüberschuß geschmälert.

Um die Bank „bei einer weiteren noch immer möglichen Zuspitzung der Situation" vor Konsequenzen zu bewahren, wurden die Arbed-Wertberichtigungen aufgestockt, was sich in auf 14,2 (Vorjahr 7,9) Mill. DM nahezu verdoppelten Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen niederschlug. Mit der Kürzung der Dividende für 1983 auf 3 (5) Prozent habe die SaarLB unter Schonung aller Reserven der Vorsorge Priorität gegeben. Die SaarLB konnte 1983 mit einem Bilanzwachstum um 5,8 Prozent auf 9,04 (8,54) Mrd. DM ihre Position in der Region behaupten.

NAMEN

Herbert Kneitz, Vorstand der Wilhelm Kneitz & Co. AG, Wirsberg/Ofr., ist als Nachfolger von **Werner Icks** zum Vorsitzenden des Verbandes der Deutschen Heimtextilienindustrie gewählt worden.

Manfred Rogotzki (44) wurde vom bisher stellvertretenden zum ordentlichen Vorstandsmitglied der sechs Erstversicherer der DBV + Partner Versicherungen, Wiesbaden, berufen worden.

Manfred Broska ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Deutschen Beamten-Versicherung Lebens- und Rentenversicherungsanstalt, der DBV-Versicherung AG, sowie der APK Krankenversicherungs-AG für den öffentlichen Dienst, Wiesbaden, ernannt worden.

Rolf Dorsch, stellvertretender Direktor und langjähriges Mitglied der Geschäftsleitung der Basler Versicherungen, Bad Homburg, tritt am 31. Mai 1984 in den Ruhestand.

Jochen Münnich (42) ist zum Vorsitzenden des Verbandes der Deutschen Photographischen Industrie als Nachfolger von **F. W. Rabenschlag** gewählt worden.

Generaldirektor Dr. **Herbert Diel**, Vorstandsvorsitzender der Concordia Versicherungsgruppe, Hannover, wurde zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates bestellt. Er ist Nachfolger des kürzlich verstorbenen Generaldirektors i. R. **Herbert Marx**.

Paul Jolles, ehemaliger Schweizer Staatsekretär für Außenwirtschaft, wurde in den Verwaltungsrat der Nestle AG, Vevey, als Nachfolger von **Arthur Fürer** gewählt.

AGIV / Dividende auf zehn Mark erhöht

Mehr intelligente Produkte

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Nach Jahren, in denen die Holding AG für Industrie und Verkehrswesen (Agiv), Frankfurt, sich mit den Ausschüttungsansprüchen gegenüber ihren Beteiligungen (z. B. Schenck, Wayss & Freytag, Kraftanlagen Heidelberg) bewußt zurückgehalten hat, ist nun der Zeitpunkt gekommen, „wo die Risikovorsorge erst einmal abgeschlossen ist und die Obergesellschaft auch ein bißchen mehr Spaß haben darf", so Agiv-Vorstands-Chef Frank Niethammer.

Auch die Aktionäre (mehr als 50 Prozent von 80 Mill. DM Grundkapital bei der BHF-Bank, Rest Streubesitz) sollen sich freuen können: Ihnen wird eine auf 10 (9) DM je 50-DM-Aktie erhöhte Dividende angeboten. Die 10 Mill. DM jungen Aktien aus der Kapitalerhöhung im September werden mit 5 DM bedient.

Die Unternehmen der Gruppe haben ihren Umsatz 1983 um 7,1 Prozent auf 5,74 (5,36) Mrd. DM gesteigert. Auf die Agiv-Anteile bezogen, ergab sich sogar ein Zuwachs von 7,5 Prozent auf 2,8 (2,6) Mill. DM. Auch für 1984 erwartet der Vorstand einen „im ganzen erneut erfreulichen" Geschäftsverlauf.

Das Frühjahr 1984 brachte Änderungen im Portefeuille der Gesellschaft. Die Schachtelbeteiligung an der Orenstein & Koppel AG (Baumaschinen) wurde zu einem „fairen Preis" an Hoesch abgegeben, weil zum einen der unternehmerische Durchgriff nicht möglich war, zum anderen die Bauabhängigkeit weiter reduziert werden sollte.

Neu aufgenommen wurde eine 50prozentige Beteiligung an dem Mikroprozessor-Prüfgeräte-Spezialisten Epi Meßtechnik in Wiesbaden. Das 90-Mitarbeiter-Unternehmen, das 1984 12 (7) Mill. DM umsetzen soll, passe besonders gut in das Konzept der intelligenten Spezialitäten, dem die Agiv sich zunehmend verschrieben habe, so Niethammer.

PHAGRO / Gutes Jahr für die Mitgliedsbetriebe

Vollversorger der Apotheke

INGE ADHAM, Frankfurt

Als „Vollversorger der Apotheke" verstehen sich die 32 Mitgliedsunternehmen des Bundesverbandes des pharmazeutischen Großhandels – Phagro –, die mit ihren 105 Großhandelsbetrieben praktisch alle rund 16 700 deutschen Apotheken versorgen. Bei der Mitgliedsversammlung anläßlich des 80jährigen Bestehens in Frankfurt betonte Verbandsvorsitzender Otto Weber, daß aus dem einstigen Rohstoff- und Drogenlieferanten längst der Anbieter eines kompletten Servicepakets inklusive betriebswirtschaftlicher Beratung für Apotheken geworden sei.

Das vergangene Jahr kennzeichnete er als „recht gutes Jahr" für die Mitgliedsbetriebe. Mit einer Steigerungsrate von 8 Prozent (auf 10,5 Mrd. DM) habe die Umsatzentwicklung erstmals seit Jahren wieder über den Kosten- und Preissteigerungen gelegen. Die leistungs- und kostengünstige Logistik des Großhandels habe überdies zu einem Rückgang des Direktgeschäfts zwischen Industrie und Apotheke geführt, das mit etwa 12 Prozent am gesamten Arzneimittelumsatz von 12,6 Mrd. DM (1982) beteiligt ist. Der Ausbau der elektronischen Bestellungen auf einen Anteil von 65 (i. V. 60) Prozent hat in den Großhandlungen zu Rationalisierungsfortschritten geführt, so daß der Ertrag nach Einschätzung des Verbandsvorsitzenden jetzt mehrheitlich über der Null-Linie liegen dürfte.

Für dieses Jahr kündige sich jedoch eine negativere Entwicklung an. Ein erheblich verlangsamtes Umsatzwachstum habe zu einer drastischen Verschärfung des Wettbewerbs geführt. Dazu komme ein Kapazitätsüberhang und eine Zunahme der Apotheker-Usance, jeweils nur einen einzelnen Artikel zu bestellen. Dies funktioniert, da jede Apotheke bis viermal täglich vom Großhandel beliefert wird, der ein Sortiment von rund 70 000 Artikeln vorrätig hält.

ERGEBNISSE

Offenbach – Braunschweig	1:2	(0:1)
Hamburg – Frankfurt	0:2	(0:1)
K'lautern – Nurnberg	4:2	(2:1)
Dortmund – München	1:1	(0:0)
Uerdingen – Köln	4:6	(0:3)
Leverkusen – Gladbach	1:2	(0:1)
Bielefeld – Bochum	2:1	(0:0)
Düsseldorf – Mannheim	1:2	(1:0)
Bremen – Stuttgart	1:2	(0.0)

DIE SPIELE

Bremen – Stuttgart 1:2 (0:0)

Bremen: Burdenski – Fichtel – Schaaf, Lellek, Otten – Mohlmann, Pezzey, Meier (48. Kamp) – Reinders, Neubarth (46. Ordenewitz), Völler. – **Stuttgart:** Roleder – Niedermayer – Schafer, K.-H. Förster, B. Förster – Buchwald, Allgöwer, Ohlicher, Sigurvinsson – Reichert (78. Kelsch), Corneliusson. – **Schiedsrichter:** Theobald (Wiebelskirchen). – **Tore:** 0:1 Sigurvinsson (62.), 1:1 Möhlmann (72.), 1:2 Ohlicher (83.). – **Zuschauer:** 38 500. – **Gelbe Karte:** K.-H. Förster (7/1).

Hamburg – Frankfurt 0:2 (0:1)

Hamburg: Stein – Jakobs – Kaltz, Groh, Wehmeyer – Hartwig (77. Schröder), von Heesen, Magath, Rolff – Wuttke (46. Schatzschneider), Milewski. – **Frankfurt:** Pahl – Fruck – Sievers, Berthold, Kroth – Kraaz, Borchers, Falkenmayer, Mohr (67. Svensson) – Müller, Krämer (75. Tobollik). – **Schiedsrichter:** Wippker (Roetgen). – **Tore:** 0:1 Falkenmayer (9.), 0:2 Falkenmayer (90., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 35 000. – **Gelbe Karten:** Wehmeyer (4/2), Fruck (4), Sievers (2), Krämer.

Dortmund – München 1:1 (0:0)

Dortmund: Immel – Zorc – Storck, Rüßmann, Koch (46. Huber) – Konopka, Bittcher, Tenhagen (62. Keser), Raducanu – Klotz, Wegmann. – **München:** Pfaff – Augenthaler – Martin, Grobe – Lerby, Nachtweih, Kraus (85. Del'Haye), Dürnberger – M. Rummenigge (69. Beierlorzer), Hoeneß, K.-H. Rummenigge. – **Schiedsrichter:** Niebergall (Rammelsbach). – **Tore:** 0:1 Nachtweih (55.), 1:1 Keser (78.). – **Zuschauer:** 50 000. – **Gelbe Karten:** Konopka (4), Huber (2).

Leverkusen – M'gladbach 1:2 (0:1)

Leverkusen: Vollborn – Bast – Posner, Gelsdorf, Wojtowicz – Winkelhofer, Hermann (71. Pomp), Röber, Patzke (61. Vöge) – Waas, Tscha – **M'gladbach:** Sude – Bruns – Krauss, Hannes, Borowka – Matthäus, Herlovsen, Frontzeck, Lienen (71. Ringels) – Mill, Criens. – **Schiedsrichter:** Uhlig (Dortmund). – **Tore:** 0:1 Hannes (30.), 1:1 Herlovsen (75., Eigentor), 1:2 Matthäus (85.). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karten:** Krauss (4), Ringels (3).

Bielefeld – Bochum 2:1 (0:0)

Bielefeld: Kneib – Wohlers – Geils, Hupe, Schnier – Rautiainen, Pagelsdorf, Pohl, Kühlhorn (63. Dronia) – Grillemeier (90. Butz), Ozaki. – **Bochum:** Mager – Knüwe – Kree, Lameck, Oswald – Kühn, Kuntz (59. Pater), Woelk, Oswald – Benatelli (59. Bönighausen), Schreier. – **Schiedsrichter:** Tritschler (Freiburg). – **Tore:** 1:0 Grillemeier (53., Foulelfmeter), 2:0 Schnier (77., Foulelfmeter), 2:1 Pater (78.). – **Zuschauer:** 7000. – **Gelbe Karten:** Grillemeier (7), Knüwe (4).

Düsseldorf – Mannheim 1:2 (1:0)

Düsseldorf: Kleff (74. Kurth) – Zewe – Theis, Löhr – Bockenfeld, von Dierikke, Bommer (75. Dusend), Bunte, Weikl – Edvaldsson, Thiele. – **Mannheim:** Pradt – Sebert – Schlindwein, Dickgießer – Kohler, Scholz, Hein (54. Remark), Knapp, Schön – Bührer, Walter (88. Linz). – **Schiedsrichter:** Zimmermann (Kiel). – **Tore:** 1:0 Zewe (32., Foulelfmeter), 1:1 Schlindwein (58.), 1:2 Scholz (86.). – **Zuschauer:** 6000. – **Gelbe Karten:** Lohr (4), Schlindwein (4/2).

K'lautern – Nürnberg 4:2 (2:1)

K'lautern: Hellström – Dusek – Wolf, Briegel, Lang – Geye (51. Brummer), Allofs, Hoos, Brehme – Nilsson, Hübner. – **Nürnberg:** Kargus – Lieberwirth – Grahammer, Reinhardt – Lottermann, Täuber, Giske, Burgsmuller, Habiger – Trunk (61. Rossberger), Heidenreich. – **Schiedsrichter:** Kautschor (Eschweiler). – **Tore:** 1:0 Hubner (23.), 1:1 Trunk (31.), 2:1 Brehme (40.), 3:1 Wolf (54.), 3:2 Burgsmüller (55.), 4:2 Hübner (57.). – **Zuschauer:** 10 435. – **Gelbe Karten:** Hoos (2), Grahammer (7/2), Lieberwirth (3), Giske (2).

Offenbach – Braunschweig 1:2 (0:1)

Offenbach: Reck – Trapp – Paulus, Kutzop, Franusch – Höfer, Eichhorn, Bein, Michelberger (60. Elgert) – Krause, Hofeditz. – **Braunschweig:** Franke – Worm – Geiger, Bruns, Ellmerich – Scheike, Pahl, Lux, Tripbacher (46. Kindermann) – Studzizba (77. Keute), Geyer. – **Schiedsrichter:** Matheis (Rodalben-Neuhof). – **Tore:** 0:1 Studzizba (33.), 1:1 Trapp (51.), 1:2 Lux (56., Handelfmeter). – **Zuschauer:** 2000. – **Gelbe Karte:** Trapp (7/2).

Uerdingen – Köln 4:6 (0:3)

Uerdingen: Vollack – Herget – van de Loo, Klinger, Buttgereit – Thomas (46. Gulich), Funkel, Feilzer, Raschid – Hofmann, Sackewitz (54. Jusufi). – **Köln:** Schumacher – Lefkes – Prestin, Steiner – Hartmann, Reif (67. Strack), Gielchen, Hönerbach – Littbarski, Fischer, Allofs. – **Schiedsrichter:** Michel (Augsburg). – **Tore:** 0:1 Lefkes (6.), 0:2 Allofs (15.), 0:3 Allofs (39.), 1:3 Gulich (46.), 2:3 Feilzer (55.), 2:4 Littbarski (67.), 2:4 Jusufi (70.), 3:5 Littbarski (72.), 3:6 Allofs (85.), 4:6 Gulich (87.). – **Zuschauer:** 11 000.

VORSCHAU

Samstag, 26. Mai 1984

Stuttgart – Hamburg	(3:2)
Mannheim – Offenbach	(2:0
Bochum – Dusseldorf	(2:1)
M'gladbach – Bielefeld	(3:2)
Köln – Leverkusen	2:1)
München – Uerdingen	(3:0)
Nurnberg – Dortmund	(1:1)
Frankfurt – K'lautern	(4:2)
Braunschweig – Bremen	(2:2)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

FUSSBALL / Eintracht Frankfurt beendete Hamburgs Hoffnungen, wieder die deutsche Meisterschaft zu gewinnen

● **Die Meisterschaft:** „Wir sind zu 99 Prozent deutscher Meister", sagt Stuttgarts Nationalspieler Karl-Heinz Förster. Der Unsicherheitsfaktor von einem Prozent läßt sich in Zahlen ausdrücken: Der Hamburger SV muß im letzten Spiel in Stuttgart mit 5:0 gewinnen, um bei gleichem Punktekonto eine um einen Treffer bessere Tordifferenz zu haben. Eine Möglichkeit, an die die Hamburger selbst nicht mehr glauben. Bayern München hat nach dem 1:1 in Dortmund seine letzte theoretische Chance ebenfalls verspielt.

● **Der UEFA-Pokal:** Hamburg, Mönchengladbach, München und Bremen sind qualifiziert. Da entweder die Gladbacher oder die Münchner über das deutsche Pokalfinale (31. Mai) in den Pokal der Pokalsieger einziehen, geht es auch noch um den sechsten Tabellenplatz. Dabei ist die Situation ähnlich wie in der Meisterschaft: Bayer Leverkusen müßte im letzten Spiel schon mit einer Differenz von fünf Toren (zum Beispiel 5:0 oder 6:1) in Köln gewinnen, um den Kölnern den Weg noch zu verbauen.

● **Der Abstieg:** Offenbach und Nürnberg standen schon vorher als Absteiger fest. Wer aber muß das Ausscheidungsspiel gegen den Dritten der Zweiten Liga bestreiten – Frankfurt oder Bochum? Bochum hat noch einen Punkt Vorsprung und spielt gegen Düsseldorf. Frankfurt trifft, ebenfalls in einem Heimspiel, auf Kaiserslautern. Nach einem Remis in Bochum und einem Frankfurter Sieg mit drei Treffern Differenz würde Bochum das Ausscheidungsspiel bestreiten müssen.

VfB Stuttgart – eine Mannschaft spielt so, wie ihr Trainer ist: kühl, bedächtig, intelligent

Von ULRICH DOST

Es war alles so schön spannend geplant – 26. Mai, letzter Bundesliga-Spieltag, der VfB Stuttgart und der Hamburger SV spielen um die deutsche Fußball-Meisterschaft, ein echtes Endpsiel. Doch was nutzt das schönste Drehbuch, wenn sich einer nicht an die Regieanweisungen hält. Die Frankfurter haben das getan, sie besiegten den HSV mit 2:0 im Volksparkstadion und wurden so zum Steigbügelhalter für die Stuttgarter, die sich nun im letzten Spiel sogar eine 0:4-Niederlage leisten könnten. Daran aber glaubt niemand.

Doch weil der Plan nun nicht mehr stimmte, mußte improvisiert werden. Den Sekt zur Meisterfeier stiftete Werder Bremen, fünf Flaschen der Hausmarke „Werder". Die Freude aber war eher verhalten. Zu sehr hatte sich der 26. Mai in den Köpfen der Stuttgarter festgesetzt, als daß sie jetzt plötzlich den Gefühlen freien Lauf lassen könnten. Und als sie in der Kabine gejubelt hatten, da wollten sie alleine sein. Den Kameras des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) gewährte Präsident **Gerhard Meyer-Vorfelder** (48) keine Einblicke ins Seelenleben: „Die filmen hier, wie wir feiern, und nächste Woche lacht sich ganz Deutschland über uns kaputt, wenn es gegen Hamburg doch noch schiefgehen sollte." Die Spieler durften auch nicht ins „Aktuelle Sportstudio". Meyer-Vorfelder: „Die haben uns zwei Monate links liegenlassen." Auch Star-Moderator **Harry Valérien** (60), der eigens zum Frankfurter Flughafen gekommen war, um die Stuttgarter bei deren Zwischenlandung zu überreden, stieß auf taube Ohren.



Auf dem Rasen haben sie sich nichts geschenkt, die beiden Nationalspieler Rudi Völler und Karl-Heinz Förster. Aber hinterher war alles vergessen. Bevor Karl-Heinz Förster als deutscher Meister die Heimreise nach Stuttgart antrat, schaute er noch schnell bei den Bremern vorbei. Rudi Völler machte es dabei sogar nichts aus, daß er gerade von der Dusche kam und nicht einmal eine Hose anhatte. FOTO: BONGARTS

*

Eines ist klar: Der neue Meister läßt sich nicht dirigieren, er bestimmt selbst, wo es langgeht, und er bleibt sich selbst treu. Auf dem Flughafen in Bremen hat Trainer **Helmut Benthaus** (48) auch den Berufsnörgler **Max Merkel** (48) getroffen. „Der Titel ist doch eine tolle Sache für einen, der die Bundesliga ja nur aus der Peepshow kennt", sagte Benthaus und spielte damit auf Merkels hämischen Spruch an, Benthaus hätte die Bundesliga in der Schweiz nur *aus dem Fernsehen verfolgen können*. Benthaus zahlte nicht mit Häme zurück. Auch die Aussagen seiner Kollegen **Ernst Happel** (59) („Noch nie war es so einfach, Meister zu werden") und **Udo Lattek** (49) („Es gibt in Deutschland keine Spitzenmannschaft") ließ er unwidersprochen, auch wenn sie ihn fürchterlich ärgern.

*

Die Stuttgarter werden damit leben müssen, daß sie nicht als ein Meister in die Geschichte eingehen, der die Zuschauer durch brillanten Fußball von den Sitzen gerissen hat, wie es die Hamburger, die Bayern oder auch Mönchengladbach taten. Max Merkel beurteilt den neuen Meister so: „Nur der Asgeir Sigurvinsson ist Klasse, die anderen sind nur durchschnittlich." Ganz so hart ist es bestimmt nicht. Aber selbst Trainer Benthaus glaubt, Stuttgart habe den Titel verdient gewonnen, weil die Mannschaft über die ganze Saison die konstanteste Leistung geboten hat. Vom schönen Fußball sprach er nicht. „Die Mannschaft spielt so, wie ihr Trainer ist: kühl, bedächtig und intelligent", so Stuttgarts Geschäftsführer **Ulrich Schäfer** (45).

*

In der Tat gebührt dem Trainer ein großer Anteil daran, daß der Klub nach 1950 und 1952 den dritten Titel feiern kann. „Vielleicht siebzig, achtzig, neunzig Prozent ..., ich weiß es nicht," so hoch hat Mannschaftsführer **Karl-Heinz Förster** (25) den Anteil von Benthaus eingestuft. 16 Jahre hat Helmut Benthaus in der Schweiz beim FC Basel gearbeitet. Als er vor zwei Jahren nach Stuttgart kam, hat er gesagt: „Ich bin ein Erfolgsmensch." Damals hat ihn der Präsident entsetzt von der Seite angeschaut, da hat er nämlich noch nicht gewußt, was er da für einen kühlen Rechner und guten Psychologen eingekauft hat.

Dank Benthaus besitzen die Stuttgarter eine Mannschaft, die ohne Ärger und Streitigkeiten ausgekommen ist. Und das liegt daran, daß der Trainer mit allen viel redet. Er sagt: „Ich kann scheitern, wenn das Gespräch nicht funktioniert. Es ist unumgänglich für einen Trainer, daß er nicht nur von Taktik oder Ballstoppen redet, sondern daß er überhaupt mit Spielern reden kann. Eine Bundesligamannschaft ist ein unglaublich heterogenes Gebilde. Da sind Dicke, Dünne, Schwarze, Blonde, Empfindliche und Robuste – und zu allen muß man eine Antenne haben." Benthaus scheint sie zu haben. Er behandelt sein Spieler wie gleichberechtigte Partner: „Die Spieler sind reif genug, um sie an der langen Leine zu führen. Sie müssen nur wissen, wer die Leine in der Hand hält. Nicht, daß am Ende der Trainer an der Leine läuft." Der Erfolg gibt ihm recht.

*

Über 800 Menschen waren zum kleinen Stuttgarter Flughafen gekommen, um den Meister zu feiern. Auf den Schultern wurden die Spieler zum Bus getragen. Den Trainer mußten sogar Polizisten schützen: „Ein tolles Gefühl, die Leute hätten uns fast erdrückt. Die meisten Spieler kamen verschwitzt und zerzaust in den Bus." Im Mittelpunit stand selbstverständlich **Hermann Ohlicher** (34). Mit seinem Tor zum 2:1 in Bremen hatte er den Titel praktisch perfekt gemacht. Ohlicher: „Das ist der absolute Höhepunkt meiner Karriere." *In den nächsten Tagen wird* Ohlicher mit Präsident Meyer-Vorfelder ein Gespräch führen, denn sein Vertrag läuft aus. Er sagt: „Ich würde gerne noch ein Jahr spielen."

Persönlich gratuliert hat auch **Hansi Müller** (26). Der frühere Spielmacher beim VfB war in Stuttgart zum 50. Geburtstag seines Vaters: „Eine phantastische Leistung." Auch er wird über den Satz von Karl-Heinz Förster nachgedacht haben, den dieser nach Müllers Wechsel zu Inter Mailand tat: „Jetzt haben wir mit Asgeir Sigurvinsson endlich einen Spieler mit der Nummer zehn, der sich das Trikot dreckig macht."

Fußball-Kulisse

Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

Katerstimmung herrschte selbstverständlich in Hamburg, dort sind sie aus einem bösen Traum erwacht. „Wir haben es nicht besser verdient", meinte Mannschaftsführer **Felix Magath** (30), „wir stehen genau da, wo wir hingehören, nämlich ein Stück unter der Spitze." Es ist schon beträchtlich, was den Hamburgern in dieser Saison alles aus den Händen geglitten ist: Europapokal, Supercup, DFB-Pokal und nun auch die Meisterschaft. Der UEFA-Pokalplatz ist einfach zu wenig für eine Mannschaft, die an sich selbst höhere Ansprüche stellt. Früher, sagt Felix Magath, habe die Mannschaft einen Rückstand leicht verkraftet, weil sie um ihre eigene Stärke wußte: „In dieser Saison wissen wir, daß wir es nicht mehr sind, und verkrampfen deshalb."

Die Harmonie und die Ruhe, so zu arbeiten wie die Stuttgarter, davon konnte beim HSV keine Rede sein.

Der Streit um die Neuverpflichtungen **Dieter Schatzschneider** (25) und **Wolfram Wuttke** (22) zog sich praktisch die gesamte Saison hin. Schatzschneider, der sich an die Hamburger Verhältnisse nicht anpassen will, wird den Verein schon wieder verlassen. Niemand ist in Hamburg so vermessen, die Ursachen für das Scheitern allein diesen beiden in die Schuhe zu schieben. Felix Magath glaubt, daß jetzt nur die Sünden der Vergangenheit bezahlt wurden. Er sagt: „Wir müssen wieder lernen, mehr zu tun als die Konkurrenz. Die Erfolge in der Vergangenheit haben zu Fehleinschätzungen geführt. *Jeder muß das* spielen, was er kann. Raumaufteilung und Harmonie müssen besser werden." Verteidiger **Manfred Kaltz** (31) zieht dieses Saison-Fazit: „Die Arbeit war in dieser Saison nicht auf alle Schultern gleichmäßig verteilt."

Wie aber wird es beim entthronten Meister weitergehen?

Wenn die Hamburger sportlich nicht weiter zurückfallen wollen, müssen sie sich verstärken. Für Schatzschneider soll der schottische Nationalspieler **McGhee** (27) vom FC Aberdeen kommen, den sich Trainer Happel wünscht. Doch das erscheint zu wenig. Manager **Günter Netzer** (39) hat einmal von sich behauptet: „Ich bin ein Mensch, den schwierige Situationen herausfordern. Probleme machen mich mobil." Jetzt ist der Manager in einer schwierigen Situation.

Mit seiner gewohnt stoischen Ruhe hat Ernst Happel die Niederlage aufgenommen: „Wer so lange im Geschäft ist wie ich, der nimmt auch die Niederlage gelassen. Sie war hundertprozentig verdient."

Mag sein, daß Happel diesen Satz auch gesagt hätte, wenn es tatsächlich zu einem echten Endspiel in Stuttgart gekommen wäre. Der einzige Unterschied: Er hätte ihn eine Woche später gesagt, an der Richtigkeit hätte er garantiert nichts eingebüßt.

Alles jubelt, Weise böse auf Fruck

BERND WEBER, Frankfurt

Eintracht Frankfurts Trainer Dietrich Weise war schon immer ein Mann, der gerade dann besonders ruhig und sachlich blieb, wenn sein Umfeld – sei es nach strahlenden Siegen, sei es nach depremierenden Niederlagen – total ausflippte. In Hamburg hat der Trainer wieder einmal bewiesen, wie sehr er es versteht, Gefühle zu unterdrücken. Während sich seine Spieler nämlich nach dem überraschenden 2:0-Erfolg beim Titelaspiranten Hamburger SV vor lauter Glück kaum zu fassen wußten und in der Kabine minutenlange Jubelszenen veranstalteten, saß Weise in der Pressekonferenz und referierte abgeklärt darüber, was ihn ärgerte. „Unser Libero Norbert Fruck", so kündigte der Trainer an, „der wird im Laufe der nächsten Tage noch ein paar passende Worte von mir zu hören bekommen." Fruck habe sich unsportlich verhalten, er habe auf dem Platz „Zirkus gemacht", und das, meinte Weise, könne er sich nicht gefallen lassen.

Was war passiert? Der Libero hatte für sich selbst eine ganz einfache Rechnung aufgemacht: Mit drei gelben Karten vorbelastet war er in das Hamburger Spiel gegangen. Und im Volksparkstadion legte es Fruck (schließlich auch mit Erfolg) darauf an, von Schiedsrichter Wippker die vierte Verwarnung zu bekommen. Nächste Woche gegen den 1. FC Kaiserslautern deswegen gesperrt zu sein, um dann aber in den beiden Entscheidungsspielen um den Klassenverbleib am 1. und 5. Juni (vermutlich gegen den MSV Duisburg) wieder zur Verfügung zu stehen, das war Frucks Absicht. „Solche Vorausberechnungen sind gerade im Fußball völlig unangebracht", schimpfte Weise, „die Konstellation des letzten Spieltages läßt zunächst einmal mehr die Frage offen, ob wir Fruck nicht gerade am nächsten Samstag ganz dringend gebraucht hätten." Womit denn klar ist, daß Weise sehr wohl noch damit rechnet, den Klassenverbleib auch ohne den Umweg über die Qualifikationsbegegnungen gegen den Tabellendritten der Zweiten Liga zu schaffen. Wieso er zu so einer optimistischen Einschätzung der Lage komme, wurde Weise gefragt. Seine Antwort: „*Das hat mit Optimismus* nur wenig zu tun. Es basiert darauf, daß es eigentlich nichts gefährlicheres gibt, als sein Konzept auf Wahrscheinlichkeitsberechnungen aufzubauen. Die Hamburger haben es gerade sehr schmerzhaft erlebt. Sie haben sich in der letzten Zeit nur noch auf ihr vermeintliches Endspiel gegen den VfB Stuttgart eingerichtet und uns dabei völlig außer Acht gelassen. Ich habe meinen Jungs immer wieder eingehämmert, daß in der HSV-Kalkulation die große Chance für uns besteht. Für mich ist es überhaupt keine Überraschung, daß diese Rechnung aufgegangen ist."

Wie gesagt: Weise ist kein Gefühlsmensch, sondern er wird vom Verstand beherrscht, dem es demzufolge überhaupt keine Mühe macht, selbst ein so herausragendes Ereignis, wie es der Sieg in Hamburg war, so kühl zu analysieren. Seine Mannschaft, die mit Abstand jüngste in der Bundesligakann da gewiß (noch) nicht mithalten. Sie kann es nicht, obwohl sie schon mehrfach bei Gegnern aus der obersten Tabellenregion Aufsehenerregendes geleistet hat. Beispielsweise letzte Woche beim 2:2 in Stuttgart. Davor hat sie Werder Bremen mit 3:2 die erste Heimniederlage nach zweieinhalb Jahren beigebracht und in Mönchengladbach gelang ein 1:1. „Und dennoch", sagt der 19jährige Abwehrspieler Thomas Berthold, „dieser Sieg hier in Hamburg ist das mit Abstand Größte. Wir haben gezeigt, *daß wir schon ganze Kerle* sind." Und augenzwinkernd fügte er hinzu: „Jetzt sollten die Journalisten endlich aufhören, uns die Bezeichnung Eintracht-Bubis anzuhängen."

„Wenn wir diese Saison sportlich überleben, prophezeit Präsident Klaus Gramlich, „wird es eine rosarote Zukunft für uns geben." Die Weichen dafür sind gestellt. Am Freitag wurde der Vertrag mit einer neuen Werbefirma endgültig unter Dach und Fach gebracht. 600 000 Mark plus Mehrwertsteuer bringt er pro Saison – wenn die Eintracht in der ersten Liga bleibt.

Die Experten sind davon überzeugt. Den Fehler der Hamburger, sich zu sicher zu fühlen, wollen die Frankfurter nicht begehen. Der sachliche Trainer Dietrich Weise wird schon dafür sorgen. Wenn sie aber den Klassenerhalt geschafft haben, können sie auch den Sekt des VfB Stuttgart trinken, den VfB-Trainer Helmut Benthaus spendiert hat: „Ganz klar, daß da eine Kiste Champagner von uns für die Frankfurter fällig ist."

Kuriosestes Tor der Bundesliga-Geschichte

Verblüffter Torwart Vollborn, geschickter Matthäus. FOTO: MÜLLER

MARCUS BERG, Leverkusen

Wer den Schaden hat, braucht sich bekanntlich um den Spott nicht zu sorgen. Die Zuschauer im „Aktuellen Sportstudio" des ZDF und mit ihnen die Fans von Flensburg bis Berchtesgaden amüsierten sich am vorletzten Saison-Spieltag über „das kurioseste Tor der letzten zwanzig Bundesliga-Jahre" (Trainer Dettmar Cramer). Der Gelackmeierte war Leverkusens Torwart Rüdiger Vollborn.

Dem Treffer zum 1:2-Sieg für Mönchengladbach, der für die Mannschaft des Bayer-Werkes praktisch das Ende aller UEFA-Cup-Träume bedeutete, war eine Attacke des Borussen-Stürmers Jörg Criens auf den Bayer-Keeper vorausgegangen. Der 21 Jahre alte Berliner glaubte, einen Pfiff des Schiedsrichters gehört zu haben, legte sich seelenruhig den Ball zum Freistoß zurecht und war erst verblüfft und dann zu Tränen erschrocken, als Lothar Matthäus blitzschnell handelte, das Leder ins Tor schob und der Schiedsrichter dann prompt zur Mittellinie zeigte. Vollborn schlug die Hände vors Gesicht und wollte nichts mehr sehen. Gestern ließ er sich nicht sprechen.

Als erster suchte Winfried Hannes den jungen Mann aufzurichten, der total aus der Fassung war. Später tauchte Matthäus in der gegnerischen Kabine auf, um Vollborn mit dem Hinweis zu trösten: „Ich hab' gedacht, es gibt 'ne gelbe Karte wegen Spielverzögerung, aber wir wollten doch das Unentschieden über die Zeit retten." Es wäre die vierte Verwarnung für den Nationalspieler gewesen, der Abschied vom Bökelberg hätte auf der Tribüne stattgefunden. Ähnlich sah es Libero Matthias Bruns: „Wir waren der Meinung, der Schiedsrichter greift jetzt in die Brusttasche und zeigt Gelb."

Dettmar Cramer, der sich hinter dem Tor aufhielt, hatte in der Hektik viele Pfiffe gehört. Vollborns Mitspieler Dieter Bast und Jürgen Gelsdorf bestätigten, sie seien ebenfalls davon ausgegangen, der Schiedsrichter habe das Geschehen unterbrochen. Nur Manfred Uhlig aus Dortmund, der Schiedsrichter, blieb ungerührt: „Es gab kein Vergehen, infolgedessen war nichts zu pfeifen." Der Irrtum eines jungen Torwarts ...

Vorletzter Spieltag: Torrekord, Rückgang der Zuschauerzahlen

							Heim		Auswärts	
1.	Stuttgart	33	19	10	4	79:32	48:18	49:11	28:4	30:21	20:14
2.	Hamburg	33	20	6	7	74:36	46:20	49:20	26:8	25:16	20:12
3.	M'gladbach	33	20	6	7	78:48	46:20	51:16	30:2	27:32	16:18
4.	München	33	19	7	7	81:39	45:21	56:12	29:3	25:27	16:18
5.	Bremen	33	18	7	8	77:45	43:23	49:14	28:6	28:31	15:17
6.	Köln	33	15	6	12	68:57	36:30	37:23	21:11	31:34	15:19
7.	Leverkusen	33	13	8	12	50:48	34:32	32:16	24:10	18:32	10:22
8.	Bielefeld	33	12	9	12	40:46	33:33	25:18	21:13	15:28	12:20
9.	Braunschweig	33	13	6	14	53:67	32:34	38:18	24:8	15:49	8:26
10.	Uerdingen	33	12	7	14	64:76	31:35	37:30	21:13	27:46	10:22
11.	K'lautern	33	12	6	15	68:66	30:36	41:22	23:11	27:44	7:25
12.	Düsseldorf	33	11	7	15	62:69	29:37	46:23	22:12	16:46	7:25
13.	Mannheim	33	9	11	13	39:57	29:37	23:25	15:17	16:32	14:20
14.	Dortmund	33	10	8	15	52:65	28:38	35:17	23:11	17:48	5:27
15.	Bochum	33	9	8	16	52:69	26:40	32:24	20:12	20:45	6:28
16.	Frankfurt	33	6	13	14	42:61	25:41	21:19	16:16	21:42	9:25
17.	Offenbach	33	7	5	21	47:100	19:47	33:36	17:17	14:64	2:30
18.	Nürnberg	33	6	2	25	38:83	14:52	29:37	14:18	9:46	0:34

● **Tore:** Mit den 35 Toren der 33. Bundesliga-Runde erhöhte sich die Gesamtzahl der Treffer auf 1064. Am letzten Spieltag besteht also die Chance, den zehn Jahre alten Rekord, der in der Saison 1973/74 mit 1085 Toren aufgestellt wurde, zu verbessern. In der Torschützenliste ist Karl-Heinz Rummenige nicht mehr einzuholen. Rudi Völler (Bremen), Frank Mill (Gladbach) und jetzt auch Klaus Allofs (Köln) liegen mit 18 Treffern und bei einer Differenz von sieben Toren hinter dem Münchner, der es auf 25 Treffer brachte. Allofs erzielte in Uerdingen drei Tore beim 6:4-Sieg der Kölner.

● **Jubiläum:** Als fünfter Bundesliga-Profi kam Klaus Fischer zu seinem 450. Spiel in der höchsten deutschen Klasse. Vor dem früheren Schalker rangieren jetzt nur noch Willi Neuberger (520), Klaus Fichtel (511), Sepp Maier (473) und Norbert Nigbur (456). Der 34 Jahre alte Fischer wird vom 1.FC Köln keinen neuen Vertrag mehr erhalten. Seinen Abschied feierte Torwart Wolfgang Kleff in seinem 413. Bundesliga-Spiel. Wegen einer Zerrung im Oberschenkel mußte er in Düsseldorf den Platz vorzeitig verlassen. Der 36 Jahre alte Kleff erhielt von den Düsseldorfern ebenfalls keinen Vertrag mehr.

● **Zuschauer:** Zum vorletzten Spieltag kamen zu den neun Begegnungen 170 935 Zuschauer, was einem Durchschnitt von 28 153 entspricht. Am nächsten Samstag wird die Sechs-Millionen-Grenze überschritten (bisher 5 985 482). Aber schon jetzt steht fest, daß die Bundesliga trotz der vielen Tore den geringsten Besuch seit elf Jahren zu verzeichnen hat. Zur Saison 1972/73 – unmittelbar nach dem Bestechungs-Skandal – kamen nur 5,01 Millionen Zuschauer in die Stadien. Der Klub mit den höchsten Zahlen bleibt Bayern München (31 271 im Durchschnitt) vor Stuttgart (28 819) und Hamburg (28 524).

FUSSBALL / Bernd Schuster fällt für die Europameisterschaft aus

Elton Johns Klub „wie eine Kerze im Wind"

sid, London

Die 60 Prozent Arbeitslose waren am Wochenende vergessen, in Liverpool herrschte ausschließlich der Fußball: Mit einem 2:0 (1:0) gewann der FC Everton das 103. englische Pokalfinale gegen den FC Watford. Nach Meisterschaft und Liga-Pokal-Gewinn des Lokalrivalen FC Liverpool ging damit auch der letzte Saisontitel in den Nordwesten.

Popstar Elton John, Präsident des FC Watford, fand seinen Titel „Candle in the wind" tags darauf in der „Times" wieder: „Watford ging aus wie eine Kerze im Wind". Der Sänger – auf der Tribüne präsentierte er sich mit einem diamantenen Ohrring – war nach der Niederlage im ersten Pokalfinale der Vereinsgeschichte allerdings keineswegs deprimiert. Nach dem Spiel gratulierte er seinem Team und dem FC Everton, der den Platz verdient als Sieger verließ.

In dem mit 100 000 Zuschauern ausverkauften Wembley-Stadion (Rekordeinnahme von 3,5 Millionen Mark) brachte Sharp den FC Everton in Führung (38.). Sieben Minuten nach dem Wechsel stellte Gray den Sieg mit einem umstrittenen Treffer sicher. Nach den jüngsten Unruhen britischer Fans bei Europapokalspielen hatten sich die Sicherheitskräfte auf Schwerstarbeit eingerichtet.

Ebenso ruhig verlief das parallel ausgetragene schottische Cup-Finale im Glasgower Hampden-Park. Vor 59 000 Zuschauern errang Meister FC Aberdeen durch einen 2:1-Sieg nach Verlängerung gegen Celtic Glasgow erstmals das begehrte „Double". Mittelstürmer Mark McGhee erzielte den entscheidenden Treffer.

Zum 80jährigen Jubiläum des Internationalen Fußball-Verbandes (FIFA) trennten sich in Zürich eine Vertretung von internationalen Altstars und die „Zürich Oldstars" 3:3. Mit von der Partie u.a. Günter Netzer, Wolfgang Overath und Franz Beckenbauer.

Derwall: „Schlag mit dem Dampfhammer"

dpa, Frankfurt

Die deutschen Chancen bei der Endrunde zur Fußball-Europameisterschaft sind geschrumpft: Bernd Schuster (24) fällt für die Titelkämpfe aus. Im Liga-Pokalfinale des FC Barcelona gegen San Sebastian (3:0) erzielte Schuster zunächst das 1:0, schied nach 40 Minuten mit Schmerzen aus, um dann beim Röntgen von Vereinsarzt Gonzales-Adrio die niederschmetternde Diagnose zu hören: Bruch eines rechten Mittelfußknochens, mindestens zwei Wochen Gips und sechs Wochen Zwangspause.

Gerade erst von einer Zehenverletzung genesen, fällt die Entdeckung der Europameisterschaft von 1980 damit schon für das zweite internationale Großereignis aus: Bei der Weltmeisterschaft 1982 fehlte der gebürtige Augsburger nach einer komplizierten Knieoperation, die nach einem Foul des Spaniers Goicoechea nötig geworden war. Die neue Verletzung erlitt Schuster schon am letzten Mittwoch, als ihm ein Mannschaftskamerad beim Training in Barcelona unglücklich auf den Fuß trat. Um nicht in den Verdacht zu geraten, er wolle gegen San Sebastian kneifen, ließ sich Schuster anschließend spritzen und unterließ ein früheres Röntgen. Ins Spiel am Samstag ging er dann gleichfalls mit schmerzstillenden Spritzen; als deren Wirkung dann nachließ, gab er auf.

„Es ist wie eine Seuche mit meinen Verletzungen. Zunächst habe ich den Gedanken, auf die EM verzichten zu müssen, verdrängen wollen. Meine Enttäuschung kann sich keiner in Deutschland vorstellen, ich habe mich riesig auf Frankreich gefreut und bin schrecklich niedergeschlagen". So Schuster am Telefon nach einer schlaflosen Nacht, als Jupp Derwall und die Nationalmannschaft die Hiobsbotschaft in Frankfurt erhielten. Erste Reaktion des Bundestrainers: „Das ist ein Schlag mit dem Dampfhammer, den ich erst verkraften muß. Der Bernd tut mir unendlich leid."

Ähnlich äußerten sich alle Nationalspieler. Harald Schumacher: „Eine Katastrophe! Ohne Schusters Ideen und Pässe sind wir entscheidend geschwächt. Uns bleibt aber auch nichts erspart." Kapitän Karl-Heinz Rummenigge meinte: „Für die Mannschaft ist dieser Schock schlimm, für Bernd Schuster noch schlimmer."

Rummenigges Idee, wonach er selbst sich nach Schusters Ausfall ins vordere Mittelfeld zurückziehen könnte, wird vermutlich in die Tat umgesetzt. Vor dem Abflug nach Zürich, wo morgen anläßlich der 80-Jahr-Feier des Weltverbandes ein Spiel gegen Italien ansteht, galt folgende Aufstellung als wahrscheinlich: Schumacher/2. Halbzeit Burdenski – Stielike - Bernd Förster, Karl-Heinz Förster, Briegel – Buchwald oder Matthäus, Rummenigge, Rolff, Brehme – Völler, Allofs.

Schusters Pech kann also Guido Buchwalds Glück sein. Der Aufsteiger des Jahres, vor 12 Monaten noch zweitklassig, wird innerhalb weniger Tage mit dem VfB Stuttgart deutscher Meister, gibt in jedem Fall am Dienstag sein Länderspiel-Debüt und hat das EM-Ticket schon sicher. Wie Derwall erklärte, stehen die 17 Zürich-Fahrer auch als Frankreich-Fahrer fest. Die drei fehlenden Teilnehmer werden am nächsten Wochenende nach dem Bundesliga-Finale benannt. Sicher im Kader darf sich auch der Bremer Norbert Meier fühlen, der wegen einer Verletzung für Zürich ebenso absagte wie Otten und Waas. Aus dem vorläufigen Aufgebot gestrichen wurden Herget und Milewski. Für die zwei freien EM-Plätze kommen vor allem drei Spieler in Frage: Strack, Waas und Mill.

Mit Schumacher, Bernd und Karl-Heinz Förster, Briegel, Stielike, Rummenigge stehen morgen noch ein halbes Dutzend Spieler in der deutschen Mannschaft, die im WM-Finale 1982 von Madrid mitwirkten. Die Italiener werden wahrscheinlich mit fünf Weltmeistern antreten: Bergomi, Scirea, Tardelli, Conti und Altobelli.

Politische Entscheidung gegen die UdSSR

dpa, Zürich

„Fußball-Weltmeisterschaften und Olympische Spiele sind zwei völlig verschiedene Dinge", sagte Joao Havelange (Brasilien), der Präsident des Internationalen Fußball-Verbandes (FIFA), „folglich hat die Entscheidung, die Weltmeisterschaft 1990 an Italien zu vergeben und nicht an die UdSSR, nichts mit den olympischen Problemen zu tun." Es sei kein Denkzettel für die UdSSR gewesen, fügte FIFA-Vizepräsident Hermann Neuberger hinzu. Doch allen öffentlichen Beteuerungen zum Trotz fällte das Exekutivkomitee des Fußball-Weltverbandes am Samstag in Zürich auch und vor allem eine sportpolitische, ja politische Entscheidung: gegen die UdSSR. Im internen Kreis gab das auch FIFA-Vizepräsident Harry Cavan (Irland) zu: „Die Lage um Olympia hat die Entscheidung ohne Zweifel beeinflußt."

„Beide Bewerbungen waren absolut gleichwertig", erklärte Neuberger, Vorsitzender der zuständigen Spezialkommission, „die Russen waren scharf auf die WM. Auch die von uns beantragten Zusicherungen der Regierung erhielten wir problemlos. Doch wegen der gesamtpolitischen Zusammensetzung des Exekutivkomitees hatte es die UdSSR von vornherein schwer gegen Italien." Der Olympia-Boykott aber wirkte sich zudem atmosphärisch so negativ aus, daß Italien schon vor der Abstimmung praktisch als Sieger feststand.

Das genaue Ergebnis der Abstimmung blieb geheim. Von den 20 anwesenden Mitgliedern des Exekutivkomitees gaben 16 ihre Stimme ab. Präsident Havelange verzichtete ebenso wie Neuberger, als Beurteiler beider Bewerbungen zur Neutralität verpflichtet, UdSSR-Verbandspräsident Koloskov wegen Befangenheit und UEFA-Interimspräsident Jacques Georges (Frankreich), weil beide Bewerber seinem Kontinentalverband angehören.

Erst zum Meldeschluß am 2. Juni wird die Nicht-Teilnahme des Titelverteidigers CSSR, der UdSSR und der „DDR" am olympischen Fußballturnier offiziell feststehen. Für diesen Fall erhielt Havelange vom Exekutivkomitee den Auftrag, das Feld bis zur vorgesehenen Teilnehmerzahl von 16 aufzufüllen. Mit die besten Chancen, doch noch auf den Olympia-Zug aufzuspringen, hat die Auswahl des DFB. Das Abschneiden in der Qualifikation wird das wesentliche Kriterium der von Havelange zu treffenden Wahl sein; dort scheiterte die Mannschaft von Erich Ribbeck erst in Entscheidungsspielen an Frankreich nach zuvor erreichtem Gruppensieg gegen Portugal und Israel. Neben dem DFB gelten Italien und Spanien als aussichtsreichste Kandidaten, Dänemark und Holland gehören zum erweiterten Kreis.

Hermann Neuberger läßt keinen Zweifel daran, daß er das DFB-Olympiateam noch einmal in der bisherigen Besetzung zusammenbekommen möchte: „Es ist die stärkstmögliche Mannschaft. Falls wir den Zuschlag erhalten, setze ich mich umgehend mit den betroffenen Klubs in Verbindung."

OLYMPIA / Krisensitzung in Lausanne – Sowjetischer Druck auf Rumänien wird immer stärker

Das IOC gibt seine Rolle als Schiedsrichter auf: Alle Unterstützung für die Spiele in Los Angeles

dpa/sid, Lausanne/Götzis

Zehn Tage nach Verkündung des UdSSR-Boykotts der Olympischen Spiele hat das Internationale Olympische Komitee (IOC) seine Schiedsrichterrolle zwischen den Supermächten aufgegeben und das Fernbleiben der Sowjetunion von Los Angeles als unbegründet bezeichnet. Zugleich sagte das IOC den amerikanischen Olympia-Organisatoren jede Unterstützung zu, um die Sommerspiele möglichst repräsentativ zu gestalten. Das sind die wichtigsten Ergebnisse der neunstündigen olympischen Krisensitzung in Lausanne. Alexander Uschakow, der sowjetische Cheftrainer für den Leichtathletik-Mehrkampf, erklärte in Götzis (Österreich), jene osteuropäischen Länder, die in Los Angeles nicht am Start sein werden, planten unmittelbar nach den Olympischen Spielen in der Zeit vom 15. bis 20. August in mehreren Hauptstädten Osteuropas sportliche Großveranstaltungen als Olympia-Ersatz.

Bei den Sitzungen in Lausanne wich der sowjetische NOK-Präsident Marat Gramow keinen Deut von der vom Kreml vorgegebenen harten Linie ab. Der Appell der IOC-Kommission „Olympische Bewegung" an IOC, Internationale Sportverbände und NOKs, die boykottierenden NOKs zur Umkehr zu bewegen, geriet somit zur reinen Pflichtübung. 1980 ging der Weltsport eine Allianz mit den Sowjets zur Rettung der Moskauer Spiele ein. Vier Jahre später verbündeten sich die in der Kommission „Olympische Bewegung" vereinigten Spitzenvertreter mit den USA gegen die UdSSR. Sie stellten fest, daß das Olympische Organisationskomitee (LAOOC) bei der Vorbereitung der Spiele in Los Angeles die Olympische Charta eingehalten hat. Dies auch im Namen des rumänischen Mitglieds der IOC-Exekutive, Alexandru Siperco, des polnischen NOK-Präsidenten Marian Renke und des sowjetischen Präsidenten des Internationalen Turnerbundes (FIG), Jurij Titow.

LAOOC-Präsident Peter Ueberroth glaubt, daß auch der Vorwurf der fehlenden Sicherheit bei den Sommerspielen in Lausanne entkräftet worden ist. „Ich war perplex, als ich hörte, daß der Ostblock seine Kampfrichter, Schiedsrichter und Kongreß-Delegierte nach Los Angeles schikken will. Wie können sich diese Leute sicher genug fühlen, nicht aber die Athleten in den olympischen Dörfern, in denen der höchste Grad an Sicherheit gewährleistet ist?"

Die Auseinandersetzung mit der UdSSR wird jetzt vor allem zu einem Kampf um die Länder der Dritten Welt. Gramow versicherte zwar: „Das sowjetische NOK wird auf kein anderes Land Druck wegen eines Olympia-Verzichts ausüben," doch genau das betreibt die sowjetische Regierung. Mit welchem Nachdruck, das hat Siperco sicher dem IOC-Präsidenten berichtet. Die IOC-Spitze geht jedenfalls nicht mehr davon aus, daß Rumänien seine Absicht der Olympia-Teilnahme aufrechterhalten kann. Die Rumänen werden am Ende wohl ebenso wie die anderen osteuropäischen Sportler an jenen Wettkämpfen teilnehmen, von denen der sowjetische Leichtathletik-Nationaltrainer Alexander Uschakow in Götzis sprach. Uschakow meint, um den Sportlern unbedingt die Gelegenheit zu geben, zumindest einmal im Jahr gegen international starke Konkurrenz anzutreten, hätten Sportfunktionäre aus mehreren Ländern Osteuropas sich in Sofia für derartige Großveranstaltungen ausgesprochen. Für die olympische Kernsportart Leichtathletik sind zwei Großveranstaltungen geplant: Die erste anläßlich des „Olympischen Tages" am 20./21. Juli in Ost-Berlin und Potsdam, die zweite nach den Spielen als mehrtägiges Sportfest in Moskau, Prag oder Ost-Berlin. Die größten Aussichten besitzt offenbar Prag, Schauplatz der Leichtathletik-Europameisterschaften 1978. Für die anderen olympischen Sportarten werden laut Uschakow in den nächsten Wochen Termine ausgearbeitet, die auch in den internationalen Rahmenplan passen.

Die indes in Lausanne beschlossene Schadensbegrenzung für Los Angeles verläuft auf zwei Ebenen: Zum einen soll die Zahl der Boykott-Länder nicht über 25 wachsen, um damit auch die Moskauer Beteiligung (81) deutlich zu übertreffen; zum anderen sollen die reduzierten Teilnehmer-Felder so aufgefüllt werden, daß der Umfang des Olympia-Programms möglichst nicht geschmälert wird. Hier sind die internationalen Verbände zu Notmaßnahmen aufgerufen. Der Internationale Volleyball-Verband (FIVB), mit 152 Mitgliedsländern und rund 150 Millionen Aktiven der größte Sportverband der Welt, wird deshalb am 3. Juni in Lausanne über drei neue Zulassungsmodelle verhandeln. Eines davon sieht vor, daß bei den Damen der boykottierende Europameister „DDR" durch die Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland ersetzt wird.

SPORT-NACHRICHTEN

Lagunas nur Vierter

Gelsenkirchen (kgö) – Überraschung im Henckel-Rennen in Gelsenkirchen: Der Hengst Lagunas aus dem Gestüt Fährhof wurde mit Jokkey Georg Bocskai im Sattel nur vierter, nachdem er am Start fast 50 Meter verlor. Lagunas galt bisher als Favorit des deutschen Galopp-Derby in Hamburg. Das Henckel-Rennen (Europa-Gruppe II, 90 000 Mark, 50 000 Mark dem Sieger, 1 600 Meter) gewann Santo-Grande (Peter Remmert) vor Odenat (Erwin Schindler) und Lucky Boss (Dave Richardson). In München gewann der Schlenderhaner Hengst Apollonios (Andreas Tylicki) den Großen Hertie-Preis.

Kohde siegt in Berlin

Berlin (sid) – Die 20 Jahre alte Saarbrückerin Claudia Kohde gewann das Finale der 77. Internationalen Tennismeisterschaften von Deutschland in Berlin. Sie besiegte die Amerikanerin Kathy Horvath mit 7:6, 6:1 und erhält dafür eine Siegprämie von umgerechnet rund 60 000 Mark. Claudia Kohde, bislang 18. der Weltrangliste, dürfte sich durch ihren ersten großen Turniersieg unter die ersten Zehn verbessert haben.

Sokrates nach Florenz

Sao Paulo (dpa) – Sokrates Brasileiro de Oliveira, Brasiliens „Fußballer des Jahres", wird ab September für den italienischen Erstligaklub Fiorentina Florenz spielen.

Berlin – Großwallstadt

Hamburg (dpa) – Der deutsche Handballmeister TV Großwallstadt und die Reinickendorfer Füchse Berlin stehen im Pokalfinale. Großwallstadt besiegte den VfL Hameln 21:16, die Berliner Vizemeister TUSEM Essen mit 22:14. Die SG Weiche-Handewitt ist nach Turn Düsseldorf und SG Wallau-Massenheim dritter Aufsteiger in die Bundesliga.

Haftbefehl gegen Cruyff

Barcelona (sid) – Spanien hat einen Haftbefehl gegen Hollands Fußball-Star Johan Cruyff ausgestellt. Aus seiner Zeit beim FC Barcelona (1973 bis 1977) soll der 37jährige, der gerade seinen Rücktritt vom aktiven Fußball erklärte hatte, Steuerschulden von umgerechnet 54 000 Mark hinterlassen haben.

St. Etienne abgestiegen

Paris (sid) – Der zehnfache französische Fußball-Meister AS St. Etienne muß aus der ersten Liga absteigen. Er verlor das entscheidende Spiel gegen Aufsteiger Racing Paris 0:2. St. Etienne ist seit zwei Jahren in strafrechtliche Ermittlungen verwickelt.

Edmonton Meister

Edmonton (dpa) – Die Edmonton Oilers, das kanadische Eishockey-Team um Wayne Gretzky, gewann den Stanley-Cup, die nordamerikanische Profi-Meisterschaft, durch ein 5:2 gegen Titelverteidiger New York Islanders. Edmonton entschied das Play-Off-Finale mit 4:1-Siegen für sich.

Ehrung für Truntschka

Berlin (dpa) – Nationalspieler Gerd Truntschka (Kölner EC) wurde von den Lesern der Fachzeitschrift „Sportkurier" zum „Eishockey-Spieler des Jahres" gewählt. Mit 5162 Stimmen siegte er vor seinem Vereinskollegen Udo Kießling (2528) und Dieter Hegen (2220) vom ESV Kaufbeuren.

Austritt angedroht

Hamburg (sid) – Die Internationalen Tennis-Meisterschaften von Deutschland sollen im nächsten Jahr von Mai auf September verlegt werden. Hintergrund: Die Profi-Organisation WCT will eine Woche im Mai für das Turnier der Meister in Forest Hills in Beschlag nehmen. Der Deutsche Tennis-Bund hat dem internationalen Verband mit dem Austritt gedroht.

Leverkusen vor Titel

München (sid) – Der deutsche Mannschaftsmeister der Amateur-Boxer, Bayer Leverkusen, steht kurz vor der Titelverteidigung. nach dem 14:10-Erfolg über Boxring Berlin benötigen die Leverkusener noch einen Erfolg mit zwei Kampfpunkten Differenz bei Ringfrei Mülheim, um den Titel zum fünften Mal zu gewinnen.

Wiedergewählt

Ost-Berlin (sid) – Manfred Ewald, seit 1961 Präsident des Deutschen Turn- und Sport-Bundes der „DDR", führt für weitere sechs Jahre die Dachorganisation des „DDR"-Sports. In Ost-Berlin wurde Ebert, der auch Präsident des Nationalen Olympischen Komitees der „DDR" ist, einstimmig wiedergewählt.

Schmidtke gewann

München (sid) – Ex-Weltmeister Freddy Schmidtke (Köln) gewann in München die erste Olympia-Ausscheidung im 1000-Meter-Zeitfahren vor Günther Schumacher (Langenhagen) und Vize-Weltmeister Gerhard Scheller (Herpersdorf).

2. Liga

DW., Bonn

Schalke 04 hat es geschafft. Berge und Kruse sorgten im Spiel bei Fortuna Köln mit ihren Toren für einen 2:0-Sieg und den Aufstieg in die Fußball-Bundesliga. 8000 Fans aus Gelsenkirchen waren nach Köln reist, insgesamt gab es 11 000 Zuschauer.

DIE ERGEBNISSE

Spiel	Ergebnis	Halbzeit
Karlsruhe – Osnabrück	4:1	(2:0)
Aachen – Ulm	3:1	(2:0)
Essen – Kassel	1:1	(0:1)
Köln – Schalke	0:2	[illegible]
SCC Berlin – Saarbrücken	3:1	(2:1)
Stuttgart – Oberhausen	1:1	[illegible]
Duisburg – Hannover	2:5	(1:0)
Freiburg – Hertha BSC	1:0	(0:0)
Wattenscheid – Solingen	1:1	(0:1)
Luttringh. – Darmstadt	1:1	(0:1)

DIE TABELLE

Platz	Sp.	G	U	V	Tore	Punkte
1.Karlsruhe	37	24	7	6	92:45	55:19
2.Schalke	37	22	9	6	92:43	53:21
3.Duisburg	37	19	10	8	67:41	48:26
4.Kassel	37	19	8	10	64:37	46:28
5.Aachen	37	17	10	10	49:40	44:30
6.Solingen	37	16	10	11	67:54	42:32
7.Freiburg	37	13	16	8	49:48	42:32
8.Stuttgart	37	13	12	12	51:49	38:36
9.Hertha BSC	37	13	11	13	64:55	37:37
10.Köln	37	14	9	14	65:64	37:37
11.Saarbrücken	37	14	9	14	58:66	37:37
12.Darmstadt	37	11	13	13	48:70	35:39
13.Wattenscheid	37	11	10	16	54:68	32:42
14.Ulm	37	10	11	16	57:67	31:43
15.Hannover	37	10	11	16	53:68	31:43
16.Essen	37	7	15	15	46:60	29:45
17.Oberhausen	37	9	11	17	47:62	29:45
18.SCC Berlin	37	10	9	18	47:64	29:45
19.Osnabrück	37	10	7	20	40:62	27:47
20.Luttringh	37	6	6	25	36:85	18:56

DIE VORSCHAU

Die nächsten Spiele: Sonntag, 27. Mai, 15.00 Uhr: Solingen – Aachen, Kassel - SCC Berlin, Hannover - Freiburg, Saarbrücken – Stuttgart, Ulm - Köln, Osnabrück – Wattenscheid, Oberhausen - Luttringhausen, Darmstadt - Duisburg, Schalke – Essen, Hertha BSC - Karlsruhe.

Pfarrer Heinz Döring und die minderjährigen Turn-Mädchen

Der Herr Pfarrer läßt sich nicht beirren: „Da wird sich etwas bewegen." Hoffnungen eines Nachdenklichen und Gescholtenen nach *dem Deutschen Turntag 1984 in* Stuttgart. Hoffnungen des Turn-Kulturwartes Dr. Heinz Döring, des deutschen Olympia-Pfarrers 1976, das Kunstturnen der minderjährigen Mädchen hierzulande nicht mehr zuzulassen. *Diese Forderung* hatte Döring in der Zeitschrift „Olympische Jugend" kompromißlos gestellt und damit diese Reaktionen ausgelöst: „Nach dem Döring-Bericht laufen uns die Kinder scharenweise aus den Turnabteilungen," sagt Bundeskunstturnwart Herwig Matthes. Deshalb hatte er gemeinsam mit seinen beiden Kolleginnen Rosemarie Napp (Gymnastik) und Ursula Hinz (Kunstturnen Frauen) den Rauswurf des christlichen Nestbeschmutzers aus dem Verbands-Präsidium gefordert. Und was es von Döring und dessen Ideen halte, will dieses sonst nie so dreieinige Trio am liebsten in der Fachzeitschrift „Geräteturnen aktuell" publizieren. Gewissermaßen als gruppendynamischen Flickflack, geturnt durch die Hintertür.

Das alles geschieht vor folgendem Hintergrund: Der amerikanische Bundestrainer Eric Singer wurde überführt, minderjährigen Turnerinnen unter Ausschluß des Mannschaftarztes Medikamente verabreicht zu haben. Singer wurde dennoch das Vertrauen ausgesprochen, doch nun trennt man sich von ihm, ohne viel Aufhebens, eher klammheimlich, aber unter Zahlung einer Abfindung. Schämt man sich der jahrelangen Zugeständnisse, die man wegen des erhofften Erfolges gegenüber Singer gemacht hat?

Über einen zweiten Fall redet man auch nicht mehr, über den Rücktritt der deutschen *Meisterin* Yvonne Haug aus Berlin, die den Mut hatte, den Mund aufzumachen – wohlwissend, daß dies im Verband nur eine

STAND PUNKT

Flut unsachlicher Beschimpfungen auslösen kann.

Schnee von gestern? Einige Tage vor dem Deutschen Turntag trat Berta Senger, die erfahrene und hochgeschätzte Oberkampfrichterin für das weibliche Kunstturnen von ihrem Posten zurück. Ihr Rücktritt, so sagte sie im Gespräch mit der WELT, habe etwas mit Moral, Ehrlichkeit und Humanität zu tun. Um diese drei Dinge gehe es in der 3,2 Millionen Mitglieder umfassenden Organisation DTB schon längst nicht mehr. „Sie können es mir glauben: Man tritt schließlich nicht aus Spaß zurück."

In Stuttgart nun wollten sie dem Pfarrer Döring fast allesamt kräftig ans Leder, doch dem war nicht beizukommen: „Ich kann nicht anders, ich bleibe dabei. Ich hoffe nur, die Eltern denken darüber nach." Doch da kommen einem gehörige Zweifel. Angesichts des Olympia-Boykotts osteuropäischer Länder steigen die deutschen Kunstturn-Mädchen von der internationalen Mittelmäßigkeit schnurstracks bis in die Medaillen-Nähe (mindestens!) auf. Wer wagt es angesichts solcher Chancen, auch nur ans Aufhören zu denken? Zur Diskussion über Dörings Forderung ist es somit in Stuttgart gar nicht erst richtig gekommen.

Die Mißbilligung über Ort, Form und Zeitpunkt seiner Angriffe haben sie ihm unumwunden kundgetan. Aber keiner hat es gewagt, den Stab über ihn zu brechen, ihn gar aus dem Präsidium hinaus zu jagen. Im Gegenteil. DTB-Präsident Willi Greite warnte das *Matthes*-Trio: „Wenn Ihr Brief wie angekündigt im 'Geräteturnen aktuell' veröffentlich wird, sehe ich das als verbandsschädigendes Verhalten an und das wird Konsequenzen nach sich ziehen." Hoffen *wir mal, daß der Präsident dabei* nicht nur die Verbands- und Personalpolitik im Kopf hatte. Hoffen wir, daß es ihm ebenso wie Pfarrer Döring um den Menschen geht.

KLAUS BLUME

LEICHATHLETIK

Weltrekord für Heike Daute in greifbarer Nähe

sid/dpa, **Dresden/Götzis**

Die 19jährige Heike Daute aus Jena näherte sich in Dresden mit 7,34 Metern dem Weitsprung-Weltrekord der Rumänin Anisoara Cusmir bis auf neun Zentimeter. Wie bei dem Amerikaner Carl Lewis, der eine Woche zuvor 8,71 *m* sprang und 9,04 *m* knapp übertrat, scheint es nur eine Frage der Bedingungen zu sein, bis der vor einiger Zeit noch als unantastbar geltende Frauen-Weltrekord in dieser Disziplin fällt.

Weltmeisterin Heike Daute, die vor acht Tagen bei Regen und empfindlicher Kühle 7,27 m erreicht hatte, erzielte ihren „DDR"-Rekord bei einem Rückenwind von 1,6 Meter. Jahres-Weltbestleistung lief Birgit Uibel über 400 Meter Hürden in 54,67 Sekunden. Für weitere herausragende Leistungen sorgten Vize-Weltmeister Ulf Timmermann mit 21,56 m im Kugelstoßen, Uwe Lange mit 8,22 m im Weitsprung und Andreas Busse mit 3:36,71 Minuten über 1500 m.

Mit den Worten: „Das ist ein Hammer" kommentierte Europacup-Sieger Peter Bouschen (Vorjahr: 17,33 m) die Steigerung des 18 Jahre alten bulgarischen Dreispringers Hristo Markow auf 17,42 m. Damit erzielte der Junioren-Europameister Weltrekord für seine Altersklasse und Jahres-Weltbestleistung.

In Enfield bei London meldete sich der dreimalige Mittelstrecken-Weltre*kordler Sebastian Coe (England) nach* sechsmonatiger Pause zurück. Seine 1:45,2 Minuten wurden in diesem Jahr noch von keinem anderen 800-m-Läufer der Welt erreicht. „Ich fühle mich erst zu 70 Prozent in Form. Es ist noch ein weiter Weg zurück", meinte der 27jährige Olympiasieger über 1500 m. In Havana kündigte indes sein Vorgänger in der Weltrekordliste, der Kubaner Alberto Juantorena, seinen baldigen Rücktritt an. „Das war wahrscheinlich mein letztes Rennen in Kuba", kommentierte er seine 1:47,17 Min. über 800 m. Juantorena will aber dennoch sein Training für Los Angeles noch nicht einstellen.

In Götzis verabschiedete sich Siebenkampf-Weltmeisterin Ramona Neubert (Dresden) wegen einer Oberschenkel-Zerrung vorerst vom diesjährigen Wettkampfbetrieb. Im Zehnkampf bewies der Mainzer Siegfried Wentz in Abwesenheit von Weltrekordler Jürgen Hingsen und Weltmeister Daley Thompson (England), daß er momentan hervorragende Laufresultate bieten kann, daß es aber bei den Würfen (Diskus: Nur 43,82 m) zur Zeit noch hapert. Das Endergebnis von Götzis lag bei Redaktionsschluß *noch nicht vor.*

REITEN / Reiner Klimke wurde mit Ahlerich zum sechsten Mal deutscher Meister in der Dressur

Schridde: Pferde und Reiter in guter Form

dpa/sid, **Balve**

Zu einem überlegenen Titelgewinn kam Dr. Reiner Klimke (Münster) mit Ahlerich bei der deutschen Meisterschaft der Dressurreiter in Balve. Bei seiner sechsten Meisterschaft hatte der 48jährige Rechtsanwalt mit 1515 *Punkten einen Vorsprung von 114* Zählern gegenüber Vizemeister Uwe Sauer (Hamburg) mit Montevideo. Den dritten Platz belegte Herbert Krug (Hochheim) mit Muscadeur vor Dr. Uwe Schulten-Baumer (Mettingen) mit Slibowitz. Im abschließenden Grand Prix hatte Klimke vor Sauer, Schulten-Baumer und Krug gesiegt. Dieses Quartett hatte im vergangenen Jahr bei der Europameisterschaft die Mannschafts-Goldmedaille gewonnen. Bei den Damen behauptete sich Gabriele Diesterer (Nürnberg) auf Paquito mit 1305 Punkten hauchdünn vor der Hamburgerin Ingeborg Mohnsen mit Grand Chaco (1301) und Gabriela Grillo (Mülheim) mit Grandison (1287).

Für den 34jährigen Berufsreiter Jean Bemelmans aus Krefeld ging ein Traum in Erfüllung. Genau 87 Tage nach dem Erhalt seiner Urkunde über die deutsche Staatsbürgerschaft wurde der gebürtige Belgier mit dem 13jährigen Hannoveraner Wallach Angellino Deutscher Meister der Dressur-Berufsreiter. Er siegte klar vor Jo Hinnemanns (Voerde) mit Genius und dem mehrfachen Champion Herbert Rehbein (Hamburg) mit Rex the Blacky. Bemelmans: „Als ich vor 18 Jahren nach Deutschland kam, um reiten zu leren, habe ich davon geträumt, einmal Meister zu werden."

Bei den Springreitern, deren Endergebnis *bei Redaktionsschluß* dieser Ausgabe noch nicht vorlag, setzte sich nach zwei Wertungsritten Paul Schockemöhle überlegen an die Spitze, vor Karsten Huck (Neumünster) und Ex-Meister Franke Sloothack. *Pech hatte beim Auftakt Peter Luther* (Wedel), der auf Livius zunächst eine Verweigerung hinnehmen mußte, und dann in der zweifachen Kombination am Schluß des Springens schwer stürzte. Damit war er zunächst 59., holte dann aber mit seinem zweiten Pferd Lucky wieder auf. Bundestrainer Hermann Schridde zog anschließend ein kleines Resümee im Hinblick auf die Nominierung der Olympia-Equipoe, die in Balve ernste Konturen annehmen wird: „Die in Frage kommenden Pferde für Los Angeles gingen gut. Man konnte auch sehen, daß zwischen unserer Spitze und dem Rest, der hier mitmacht, wahre Welten liegen." Mehr als eine Fußnote ist deshalb *auch, was Weltmeister Norbert Koof* sagte: „Ich war rundherum zufrieden. *Schließlich mußte mein Pferd Fire* noch am Dienstag operiert werden und ich wollte ihn nicht überfordern."

Ein in Hochform befindlicher Paul Schockemöhle, ein kämpferischer *Peter Luther, ein Norbert Koof*, der nicht mit sich gram ist – das war noch vor Verabreichung der Siegerschleifen die Situation bei den Springreitern in Balve. Die deutschen Reiter blicken auch zuversichtlich in Richtung Olympia. „Wir haben im Augenblick weniger Sorgen um gute Pferde, als wir sie vor anderen Spielen hatten", meinte Reiter-Präsident Dieter Graf Landsberg-Velen. Graf Landsberg glaubt: „Wir können voll Vertrauen den Dingen entgegensehen." Gleichwohl wisse man, wie stark andere Länder seien. „Das gilt vor allem für die USA mit ihrem Heimvorteil, für Großbritannien, Frankreich und die Schweiz. Letzlich kochen die aber auch nur mit Wasser. Die Gesundheit der Pferde und die Nerven der Reiter werden eine große Rolle spielen."

„Ganz ohne Zweifel" werden die europäischen Teilnehmer in Los Angeles auf „erschwerte klimatische Bedingungen treffen", glaubt der Reiterpräsident. „Hinzu kommt, daß die Quarantänebestimmungen es unmöglich machen, die Pferde zum idealen Zeitpunkt nach Amerika zu bringen." Daß es bei den deutschen Springreitern zur Zeit wieder recht hoffnungsfroh aussieht, schreibt der Graf einem langfristigen Konzept mit gezielter und überlegter Arbeit zu. Dabei hebt er die Verdienste von Bundestrainer Hermann Schridde hervor und fügt hinzu: „Allerdings *käme nichts dabei heraus*, wenn nicht bei den Reitern eine hervorragende Kooperationsbereitschaft vorhanden wäre."

Zur Boykott-Situation in Los Angeles sagt Graf Landsberg: „Sportlich *berührt der Boykott des Ostblocks* die Reiter-Wettbewerbe in Lops Angeles überhautp nicht." Die Reiter würden den „Schlag gegen die olympische Idee" gleich allen anderen auch als bedauerlich empfinden. Allenfalls in der Vielseitigkeitsreiterei könnten einige osteuropäische Staaten ein Wort mitreden.

Im übrigen habe die UdSSR mit ihrer Olympia-Absage – zumindest für den Bereich Springsport – ein „Eigentor" geschossen. Sie habe gute Pferde, suche jedoch seit Jahren vergeblich Anschluß an die internationale Spitze. Den könne aber nur bekommen, wenn man im ständigen Vergleich Erfahrungen sammele. „Das ist im Reitsport vielleicht das Wichtigste."



In Form war Paul Schockemöhle auf Deister (links). Peter Luther erlebte zum Auftakt der deutschen Meisterschaften einen bösen Sturz.

FOTOS: PERENYI/SIMON

FORMEL 1 / Weltmeister Piquet ohne Chancen

Zweiter Saisonsieg für Niki Lauda mit Porsche

sid, **Dijon**

Die McLaren-Porsche drücken der Formel-1-Weltmeisterschaft immer stärker ihren Stempel auf. Beim Großen Preis von Frankreich errang der 35 Jahre alte Ex-Weltmeister Niki *Lauda (Österreich) seinen zweiten* Saisonsieg nach einem beeindruckenden Zweikampf mit dem französischen Renault-Piloten Patrick Tambay. Obwohl Lauds Teamgefährte Alain Prost diesmal nicht in den Spitzenkampf eingreifen konnte, behielt er auch nach dem fünften von 16 Rennen mit 24 Punkten die WM-Führung.

Der Brasilianer Nelson Piquet hat kaum noch Chancen, seinen Titel erfolgreich zu verteidigen, er hat noch keinen einzigen WM-Punkt. Diesmal entstieg er vorzeitig seinem brennenden Brabham-BMW an den Boxen. Manfred Winkelhock (Waiblingen), immerhin Trainingsachter, beklagte wie schon in den vergangenen Wochen frühzeitig technische Probleme an seinem ATS-BMW. Der Höhenflug Stefan Bellofs motorenmäßig unterlegenen Tyrrell-Ford wurde in der achten von 80 Runden gestoppt.

Lauda war beim 21. Grand-Prix-Sieg seiner Karriere, dem zweiten in Frankreich nach *1975*, mit einem wahren Parforce-Ritt der Mann des Tages, aber die 80 000 Zuschauer rund um den 3,8 km langen Kurs von Dijon bangten nach zwei Dritteln des Rennens hauptsächlich um den engli*schen Renault-Fahrer Derek Warw*ick. Der war voll ind ie Streckenbegrenzung gefahren. Das Vorderteil seines Wagens hatte sich zusammengeschoben. Er selbst hing, den Kopf nach vorne gebeugt, eingeklemmt in dem Wrack. Erst die Streckensicherung konnte ihn unter Einsatz von Bergungswerkzeug befreien. Welche Verletzungen er erlitten hatte, war bei Redaktionsschluß nicht bekannt.

Daß der einzig schwere Unfall bei *zahlreichen haarsträubenden, durch* die enge Fahrbahn hervorgerufenen, Situationen blieb, war wohl dem trockenen Wetter zuzuschreiben. Beim völlig verregneten Abschlußtraining tanzten die 700 PS starken Autos wie Spielbälle über die Wasserpfützen. Lauda: „Wenn es hier naß ist, wird es lebensgefährlich."

*

sid, **Salzburg**

Der viermalige Weltmeister Anton Mang hat eine 602 Tage lange Durststrecke beendet. „Ich bin sehr zufrieden", sagte der Inninger abgekämpft, nachdem er beim Großen Preis von *Österreich auf dem Salzburgring*, dem vierten Lauf zur Motorrad-WM in der Klasse bis 250 ccm den zweiten Platz belegt hatte. Mang mußte sich nur seinem französischen Yamaha-Markengefährten Christian Sarron geschlagen geben und stand damit zum erstenmal seit dem 26. September 1982 (Sieg in Hockenheim) wieder auf einem Grand-Prix-Ehrenpodest. Jetzt gibt es für Mang nur ein Ziel: Sieg beim deutschen Grand Prix in einer Woche auf dem neuen Nürburgring.

Den will auch das Zündapp-Team. Und in Salzburg war bereits die Generalprobe ein voller Erfolg. Für das Münchner Werk, das sich in der neuen 80-ccm-Klasse erstmals beim WM-Rennen engagiert, holten der zweimalige Schweizer Weltmeister Stefan Dörflinger vor Europameister Hubert Abold aus Dillingen einen nie gefährdeten Doppelsieg.

Vor über 80 000 Zuschanern wurde der dramatische Kampf bei den 250ern durch zwei Stürze wesentlich beeinflußt, die glücklicherweise ohne schwere Folgen blieben. In der 13. Runde kam der Lampertheimer Vorjahressieger Manfred Herweh auf Real an dritter Stelle liegend zu Fall, nachdem er in der ersten Runde sogar geführt hatte. „Wäre Herweh nicht gestürzt, hätten wir uns mit Windschattenfahren an die Spitze heranpirschen können", sagte Mang, „aber *vielleicht hätte dann er gewonnen.*" Noch in der letzten Runde stürzte der venezolanische Titelverteidiger Carlos Lavado.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 26. und letzter Spieltag: Erfurt – Jena 2:0, Karl-Marx-Stadt – Magdeburg 1:1, Chemie Leipzig – Union Berlin 0:2, Frankfurt – Dresden 2:2, Riesa – Halle 4:2, Dynamo Berlin – Lok Leipzig 0:2, Rostock – Aue 3:0. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 66:36/39:13, 2. Dresden 61:28/37:15, 3. Lok Leipzig 56:28/37:15. – **Englisches Pokalfinale** (FA-Cup) in Wembley: Watford – Everton 0:2 (0:1). – **Schottisches Pokalfinale** in Glasgow: Aberdeen – Celtic Glasgow 2:1 (1:1, 1:0 n. V.). **Deutsche Meisterschaft der Damen**, Achtelfinale-Hinspiele: Neustadt-Bremen – Freudenheim 1:0, Wolfsburg – Niederkirchen 4:1, Schalke – Bad Neuenahr 2:0, Rothenburgsort – Bergisch Gladbach 0:3, Schorndorf – Duisburg 3:4, Borussia Berlin – Wentorf 4:0.

BASKETBALL

Olympia-Qualifikation der Herren in Frankreich, Endrunde in Paris: Frankreich – England 114:107, Spanien – Schweden 97:76, Griechenland – Deutschland 73:91, UdSSR – Israel 106:79.

HANDBALL

DHB-Pokal, Halbfinale, Herren: Großwallstadt – Hameln 21:16, Reinickendorf – Essen 22:15. – **Bundesliga**, *Herren, zweites Aufstiegsspiel*: Griesheim – Welche-Handewitt 26:30 (Hinspiel: 17:19). – Pokal der Damen, Halbfinale: Bayer Leverkusen – TV Lützellinden 20:17, VfL Sindelfingen – VfL Engelskirchen 20:15. Leverkusen und Sindelfingen im Finale.

HOCKEY

Internationales Turnier der Herren in Frankfurt: Malaysia – USA 4:1, Deutschland – Frankreich 3:1. – **Bundesliga**, Damen, Gruppe Nord: Leverkusen – *Duisburg* 2:1, Köln – Krefelder HTC 2:1, Braunschweig – Uhlenhorst Hamburg 1:1, Düsseldorf – Großflottbek 1:0. – Gruppe Süd/Berlin: München – Brandenburg Berlin 1:3, Berliner HC – Charlottenburg Berlin 1:2, Hanau – Stuttgart 3:0, Frankfurt – *RW Stuttgart 0:0, Stuttgarter Kickers* – Eintracht Frankfurt 0:0, RW Stuttgart – Hanau 1:2, Berliner HC – Brandenburg Berlin 1:1, München – Charlottenburg 2:2.

JUDO

Bundesliga, 4. Kampftag, Gruppe Nord: Hamburg-Eilbeck – Bremen 8:12, Remscheid – Berlin 13:6, Witten-Annen – Düsseldorf 15:5.

WASSERBALL

Bundesliga, 15. Spieltag: Hannover-Linden – Esslingen 14:6, Offenbach – Spandau 8:18, Hamm – Braunschweig 12:8, ASC Duisburg – Cannstatt 11:9, Duisburg 98 – Würzburg 9:6, Düsseldorf – Fulda 10:8.

TENNIS

77. Internationale Meisterschaften von Deutschland in Berlin, Einzel, erstes Halbfinale: Horvath (USA) – Tanvier (Frankreich) 6:3, 7:5, Kohde (Deutschland) – Rinaldi (USA) 6:4, 6:0; Doppel, Viertelfinale: Kohde/Sukova (Deutschland/CSSR) – Arraya/Longo (Peru/Argentinien) 6:2, 5:7, 6:4, Hobbs/Reynolds (England/USA) – Barg/Phelps (USA) 6:4, 7:5, Horvath/-Ruzici (USA/Rumänien) – Remilton/-Sato (Australien/Japan) 3:6, 6:4, 6:0, *Madruga-Osses/Tanvier (Argentinien/Frankreich)* – Jausovec/Leand (Jugoslawien/USA) 1:0 wegen Verletzung von Leand *aufgegeben*. – **Internationale Bayerische Meisterschaften** in München, Herren-Einzel, Halbfinale: G. Mayer (USA) – Westphal (Deutschland) 6:2, 6:7, 6:2, Pimek *(CSSR) – Frawley (Australien) 6:3, 6:0.*

SCHWIMMEN

Internationales Meeting in Mission Viejo/Kalifornien, Männer: 100 m Freistil: 1. Gaines 51,59 Sek., 2. Leamy (beide USA) 51,68; 400 m Freistil: 1. Iacono (Frankreich) 3:55,94 Min. (Landesrekord); 100 m Brust: 1. Moffet (USA) 1:05,30 Min., 2. Minervini (Italien) 1:05,56; 100 m Schmetterling: 1. Morales (USA) 55,36 Sek. – Frauen: 100 *m Freistil*: 1. Hogshead (USA) 56,71 Sek.; 400 m Freistil: 1. Cohen (USA) 4:13,64 Min.; 100 m Brust: 1. Caulkins (USA) 1:12,86; 100 m Schmetterling: 1. Meagher (USA) 1:00,56 Min.

SCHIESSEN

Olympiaqualifikation der Gewehr*schützen: Herren: KK liegend 60* Schuß (English Match): 1. Seibold (Bad Wiessee) 2391 Ringe, 2. Lind (Heilbronn) 2389, 3. Hillenbrand (Kronau) 2384; KK Dreistellungskampf (3 x 40 Schuß): 1. Heinz (Espenau) 4659, 2. Hillenbrand 4658, 3. Lind 4655. – Damen: KK Dreistellungskampf (3 x 20 Sek.): 1. *Lang (Igling) 2309, 2. Holmer (Neu*fahrn) 2304, 3. Sperber (Penzing) 2295.

TAE-KWON-DO

Länderkampf der Herren in München: Deutschland – Österreich 5:3.

REITEN

Deutsche Meisterschaft, Dressur, Grand Prix Special: 1. Klimke (Münster) mit Ahlerich 1515, 2. Sauer (Hamburg) mit Montevideo 1404, 3. Krug (Hochheim) 1389, 4. Schulten-Baumer (Mettingen) mit Slibovitz 1386, 5. Schulten-Baumer mit Madras 1357, 6. Meyer zu Erpen (Werther) mit Tristan 1355. – Damen: 1. Diesterer (Nürnberg) mit Paquito 1305, 2. Mohnsen (Hamburg) mit Grand Chaco 1301, 3. Grillo (Mülheim) mit Grandison 1287, 4. Theodorescu (Sassenberg) mit Lexikon 1269, 5. Linsenhoff (Kronberg) mit Vallauris 1242, Kemmer (Berlin) mit Lotus 1150.

GALOPP

Rennen in Krefeld: 1. R.: 1. Marsvogel (K. Woodburn), 2. Arguius, 3. Atout Noir, Toto: 32/17, 78, 50, ZW: 656, DW: 8588, 2. R.: 1. The Filly (A. Tylicki), 2. Koketterie, 3. Atropa, Toto: 24/13, 12, 20, ZW: 72, DW: 616, 3. R.: 1. Mowgli (G. Ording jr.), 2. Bourbon, 3. Waldherzog, Toto: 100/26, 30, 22, ZW: 806, DW: 17 776, 4. R.: 1. Aiolus (D.K. Richardson), 2. Vital, 3. Nino Ricci, Toto: 32/14, 17, 13, *ZW: 236, DW: 340*, 5. R.: 1. Rosenknospe (L. Mäder), 2. Toscalon, 3. Rhombus, Toto: 36/15, 19, 26, ZW: 280, DW: 1708, 6. R.: 1. Cliff (W. Gülcher), 2. Ajak, 3. Sixt, Toto: 78/30, 30, –, ZW: 1452, DW: 5368, 7. R.: 1. Pumpernickel (A. Tylicki), 2. Ägir, 3. Signorina, Toto: 84/34, 22, 22, ZW: 524, DW: 6032, 8. R.: 1. Mischa (Frl. K. Bender), 2. *Auftakt*, 3. Wühler, *Toto*: 72/22, 26, 34, ZW: 628, DW: 5020, 9. R.: 1. Anjoulit (P. Schiergen), 2. Wanderfalke, 3. Zauberspiel, Toto: 60/22, 22, 22, ZW: 344, DW: 4816.

LEICHTATHLETIK

Sportfest in Dresden: Männer: Ku*gelstoßen: 1. Timmermann 21,56 m*; Diskus: 1. Warnemünde 66,64 m, 2. Hoßfeld 65,14. – Frauen: 400 m Hürden: 1. Uibel 54,67 Sek.; Weitsprung: 1. Daute 7,34 m („DDR"-Rekord).

RAD

67. Giro d'Italia für Profis, 2. Etappe, *Pietrasanta-Marina – Florenz* (128 km): 1. Freuler (Schweiz) 3:15:02 Std., 2. Gavazzi, 3. Milani (beide Italien). – Gesamtwertung: 1. Fignon (Frankreich) 1:08:13 Std., 2. Moser 0:04 Min. zur., 3. Visentini (beide Italien) 0:06.

MOTORSPORT

Großer Preis von Österreich für Motorräder in Salzburg: Klasse bis 80 ccm (20 Runden = 85 km): 1. Dörflinger (Schweiz) Zündapp 32:36,85 Min., 2. Abold Zündapp 10,52 Sek. zur., 3. Waibel (beide Deutschland) Seel 26:18, 4. Bianchi (Italien) Casal 40:15, ... 11. Engl (Deutschland) Sachs 1 Rd. zur. – *WM-Stand nach drei Läufen*: 1. Bianchi 38 Punkte, 2. Dörflinger 31, 3. Abold 30, ... 4. Waibel 16.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 11, 13, 17, 29, 32, 38, Zusatzzahl: 30. – **Spiel 77**: 4 0 5 0 8 3 1. – **Rennquintett**: Rennen A: 4, 2, 14. – Rennen B: 25, 23, 31. (Ohne Gewähr).

Pankraz, China und der Turmbau zu Babel

Ausgerechnet Deutschlands ehrgeizigstes Vortragsprogramm, die von der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Münchener Siemensstiftung seit sieben Jahren gemeinsam organisierten „Heisenberg-Vorlesungen", war bisher nicht im Druck zu haben. Nicht einmal in den „Themen", der Privatdruckreihe der Siemensstiftung, konnte man die Vorträge, in denen weltberühmte Gelehrte neue Forschungsergebnisse erörtern, nachlesen. Jetzt endlich scheint ein Anfang gemacht. Als neues „Themen"-Heft verschickt die Stiftung an Freunde und Interessenten den Text der Heisenberg-Vorlesung „Über das Denken und Fühlen der Chinesen", die der Berkeley-Sinologe Wolfram Eberhard vor einiger Zeit im Nymphenburger Schloß zu München gehalten hat.

Das Heftlein hat es in sich und vermittelt sogleich einen angemessenen Eindruck von Sinn und Karat einer Heisenberg-Vorlesung. Es geht Eberhard, der übrigens aus Potsdam stammt, um den Nachweis, daß die Chinesen zwar anders sprechen, aber keineswegs anders denken als wir West-Menschen. Jahrzehntelang war die These vom „grundsätzlich anderen", nämlich „nichtlogischen" Denken Chinas fast ein Dogma der neueren Sinologie gewesen. Gelehrte wie Joseph Needham und Filmer Northrop und Reisende wie Lily Abegg sorgten mit ihren Büchern für die Ausbreitung dieses Dogmas, und eine interessierte Öffentlichkeit nahm es nur allzu gern an – schien es doch so manche schwer verständlichen Nachrichten aus dem Reich der Mitte halbwegs zu erklären und einzuordnen.

Eberhards Gegenthese lautet nun klipp und klar: Die Chinesen denken nicht weniger logisch als wir selbst, nur gehen sie mit der Logik ausgesprochen sparsam um. „Ein Chinese", sagt er, „kann sich durchaus vollkommen klar ausdrücken, wünscht es aber nicht immer, damit eine gewisse Freiheit in der Interpretation möglich bleibt und man sich nicht unnötig festlegen muß."

Bekanntlich sind die einzelnen Wörter der chinesischen Sprache isoliert und flexionslos, d. h. sie können weder konjugiert noch dekliniert werden, ja, man kann sie nicht einmal in Substantiv, Verb, Adjektiv und Adverb aufteilen. Im Prinzip kann jedes Wort zu jeder dieser Kategorien gehören; das Wort für „Osten" kann, ohne Veränderung, auch „östlich", „ostwärts", „nach Osten gehen" usw. bedeuten. Was es jeweils wirklich bedeutet, ergibt sich aus dem Zusammenhang, der verbalisiert wird, wobei spezifizierende Zusatzwörter rein additiv hintereinandergereiht werden. Aus einer solchen Struktur, meint Professor Eberhard, ergibt sich ganz von selbst die Notwendigkeit der Lakonie. Im Chinesischen werden Plural, Zeit, Geschlecht immer nur einmal ausgedrückt und nur wenn notwendig. Man sagt z. B. nicht „Ich habe zwei Hühner", sondern „Ich habe zwei Huhn", da die Zwei ja den Sachverhalt hinreichend klar macht.

Die „situative", stets auf die konkrete Situation bezogene Grammatik des Chinesischen, so weiter Eberhard, bringt es auch mit sich, daß in ihr das Element „Zeit" (shih) eine viel größere Rolle spielt als in anderen Sprachen. Wenn ein Europäer einen Chinesen nach dem Alter seiner Tochter fragt, antwortet der etwa: „Fünfzehn bis sechzehn Jahre". Der Europäer ist verärgert; weiß der Mann denn nicht, wie alt das Mädchen ist? Der Chinese aber denkt: „Warum soll ich denn ausrechnen, ob der Geburtstag von heute weniger oder mehr als 183 Tage entfernt ist? Wenn der Fragende es ganz genau wissen will, soll er doch eine zweite Frage stellen."

Die Lakonie und situative Offenheit ihrer Sprache, resümiert Wolfram Eberhard, hat zweifellos den Charakter der Chinesen mitgeprägt. Sie legen sich ungern fest, das Individuum verbirgt sich gern hinter der Meinung des allgemeinen „man", und die Antworten, die man von Chinesen erhält, sind meistens so knapp und einfach wie nur möglich. Mit einer Abwesenheit von Logik hat das jedoch nicht das Geringste zu tun. Chinesen denken genauso logisch wie Abendländer, nur berücksichtigen sie beim Sprechen stets das „shih", gehen zunächst einmal davon aus, daß eine Sache ja auch mehrere Ursachen haben könne. Es ist aber unstatthaft, daraus – wie Lily Abegg und andere das taten – die Schlußfolgerung zu ziehen, hier walte ein „Denken in Ganzheiten und Analogien", das unserem Ursache-Wirkung-Denken fundamental entgegengesetzt sei.

Joseph Needham ging seinerzeit sogar so weit, eine spezifisch chinesische, der westlichen konträre Naturwissenschaft zu postulieren. Das trifft sich natürlich gut mit gewissen modischen Strömungen, die das ganze westliche Denken zugunsten der „Weisheit des Ostens" verabschieden möchten. Von Wolfram Eberhard hingegen kann man lernen, daß die chinesische Sprache zwar der modernen Physik mit ihren Wahrscheinlichkeitsrechnungen und ihrer Unschärferelation besser entgegenkommt als westliche Sprachen, daß China und der Westen aber grundsätzlich an ein und demselben Strang ziehen, daß es also nur eine einzige, allgemeinmenschliche Wissenschaft gibt, weil es auch nur ein einziges, allgemein-menschliches Denken gibt.

Die Gelehrten streiten sich schon seit langem über das sogenannte Sapir-Whorff-Paradigma (benannt nach den amerikanischen Linguisten Sapir und Whorff), wonach der Mensch „zuerst" denkt und „danach" eine Sprache für seine Gedanken schafft. Wolfram Eberhards chinesische Feldforschungen haben erbracht, daß es tatsächlich so etwas wie einen Primat des Denkens vor der Sprache gibt. Man denkt „in" und „mit" der Sprache, doch die Struktur des Denkens ist vorgegeben, so daß aus der Sprachverwirrung beim Turmbau zu Babel gottseidank nicht gleichzeitig eine Denkverwirrung entstehen konnte. Es ist gut, so etwas in einer Heisenberg-Vorlesung bestätigt zu bekommen.

Pankraz

Gerhard Funke 70

Denker mit Weltwitz und Ironie



Ratio und Ethos vereint: Der Philosoph Gerhard Funke FOTO: DPA

Gerhard Funke, der Philosoph in Mainz, feiert heute seinen siebzigsten Geburtstag. Kollegen, Schüler und Bewunderer aus aller Welt werden ihm dazu herzlich gratulieren und dabei auch die praktische Weltläufigkeit rühmen, die diesen Gelehrten stets ausgezeichnet hat.

Er stammt aus dem Anhaltischen. In bewußter Leibniznachfolge hat er in seinem Schaffen die mannigfaltigsten Motive geistvoll miteinander zu verbinden gewußt. Auf ihn wirkten so unterschiedliche Lehrer wie der Neukantianer Bruno Bauch, der Geisteswissenschaftler Rothacker und der Romanist E. R. Curtius. Forschungen über die Aufklärung, über den Begriff der Gewohnheit oder über die moderne Kunst gehören ebenso selbstverständlich zum Œuvre wie eine umfassende philosophische Systematik, in deren Mittelpunkt Kant und die transzendentale Phänomenologie Husserls stehen. Zur Klärung der transzendentalen Phänomenologie hat Funke ganz wesentlich beigetragen, indem er auf ihre doppelte Wurzel in Ratio und Ethos hinwies.

Für die Kant-Forschung hat Funke sich als Präsident der Kant-Gesellschaft, als Herausgeber der Kant-Studien (seit 1969) und als Organisator bedeutender Kant-Kongresse große Verdienste erworben. Sein Talent für internationale Zusammenarbeit und Wissenschaftsorganisation dokumentiert sich in vielen Gastprofessuren, die er in Südamerika, in Japan und in den USA wahrnahm. Er ist Vizepräsident der „Société Européenne de la Culture" und seit 1972 Mitglied des „Institut International de Philosophie" in Paris. Seit 1966 fördert er als Herausgeber mehrerer Monographienreihen die Forschung gerade auch jüngerer Wissenschaftler.

Obwohl Funkes akademisches Reden nicht eben als einfach gilt, hat er durch buchstäbliche Geistesgegenwart immer wieder seine Studenten tief zu bewegen gewußt. Die sogenannte Universitätsreform erlebte er wohl in manchen ihrer Phasen als Kinderkreuzzug Erwachsener. Die freigebige Verwendung des Wortes „kritisch" für allerlei ungereimte zeitgenössische Attitüden hätten seine Freude an der Ironie herausgefordert, wären ihm Kritik und Selbstkritik nicht so hohe philosophische Werte gewesen. Heute bewährt sich dieses Ethos vor allem in der Mainzer Akademie der Wissenschaften, deren hochgeschätztes Mitglied der Jubilar ist.

ERNST ORTH

„Ich und Welt" in Regensburg – Frühjahrstagung der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung

Ins Haus zum leeren Beutel geflüchtet

Alle hätten sich besonders auf Regensburg gefreut, versicherten die ordentlichen und korrespondierenden Mitglieder der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, die zur Frühjahrstagung aus allen Teilen Deutschlands und aus Paris, Zürich und Cambridge angereist waren, rund 50 an der Zahl. Die zwei Jahrtausende alte Siedlung an der Donau, die im hohen Mittelalter von kaum einer zweiten deutschen Stadt an Bedeutung übertroffen wurde, liegt heute ja tatsächlich etwas abseits von den üblichen Reiserouten und verdient mit ihren großartigen Baudenkmälern wahrlich mehr als den Umweg, den man immer zu machen unterläßt.

Es ist ein sehr hübscher Gedanke, den im Schoße der Darmstädter Akademie vereinigten Schriftstellern und Literaturwissenschaftlern in jedem Frühling eine besonders geschichts- und kulturträchtige deutsche Stadt vorzuführen – zuletzt waren es Würzburg, Lüneburg und Trier –, doch der ergänzende Effekt, daß diese Städte nun ihrerseits die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung zur Kenntnis nähmen, wird leider nur sehr unvollständig erreicht. Im Unterschied zu den fleißiger wahrgenommenen Herbsttagungen in Darmstadt findet sich meist nur eine kleine Schar von Zuhörern bei den öffentlichen Arbeitssitzungen ein, so auch diesmal in Regensburg, obwohl man mit Bedacht eine Lokalität ausgewählt hatte, die nach Ausweis der herumhängenden Ankündigungen und Plakate als Austragungsort ähnlicher Begegnungen dient und den Namen „Haus zum leeren Beutel" führt, eine nach Meinung des Akademiepräsidenten Herbert Heckmann besonders geeignete Bezeichnung für den Ort eines Schriftstellertreffens.

Die im Programm der Tagung mit der Vorlesung eines Prosatextes eingeplante Eva Demski, eine gebürtige Regensburgerin, lieferte im Gespräch mit einem Journalisten gleich ein Scherflein zu dem Generalthema der Tagung „Autobiographie". Sie habe als Kind in diesem alten Getreidespeicher aus dem 18. Jahrhundert gespielt, erzählte sie, weil ihr Großvater dort seine Firma unterhielt.

„Ich und Welt – die autobiographischen Tendenzen in der neuesten deutschen Literatur" wollte man also behandeln und hatte dazu zwei große Referate und fünf kürzere Lesungen von Texten vorgesehen. Der Präsident, der in Conférencier-Manier einige Einleitungs- und Übergangssätze sprach, wurde nicht müde zu betonen, daß die Beispiele in keinerlei Beziehung zu den theoretischen Ausführungen stünden, ein Gedanke, auf den bei der völlig arbiträren Auswahl dieser Proben ohnehin niemand gekommen wäre. Sie hatten einen sehr ungleichen Unterhaltungswert, wobei Ludwig Harig, allerdings vor allen Dingen dank seiner überlegenen Vortragskunst, an der Spitze lag, gefolgt von Hermann Lenz, der passenderweise die Geschichte einer Dichterlesung vortrug. Der überraschend aus Leipzig gekommene Wolfgang Hilbig las aus einer längeren Erzählung leider nur die Teile vor, die sein Schreiben und nicht sein Leben betrafen, so daß sein Beitrag eher zum theoretischen als zum exemplarischen Teil des Programms zu rechnen war.

Zu Beginn seines weiträumig angelegten Eingangsreferates entwarf Reinhart Baumgart, der vor 23 Jahren einmal mit einem stark autobiographisch gefärbten Roman debütiert hat, mit wenigen Strichen ein typisches Produkt der heute gängigen Selbstbeschreibung und stellte diesem Pastiche nicht sein eigenes Werk, sondern ausgerechnet den „Fluchtpunkt" von Peter Weiss gegenüber, um zu zeigen, wie sich die Enge und Beliebigkeit des Privaten sprengen läßt. Er beschrieb dann die mehrfachen Wellen von neuester Literatur in der ersten Person Singularis, vom frühen bis zum späten Max Frisch und bis zu Achternbusch, ohne verwendbare Konklusionen zu liefern.

Da war die zweite Referentin der Tagung, die 37jährige Autorin und Dramaturgin Ursula Krechel, doch handfester. Mit ätzendem Spott schilderte sie, wie sich die Belletristik von heute mehr und mehr auf die Ausbeutung des eigenen Lebens beschränke, obwohl doch gerade dieses Feld äußerst mager bestellt sei, schon allein deshalb, weil die meisten der fraglichen Autoren ja noch viel zu jung seien, um eigenes Leben zur Autobiographie runden zu können.

Das „Authentische" sei überall Trumpf, klagte Frau Krechel, das Erfundene, Fiktive, also das eigentlich Schriftstellerische, dagegen nur der überflüssig komplizierte „Umweg", auf dem der Schreibende, sein eigener Held, „ein ungeküßter Froschkönig", das immer gleiche Ziel ansteuere: ein Zentrum, das es im Grunde gar nicht gebe. Wie ein frischer Luftzug wirkte, daß Frau Krechel als positive Gegenbeispiele zwei außerordentliche Autobiographien aus dem Ausland hervorhob: Mary MacCarthys „Eine katholische Kindheit" und Natalia Ginzburgs „Mein Familienlexikon".

Zum feierlichen Teil der Tagung war man in den mit Gobelins geschmückten Reichstag des Reichsrathauses gezogen, an den Ort also, in dem der „immerwährende Reichstag" von 1663 bis 1806 getagt hat. Auf die Begrüßung des Oberbürgermeisters, der den Anteil Regensburgs an der Literatur von Aventinus über Brentano zu Georg Britting hervorhob, folgte die Selbstvorstellung der neuen Akademiemitglieder, auch ein Stück Autobiographie. Hätte man nicht gewußt, daß sie ihre wohl abgewogenen Worte schon lange vorher niedergeschrieben hatten, man hätte glauben können, daß die historische Würde des Rahmens Reinhart Baumgart, Michael Krüger, Jürgen Habermas und Hans Wollschläger zu einer besonders demütigen Haltung veranlaßte.

Den Schluß der Tagung bildete die Verleihung des Friedrich-Gundolf-Preises für einen im Ausland wirkenden Germanisten und des Johann-Heinrich-Voß-Preises für einen Übersetzer. Victor Lange feierte seinen amerikanischen Kollegen Stuart Atkins als großen Goethe-Kenner und Schöpfer der neuesten und vermutlich besten „Faust"-Übersetzung. Der zweite Laudator, der meistens überkritische Walter Boehlich, fand viele freundliche Worte für die Übersetzerin Anneliese Botond, der man vor allem die Verdeutschung Alejo Carpentiers zu verdanken hat, aber fast noch mehr für den Namenspatron des Preises, den guten Papa Voß. Indem Boehlich vor allem dessen bitterliche Armut hervorhob, brach er gleich eine Lanze für höhere Übersetzerhonorare.

HELLMUT JAESRICH

Früh übt sich ... ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Eine Stiftung hilft osteuropäischen Emigranten

Das Feuer, das zündet

Für die emigrierten Künstler aus den osteuropäischen Ländern in Deutschland ein geistiges Zentrum zu schaffen, so wie es solche Zentren in Frankreich oder Amerika gibt, ist das Anliegen der Kulturstiftung „Ignis", die am letzten Freitag im Sendesaal des Deutschlandfunks mit einer Ausstellung osteuropäischer Künstler, Rezitationen und Musikdarbietungen gegründet wurde. Durch das Programm führte der tschechische Schriftsteller Gabriel Laub.

An seinem Beispiel wurde unmittelbar etwas von der Problematik des Vorhabens sichtbar. Anders als in national geprägten Kulturen bilden osteuropäische Künstler in dem internationalen Klima der Bundesrepublik keine „Kolonien", sondern sind (nach sicherlich harten Eingewöhnungsphasen) meistens fest ins Getriebe unserer Kultur integriert und ein Teil von ihr geworden. Manch einem mag es deshalb gar nicht recht sein, in Zusammenhängen wie diesen genannt und beteiligt zu werden.

Die Zukunftsaufgaben der Stiftung dürften vor allem in der Entdeckung und Förderung von Künstler liegen, deren Durchbruch sonst nicht zustande käme. Von den acht Malern der Gründungsausstellung zeigten vor allem die Polin Barbara Ur und der Russe Vitali Stesin Lösungen weitab vom zeitgenössisch Gewohnten. Sie erinnerten daran, daß sich die osteuropäische Kultur in ihrem symbolistisch-futuristischen Aufbruch als eine „kosmische Kultur" definierte. In der Wiederentdeckung ihrer verschütteten Denkmäler könnte die „Ignis" Aufgaben finden, die von den normalen Forschungsinstitutionen nicht gelöst werden.

Gedichte von Anna Achmatowa und Marina Zwetajewa, von Michel Doye vorgetragen, hatten diese Gedächtnisarbeit zum Ziel. Sie bekundeten die Absicht, Sprachrohr für die lebenden Mundtoten zu sein, deren Bücher nicht erscheinen, deren Kompositionen nicht erklingen, deren Bilder nicht gezeigt werden dürfen.

Es ist ein großes Bündel von Aufgaben, das sich hier ein vorerst kleiner Kreis von Enthusiasten aufgeladen hat (Honorare und Eintrittsgelder gab es nicht). Und es werden noch sehr viel Einsatzbereitschaft nötig sein, aber auch Dinge wie Organisationserfahrung, Verwaltungsroutine, Durchstehvermögen, und nicht zuletzt besonnene Ruhe gegen Anfeindungen. Die deutsche Literatur der Nachkriegszeit ist einmal aus der Emigrationsliteratur erwachsen, und es gibt inzwischen einen Forschungszweig „Exilforschung", der bisher aber nur die 30er und 40er Jahre im Auge hat. Die Notwendigkeit seiner Fortsetzung ist mit Händen zu greifen.

DETLEF GOJOWY

Bob Brookmeyers „Double Concerto" in Köln

Brücke zwischen E und U

Seit es die Unterteilung der Musik in „E" (ernst) und „U" (unterhaltend) gibt, haben sich Musiker aller Couleurs immer wieder bemüht, den Graben zwischen E und U zu überbrücken – mal mit mehr, mal mit weniger Erfolg. Den jüngsten Versuch einer solchen Synthese zwischen Jazz und „seriöser" Musik gab es jetzt beim WDR in Köln zu begutachten.

Der amerikanische Jazzposaunist Bob Brookmeyer schrieb im Auftrag des Senders ein „Double Concerto for Two Orchestras". Der Titel impliziert solistische Aufgaben für alle Musiker, die darüber hinaus auch improvisierte Passagen spielen mußten. Das fiel den Mitgliedern der WDR-Bigband hörbar leichter, als den in solchen Freiheiten ungeübten Kollegen des WDR-Unterhaltungsorchesters.

Das „Double Concerto" verhieß vom Grundgedanken her interessante Entwicklungsmöglichkeiten einer musikalischen Idee. Brookmeyer nutzte den gewaltigen Orchesterapparat jedoch nur ansatzweise aus, schien selber mit den Geistern, die er hatte aufbieten lassen, nicht mehr fertig zu werden. Beim ersten Hören mußte man zwangsläufig den Überblick verlieren. Da halfen auch die wuchtigen Einsätze der Schlagzeuggruppe nicht, die dem Werk eine gliedernde Struktur mitgaben, das, sozusagen ohne Atem zu holen, pausenlos voranstürmte und den Zuhörer schlichtweg überforderte.

Dabei begann es eigentlich recht harmlos: Ein fugenartiges Thema, von einzelnen, wie willkürlich ausgewählten Streichern intoniert, verlor sich in freier Aleatorik und wurde von break-ähnlichen Bläserfiguren der Bigband aufgefangen. Breit angelegte, ruhige Passagen kennzeichneten den zweiten Teil, der dank dem reichhaltigen Schlagwerk in einen furiosen Schlußsatz überging.

Brookmeyer, der auch als Dirigent fungierte, ließ das traditionelle Instrumentarium des modernen Orchesters weit hinter sich: Die Musiker machten Zwischenrufe, klatschten in die Hände, johlten und pfiffen. Zum Schluß wurden gar noch drei Spieluhren aufgeklappt, von denen eine „Das klinget so herrlich" aus der „Zauberflöte" intonierte. Eine Reverenz an die Tradition? Oder war hier der Wunsch der Vater des musikalischen Gedankens?

Der Jazz im ureigensten Sinne jedenfalls blieb weitgehend auf der Strecke. Er blitzte besonders hell nur dann auf, wenn der Pianist Jim McNeely seinen Part spielte. Das waren zweifellos die bemerkenswertesten Minuten in dem fast einstündigen Werk. Die Brücke, die das das „Double Concerto" über den Graben zwischen E und U schlagen wollte, trug die Last nicht.

RAINER NOLDEN

Die Oper als Tanztheater – Reinhild Hoffmanns Inszenierung von Purcells „Dido und Aeneas" in Bremen

Mit dem Trojanischen Pferd gegen die Männerwelt

Verkehrte Opernwelt herrscht derzeit im Bremer Theater. Von der Bühne vertrieben wurden die Damen und Herren Gesangsmimen, die Personendarsteller der Oper „Dido and Aeneas" von Henry Purcell. Auf Hochsitzen thronen sie, barockgewandet, halbkreisförmig aufgereiht über dem hinteren Parkett, so daß das Publikum auf den Rängen sie nur von hinten zu hören bekommt. Opernmenschen mag das stören. Aber um Oper geht es in dieser Aufführung erst in zweiter Linie. Die Sänger mußten die Bühne freiräumen für das Eigentliche: Ein Schaustück, das die Bremer Tanzmeisterin und Choreographin Reinhild Hoffmann zu Purcells wunderbarer Musik erfunden hat. Das Theater am Goetheplatz bietet keinen Opernabend, sondern ein Tanzdrama anläßlich einer Oper, genauer: eine weiterdenkende, bildschöpferische Kritik des Librettos.

In Körperbewegung, Takt und Tempo an die musikalische Vorlage gebunden, bezieht das tänzerische Meinen und Bedeuten Stellung gegen das, was Henry Purcell den Adelstöchtern des Mädchenpensionats zu Chelsea, das der Komponist mit Schauspielmusik zu versorgen hatte, anno 1689 weismachte: Daß es dem Manne aufgegeben sei, politisch Weltbewegendes kriegerisch zu vollbringen, anstatt in den Armen der Liebe weich zu werden und womöglich den Frauen die Regelung der öffentlichen Geschäfte zu überlassen.

Tatsächlich erzählt der – vom Librettisten Nahum Tate kolportierte – Geschichtsmythos um die Gründung Roms ja Ungeheuerliches: Da vergißt eine Königin die ortsüblichen Gebote ihrer Witwenschaft, verliebt unsterblich in einen angeschwemmten Überlebenden aus Troja. Dieser erwidert ihre Liebe uneingeschränkt, bis mißgünstige Hexen ihn aus Geistermund an seinen gottgegebenen Auftrag gemahnen, die Segel zu setzen gen Italia. Daß Aeneas dies überhaupt einen Augenblick lang erwägt, trifft Dido so sehr, daß sie den Wankelmütigen zurückweist und sich – in einem der schönsten Lamenti der Musikliteratur – dem Tode überantwortet.

Dieser Liebestod – Tod der Liebe aus Gründen maskuliner Weltbeherrschung, von Männern definierter Staatsräson – ist die Zielscheibe der von Reinhild Hoffmann ins Bild gesetzten Moralkritik. Mit sparsamsten Mitteln stellt sie den ewigen Geschlechterkampf zur Schau: Das unentrinnbare Aufeinander-Verwiesen-Sein von Mann und Weib ebenso wie die patriarchalisch begründete Gewalt der Männer gegen die Frauen, im Seelischen wie im Körperlichen. Dabei entnimmt sie die choreographischen Motive aus dem Opernsujet. Da erscheinen das Trojanische Pferd und die Kriegsschwerter ebenso wie die Hexenbesen und die Jagdtrophäe, das zwölfendige Hirschgeweih. Als Symbole mannigfacher Verschlingung erscheinen die Leinentuchstreifen, mit denen Dido einst – der Sage nach – bei ihrer Landnahme die Schächer friedlich überlistete. Pflastersteine, Steine auf dem Herzen der „übermannten" Frauen Säumen den Weg einer Liebe, die am Parademarsch der kriegerischen Landnehmer zugrunde geht.

Zu dieser bedrückenden Tanzvision, bestärkt von zu Männern ausgeformeten Tapetentüren im Bühnenfond, erklingt eine von Peter Erckens, dem musikalischen Leiter der Bremer Philharmonie, tänzerisch ausgekostete Opernpartitur. Nancy Henninger und Joe Purpen nebst Elaine Woods gaben den Stimmen der Dido, des Aeneas und der vertrauten Belinda stilreinen Tonfall. Die während der Generalprobe gestürzte Tanzsolistin Geta Bahrmann rettete tapfer die Premiere.

LUTZ LESLE

JOURNAL

Zweite Fakultät für Uni Herdecke

dpa, **Witten**

Die vor gut einem Jahr eröffnete Privatuniversität Witten / Herdecke richtet nach der medizinischen nun auch eine wirtschaftswissenschaftliche Fakultät ein. Sie wird ihre Arbeit am 15. Juni aufnehmen. Zum Wintersemester können sich jeweils 25 Studenten für das erste und für das fünfte Semester einschreiben. Als weitere Fächer sollen bis 1986 Mathematik, Philosophie und Orientalistik folgen.

Das Werk von Ritzi und Peter Jacobi

DW. **Paris**

Eine große Doppelausstellung ist Ritzi und Peter Jacobi vom Musée d'Art Moderne de la Ville in Paris und der Galérie Nationale d'Art Textile in Beauvais eingerichtet worden (Bis 28. Juni). Die beiden Künstler, in Rumänien geboren und seit 1970 in Deutschland, wurden zuerst durch ihre neuen Formen textiler Wandgestaltung bekannt. Inzwischen verwenden sie auch andere Materialien wie Papier in verschiedenen Zuständen, Karton, Holz. Außerdem sind in der Ausstellung Bodenplastiken aus Holz und Photographien von Peter Jacobi zu sehen.

Zum 70. Geburtstag von Christophe Czwiklitzer

DW. **Bad Rappenau**

Eine Übersicht über die Arbeiten des Kunstschriftstellers und Verlegers Christophe Czwiklitzer, der in diesen Tagen 70 Jahre alt wurde, zeigt die Galerie Steiner in Bad Rappenau bis Ende Juni. Ausgestellt sind alle Editionen – u.a. über Chargesheimers Lichtgraphik, das Werkverzeichnis der Picasso-Plakate, Abhandlungen über Zadkine, über „Die Handschrift der Maler und Bildhauer" – die Czwiklitzer in den 60er und 70er Jahren im Einmannbetrieb herausgab.

Aus Warschau an das Theater Oberhausen

dpa, **Oberhausen**

Antoni Wicherek, bisher Generalmusikdirektor der Staatsoper Warschau, ist für die nächsten zwei Jahre an das Musiktheater in Oberhausen verpflichtet worden. Der 55jährige wird damit im August die Nachfolge von Dietfried Bernet antreten, dessen Vertrag, wie es offiziell heißt, im „beiderseitigen Einvernehmen" gelöst wurde.

Ilse Langner 85

Die Schriftstellerin Ilse Langner wird heute 85 Jahre alt. Sie ist eine Dramatikerin von Rang. Gleich mit ihrem ersten Drama, dem Antikriegsstück „Frau Emma kämpft im Hinterland", 1929 in Berlin uraufgeführt, war die 1899 in Breslau geborene Autorin im Gespräch. Alfred Kerr nannte sie damals liebevoll-anerkennend „Penthesilesia". 1933 wurde ein weiteres Stück, noch während der Vorbereitungen zur Uraufführung, verboten. Sie war „unerwünscht". Nach dem Krieg gelang es ihr nur mühsam, mit Dramen und Reiseberichten wieder Fuß zu fassen. Es ist das Verdienst des Würzburger Bergstadtverlages, wo seit 1983 ihre Dramen erscheinen, und des Stadttheaters Pforzheim, wo ihre Stücke wiederaufgeführt werden (im Februar „Frau Emma", im nächsten Jahr „Cornelia Kungström"), daß wir mit dem Werk von Ilse Langner wieder bekannt gemacht werden. Min.

Otto Rombach †

dpa, **Bietigheim**

Berühmt wurde er durch seinen Schelmenroman „Adrian, der Tulpendieb". Aber sein Werk umfaßt mehr als dreißig Romane, Erzählungen, Hörspiele, Dramen und Reiseskizzen. Otto Rombach begann als Redakteur in Berlin. Trat bald mit Gedichten hervor. Und 1935 erschienen seine ersten beiden Romane „Ewige Wanderung" und „Der Ikarus von Ulm". Immer verstand er es, farbig zu erzählen und einprägsame Figuren zu schaffen. An Ehrungen hat es dem Autor nie gefehlt. 1964 ernannte ihn die Stadt Bietigheim bei Stuttgart zu ihrem Ehrenbürger. Dort ist er nun, 79 Jahre alt, gestorben.

John Betjeman †

Sir John Betjeman, der erfolgreichste englische Dichter seit Kipling, ist 77jährig in Cornwall gestorben. Seine Lyrik (die „Collected Poems" wurden ein Bestseller) preist die englische Landschaft, die Dinge des Alltags mit Humor und Menschlichkeit. Betjeman war der letzte Viktorianer. Er blieb den traditionellen Wertvorstellungen verpflichtet, was ihm die Herzen von Millionen öffnete. Als „poeta laureatus" und damit Hofdichter der Königin war er weniger erfolgreich, denn er konnte nicht auf Bestellung schreiben. Das trug ihm beim 25. Thronjubiläum viel Spott ein. Doch Hofdichter sind unkündbar. Und so behielt er dieses Amt bis zu seinem Tode. he.

Eine Fracht Bücher im Dienste der Humanität

Schwimmende Bibliothek der UNO ankert in Hamburg

GISELA KRANEFUSS, Hamburg

Zum ersten Mal hat die MS „Doulos" an der Überseebrücke am Hamburger Hafen festgemacht. Ein Schiff ganz besonderer Art – es ist die größte „Schwimmende Buchausstellung zu Bildungszwecken" in der Welt. Nach eigenen Aussagen repräsentiert die 280 Frauen- und Männercrew aus 38 Nationen und fünf Kontinenten die „Vereinten Nationen" an Bord, wo 26 Familien mit 41 Kindern leben. Es gibt einen Kindergarten und drei Minischulen auf dem Schiff, in denen in deutsch, englisch und spanisch unterrichtet wird.

Die „Doulos" – griechisch = Knecht/Diener – wird vom Missionswerk in Mosbach getragen. Aber an Bord will niemand missionieren, es gibt nicht einmal einen Geistlichen. Das Schiff fährt unter der Flagge von Malta. Kapitän ist der 70jährige Amerikaner Carl Isaacson, Schiffsdirektor der Deutsche Frank Dietz und Koordinator der Schweizer Michael Boshardt. Die Mannschaft der „Doulos", die bis auf den Stamm der Schiffsführung „Aussteiger auf zwei Jahre" sind, kommt aus vielen Branchen. Für einen Ehrensold von 15 Dollar im Monat arbeitet jeder an Bord in allen Bereichen – während der Liegezeiten in bisher 38 Ländern sogar in zwei Schichten, um die bis zu 8000 Besucher zwischen zehn und 22.00 Uhr zu betreuen. In Hamburg unterstützt der evangelische Bischof Peter Krusche diese Aktion.

Der Senat der Hansestadt hat der „Doulos" für vier Wochen die Hafenliegegebühren erlassen – Tausende von Mark.

Marianne Rau (28) Sekretärin aus Stuttgart, hat seit 18 Monaten als Stewardess angeheuert. Es ist ihr erstes Engagement dieser Art: „Ost und West trifft sich hier in einer einmaligen Atmosphäre, die sich auf die Besucher überträgt. Wir haben 300 Tonnen Bücher aus allen Bereichen und in allen Sprachen an Bord. Sie sind ein Brückenschlag zu den Menschen in der Dritten Welt, die sehr wissensdurstig sind und von dem wenigen, was sie haben, umgerechnet bis zu fünf Mark, für Bücher ausgeben, die sie in ihren Ländern nicht bekommen können."

Etwa ein Drittel der Schiffskosten von jährlich drei Millionen Mark wird aus dem Büchererlös gedeckt. Die Crew wird weitgehend von ihren Heimatgemeinden getragen. In Südamerika und Asien werden an Bord Seminare für Lehrer, Ärzte und Krankenschwestern angeboten. In europäischen Ländern wie jetzt in Hamburg, steht Gruppenarbeit mit Pastoren, Studenten und Schülern auf dem Programm. „Wir freuen uns über jeden, der als Gast zu uns kommt, um uns einfach kennenzulernen", lautet darüberhinaus das Credo der Mannschaft.

Die „Doulos" wurde 1914 als „Medina" in den Dienst gestellt, 1918 als „Roma" zum Pilgerschiff umgerüstet und fuhr danach bis 1976 als Luxusliner „Franca C" um die Welt, bis sie 1979 in Bremen zum Schiff des Missionswerkes umgebaut wurde. Das 8000-PS-Schiff ist 130 Meter lang und 17 Meter breit. Gruppen aus Süddeutschland, sogar aus der Schweiz rollen per Bus und Bahn an die Elbe, um zu erleben, wie Menschen unterschiedlichster Mentalität im Dienste einer Idee zusammenarbeiten. Ihr Durchschnittsalter liegt zwischen 20 und 35 Jahren. Das größte Kontingent stellt Großbritannien mit 38 Mitgliedern, gefolgt von den USA mit 32, Deutschland 25 und Brasilien 12.

Nach Stationen in Bremerhaven und Kiel läuft die „Doulos" nach Skandinavien aus, um sich 1985 auf die Fahrt nach Asien zu begeben, wo mindestens zwei Jahre vorgesehen sind.

Müllhalden beliefern die „Ambulantes" mit Waren

Findigkeit ist Trumpf in Mexiko beim Kampf ums Dasein

WERNER THOMAS, Mexico

Die jungen Männer, viele noch im Teenager-Alter, gehen täglich mit einer Fackel und einem Kerosin-Kanister zur Arbeit. Sie postieren sich an einer Innenstadt-Kreuzung, warten auf Rotlicht und beginnen ihre Vorstellung: ein Schluck Brennstoff wird in die lodernde Flamme geblasen, die sich zischend vergrößert. Bevor die Ampel wieder Grün schaltet, wird blitzschnell kassiert.

Die Feuerschlucker, Lanzallamas oder Tragafuegos genannt, verdienen sich auf besonders gefährliche Weise ihren Lebensunterhalt, ernten dafür mitunter aber auch Applaus. Die meisten anderen Gelegenheitsarbeiter werden dagegen weniger beachtet. Sie gehen unter in einem Heer von Schicksalsgenossen.

Die Ölnation Mexiko treibt seit fast zwei Jahren in einer schmerzhaften Rezessionsphase, die ein bereits vorhandenes Problem noch verschlimmert: die Arbeitslosigkeit. Nach Schätzungen ist etwa die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung erwerbslos oder unterbeschäftigt. Nirgendwo läßt sich diese Misere besser beobachten als in Mexico City, der wohl größten Stadt der Welt, die heute zwischen 15 und 17 Millionen Menschen zählt, niemand weiß es mehr genau.

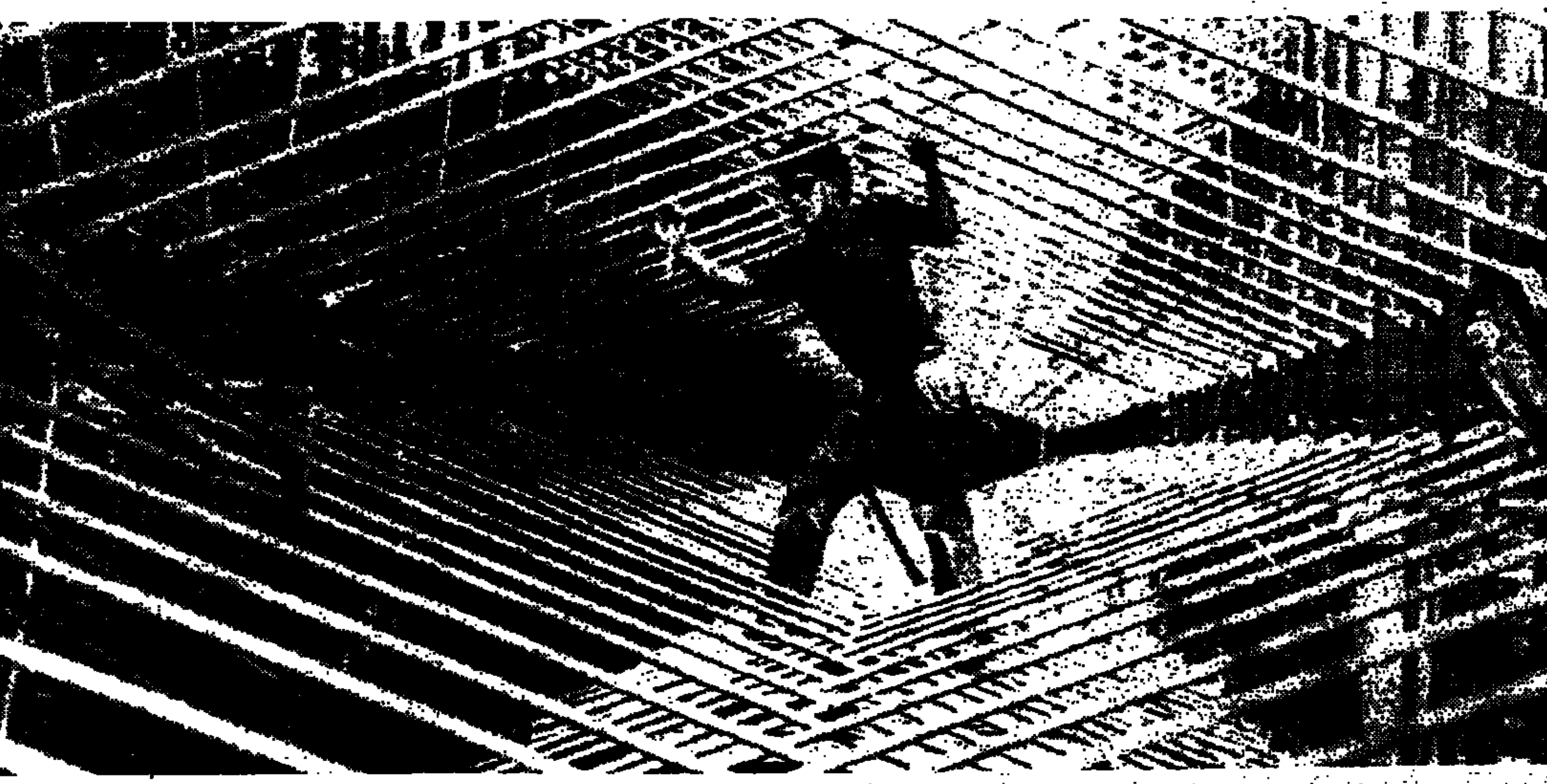
Für Millionen ist die Straße der Arbeitsplatz. Sie betätigen sich als ambulante Händler und offerieren an Tand schier alles: Kaugummi und Knoblauch, Landkarten und Lotteriescheine, Blumen und Bleistifte, Puppen und Paprikaschoten, Hosen und Hemden, Tücher und Teppiche. Viele „Ambulantes" versuchen an Kreuzungen im Schnelleinsatz ihre Geschäfte zu tätigen. Andere haben einen festen Platz vor einem öffentlichen Gebäude. Es lohnt sich auch, in der Nähe der Hotels oder im Schickeria-Viertel Zona Rosa zu lauern.

Der breite Reforma-Boulevard gehört zum Aktionsfeld der Schuhputzerbrigaden und Zeitungsjungen, die die 20 Tageszeitungen der Stadt lauthals anpreisen. Musik ist ein weites Zaubermittel gegen das Nichtstun. Kinder singen Lieder in den Bussen, die in die besseren Gegenden fahren. Gitarrenspieler bringen im Zentrum schnulzige Ständchen. Wer einer Mariachi-Band angehört, geht abends auf den Plaza Garibaldi, in der Hoffnung, für einen Party-Einsatz angeheuert zu werden. Viele warten jedoch vergeblich.

Die schmutzigste Arbeit verrichten jene Leute, die täglich die Müllkippen der Stadt nach brauchbarem Abfall durchwühlen, den sie dann verscherbeln. Die riesige Kippe Santa Cruz Meyehualco wird täglich von 3000 bis 4000 Menschen durchkämmt.

Mexikos Gelegenheitsarbeiter kennen keine 35-Stunden-Woche. Die meisten kämpfen zehn bis fünfzehn Stunden am Tag ums Überleben und können froh sein, wenn sie umgerechnet 15 Mark verdienen. Die Feuerschlucker gehören zu den Spitzenverdienern. Sie kommen schon mal auf 20 Mark am Tag. Die Altersversicherung sind die zahlreich vorhandenen Kinder, denen einmal das gleiche Schicksal droht wie den Eltern, ein Job auf der Straße – bestenfalls.

Die Bevölkerung von Mexico City wächst in einem apokalyptischen Tempo. Um die Jahrhundertwende drängeln sich wahrscheinlich 35 Millionen Menschen in der Stadt. (SAD)



Stahlnetz FOTO: AP

Karajan's Kampf geht in die zweite Runde

Beim Streit mit dem Berliner Philharmonischen Orchester geht es jetzt um den Intendanten

dpa, Berlin

Nun wird es vermutlich doch noch zu der von allen gefürchteten Zerreißprobe zwischen dem Chefdirigenten des Berliner Philharmonischen Orchesters Herbert von Karajan und dem Berliner Senat kommen. Nachdem zunächst angenommen worden war, daß mit dem vor einer Woche überraschend erklärten Verzicht der Klarinettistin Sabine Meyer, die gegen den Willen des Orchesters für ein Probejahr engagiert worden war, die Wogen bei den Philharmonikern wieder geglättet seien, lassen die neuesten Meldungen Schlimmes befürchten.

Es geht um den mittlerweile alles andere als geliebten Intendanten der Philharmoniker, den 41jährigen Rechts- und Musikwissenschaftler Peter Girth, der als ehemaliger Geschäftsführer der Deutschen Orchestervereinigung im DGB 1978 Nachfolger Wolfgang Stresemanns wurde. Als das Orchester vor einem Jahr das Engagement Sabine Meyers auf Drängen Karajans mehr als widerwillig akzeptierte, hatten sich die Musiker dafür nach ihren eigenen Bekundungen die Zusicherung des Kultursenators geholt, daß Girths 1985 auslaufender Vertrag nicht verlängert wird. Danach kehrte nach außen hin Ruhe ein. Aber eben nur nach außen. Bald wurde klar, daß die Musiker bei der ursprünglich jetzt im Mai anstehenden Abstimmung nach dem Probejahr Sabine Meyers ihre Rechnung doch noch begleichen wollten. Die Klarinettistin, in Fachkreisen allgemein hochgelobt, wäre mit Pauken und Trompeten durchgefallen. Sie trat daher noch vor der Abstimmung den Rückzug an. Das war aber offenbar nur die Lösung des „Falles Meyer".

Für den 76jährigen Chefdirigenten ist damit eine neue Situation geschaffen. Nach der Schlappe um sein künstlerisches „Ziehkind" droht ihm offenbar nun in der „Schlacht um den Intendanten" die Eröffnung einer zweiten Runde im Kampf mit seinem Orchester. Da spielt jetzt sogar eine Ohrfeige eine Rolle, die Girth seiner Pressesprecherin gegeben haben soll. Berlin hatte ein neues „Skandälchen". Was aber zunächst nur die Klatschspalten beschäftigte, könnte sehr bald politische Auswirkungen bekommen.

Karajan hat bei den Osterfestspielen in Salzburg mit den Berliner Philharmonikern, bei denen es beinahe zu einem Rausschmiß eines renommierten Solisten des Orchesters gekommen wäre, dem Orchestervorstand zu erkennen gegeben, daß er eine Vertragsverlängerung Girths wünscht. Dieser Wunsch des Chefdirigenten ist auch dem Berliner Kultursenator bekannt, der aber vor allem Ruhe „an der Philharmonikerfront" haben möchte. Hassemer ist jetzt am Zuge. So sieht es jedenfalls Girth, der meint, daß man Karajan in der „wesentlichen Frage" des Intendanten „nicht einfach gegen das Schienbein treten" könne: „Wenn Berlin Karajan, einen verdienten Mann und Ehrenbürger dieser Stadt, nach 30 Jahren in die Wüste jagt, wäre das ein größerer Skandal, als das, was in Wien ständig läuft und zum Beispiel mit Lorin Maazel gemacht wird."

Girth geht es nach eigenen Worten „um das hohe Niveau dieses Spitzenorchesters, das sich aber nicht auf seinen Lorbeeren ausruhen darf". Er würde es akzeptieren, wenn ihm vom Senat gesagt wird, er engagiere die falschen Dirigenten, mache schlechte Programme und treibe das Publikum aus dem Haus. „Es geht mir doch nur um die Sache, verflucht noch mal. Sicher, ich habe auch mal in der einen oder anderen Angelegenheit falsch reagiert. Ich weigere mich aber, mich in eine Ecke drängen zu lassen, aus der Karajan dann nichts anderes als Undank zuteil wird." Und sibyllinisch fügt er hinzu: „Ich habe noch einige Pfeile im Köcher!"

Karajan hat sich an diesem Wochenende nach langem Schweigen zu Wort gemeldet: Er spricht von einer „gezielten Intrige" gegen seinen Intendanten und er erwartet vom Berliner Senat, daß er die ihm „unverzichtbare Mitarbeit Girths auch für die Zukunft sichert".

Der Orchestervorstand reagierte darauf mit Unverständnis und sprach erneut von einem „zerstörten Verhältnis" zu Girth. „Es ist die Summe dessen, was Girth auf uns abgeladen hat. Das Tragische daran ist, daß Karajan zum Opfer werden soll."

LEUTE HEUTE

Neuer Erfolg

John Huston, 77, der große alte Mann des amerikanischen Films, sorgte in Cannes am Wochenende für die erste Belebung des bisher eher langweiligen Filmfestivals. Der berühmte Regisseur des „Malteser Falken", „Moby Dick" oder „African Queen" kam an die Cote d'Azur zur Weltpremiere seines letzten Films „Unter dem Vulkan". John Huston,



ein Monument des amerikanischen Films mit dem Kopf und der Silhouette eines Ernest Hemingway, feiert den Erfolg seines 35. Filmwerkes. Ein Jahr lang arbeitete er in Mexiko an der Verfilmung des berühmten Romans von Malcolm Lowry.

Heirats-Gerücht

Heiraten der amerikanische Filmschauspieler, Millionär und Frauenheld **Warren Beatty**, 47, und Frankreichs **Isabelle Adjani**, 27, demnächst? Diese Nachricht aus Los Angeles vermeldete die französische Sonntagszeitung „Journal du Dimanche". Warren Beatty, der Bruder von **Shirley MacLaine**, gilt als der „Wonder Boy" von Hollywood, und zu seinen zahllosen „Eroberungen" gehörten internationale Filmstars. Seine letzte Freundin war **Diane Keaton**, seine Partnerin in „Reds". Seit in letzter Zeit Beatty und Isabelle Adjani immer häufiger Arm in Arm gesehen wurden, halten sich, so „Journal du Dimanche", die Gerüchte.

Kühner Drachenflug

Der 40jährige, nur 1,63 Meter große Japaner **Naotaka Tadano** stellte jetzt einen neuen Drachenflieger-Rekord auf. Aus 7800 Metern Höhe sprang er von einem Himalaja-Gipfel und landete 18 Minuten und 40 Sekunden später bei einem Lager einer japanischen Bergsteiger-Expedition in 6000 Meter Höhe. Tadano trug neben Skiern und einer Fallschirmausrüstung eine Sauerstoffmaske. Am Sturzhelm war ein Funkgerät angebracht. Die bisherige Bestleistung hielt ein Franzose, der 1979 vom K2-Gipfel im nördlichen Kaschmir aus 7600 Metern Höhe zum Segelflug ansetzte.

Traum von Luxus bringt Millionäre zum Erbleichen

Kashoggi besitzt die teuerste Wohnung von New York

SAD, New York

Wer besitzt in New York, der Stadt mit den teuersten Wohnungen der Welt, die allerteuerste? Die US-Architekturzeitschrift „house and garden" verriet es jetzt in einer 18seitigen Farbbild-Reportage ihren Lesern: Adnan Kashoggi, der sagenhafte Ölmilliardär aus Saudi-Arabien. Dabei ist das Luxus-Quartier des Geld-Prinzen aus dem Morgenland, fast fünfzig Stockwerke über den Straßenschluchten von Manhattan, für ihn nur eine Zweit- oder Dutzend-Wohnung, denn er besitzt weitere nicht weniger opulente Behausungen in Paris, Rom, Madrid, Marbella, Cannes und Kenia, sowie in seiner arabischen Heimat.

Kashoggis New Yorker Wolkenkratzer-Oase nimmt zwei komplette Stockwerke im „Olympic Tower" ein, dem noch von Aristoteles Onassis in den siebziger Jahren hochgezogenen Koloss im Zentrum der Stadt an der 51. Straße/Ecke 5. Avenue. An Wohnfläche nimmt das Duplex-Apartement des Arabers die Größe von 16 „normalen" Olympic-Tower-Wohnungen ein, die auch nur für Millionäre erschwinglich sind.

Die Räumlichkeiten sind zum Teil um ein zweistöckiges offenes Atrium gebaut, dessen besondere Attraktionen ein „full size" swimming pool und ein Wintergarten mit tropischen Bäumen und Pflanzen sind.

Für die Gestaltung zeichnet der berühmte venezianische Designer Alessandro Pianon verantwortlich, der auch mehrere andere Kashoggi-Quartiere entwarf. Er begann mit den Vorbereitungen, als der Olympic Tower noch im Rohbau war, um zu ermöglichen, daß der Ölmann und seine illustren Gäste vom 47. Stock in das Schwimmbassin eine Etage tiefer hüpfen können, wenn ihnen danach zumute ist.

Alle Räume, vom Foyer über die marmorschimmernden Bäder bis zur Supersauna mit weichen Pfühlen, sind ausstaffiert mit erlesenen Kunstwerken, darunter Picassos, Kandinskys und Legers. Daß fast alle Fenster inclusive Sauna den Blick freigeben auf das grandiose Betongebirge von Manhattan ist ebenso eine Selbstverständlichkeit wie die ausgeklügelten audivisuellen Sicherheits- und Unterhaltungsanlagen.

Das über drei Meter breite Bett des Hausherrn hat – wie könnte es anders sein – eine bodenlange Überdecke aus bestem russischen Zobel.

Sterbehilfe im Lehrplan für Mediziner?

AP, Augsburg

Die Sterbehilfe soll nach Auffassung der Deutschen Gesellschaft für humanes Sterben (DGHS) „als eine der Geburtshilfe vergleichbare Disziplin für angehende Mediziner" gelehrt werden. Eine derartige Regelung forderte die DGHS in ihrer am Samstag in Augsburg erschienenen Zeitschrift „Humanes Leben – Humanes Sterben" von den Gesundheitsministern des Bundes und der Länder. Eine gesetzliche Regelung der Sterbehilfe werde allerdings durch den Umstand erschwert, daß die gesundheitspolitischen Ausschüsse und Arbeitskreise fast aller Parteien von „ärztlichen Standesgewerkschaftern" beherrscht würden. Auch erweise sich die „erschreckende Unkenntnis der Ministerialbürokratie über die Zustände, denen Sterbende ausgesetzt sind", als Hindernis. Die DGHS kritisierte weiter, daß die Sterbehilfe von den ärztlichen Standespolitikern „offensichtlich als Machtfrage verstanden" werde, „wer im Krankenhaus zu bestimmen hat". Die ärztlichen Standesgewerkschaften wollten, daß der Arzt eigenverantwortlich über die Gewährung von Sterbehilfe entscheide, und gewährten ihm in jedem Fall Rückendeckung. Die DGHS trete dagegen dafür ein, „daß über eine Sterbehilfe derjenige entscheidet, um dessen Schicksal es geht". Dies erweise sich zunehmend als die tatsächliche Kontroverse zwsischen der DGHS und den ärztlichen Standesorganisationen.

Falscher Christus

AP, Oberammergau

Ein falscher Christus-Darsteller hat bei der Premiere der Passionsspiele gestern in Oberammergau knapp eine halbe Stunde lang die Festspielbesucher an der Nase herumgeführt. Der etwa 30jährige Mann, der mit Dornenkrone und weißem Gewand mit violetter Schärpe bekleidet war, verteilte in der Mittagspause weiße Nelken an die Ehrengäste.

Scheck versteigert

AP, San Diego

Ein auf 15 000 Dollar ausgestellter Scheck, der Charles Lindbergh den Erwerb des legendär gewordenen Flugzeugs „Spirit of St. Louis" und die erste Atlantiküberquerung ohne Zwischenlandung ermöglichte, wurde bei einer Versteigerung in San Diego für 11 000 Dollar zugeschlagen. Der am 18. Februar 1927 datierte Scheck wurde von der amerikanischen Steuerbehörde abgestoßen. Die „Spirit of St. Louis" hatte Lindbergh 10 580 Dollar gekostet. Der Rest der Summe wurde für die „Reisekosten" verwendet.

Zwei Taucher ertrunken

dpa, Friedrichshafen

Zwei Taucher sind am Wochenende im Bodensee ertrunken. Die beiden 41 und 27 Jahre alten Männer aus Tailfingen (Zollernalbkreis) tauchten am Freitag abend im Bodensee vor Überlingen. Gegen 19.30 Uhr wurde einer von ihnen leblos im Wasser treibend von einer Bootsbesatzung entdeckt. Der mit über 1000 Tauchstunden als erfahren geltende Taucher starb im Krankenhaus. Der andere Wassersportler wurde noch nicht gefunden. Er dürfte ertrunken sein.

Hauseinsturz in Wien

dpa, Wien

Vermutlich drei Menschen sind am Samstag abend in Wien ums Leben gekommen, als der Hintertrakt eines abbruchreifen Wohnhauses durch eine noch ungeklärte Explosion einstürzte. Die Leiche eines Mannes und einer Frau wurden geborgen. Eine weitere Frau wird unter den Trümmern vermutet.

Wahlkampfschiff strandete

dpa, Karlsruhe

Der Ausflugsdampfer „Carmen Silvia", der sich seit Mitte April mit Unionspolitikern auf CDU-Wahlkampftour für die Europawahl am 17. Juni befindet, ist am Samstag an den Buhnen eines Rheinstrandbades in der Nähe von Karlsruhe gestrandet und leckgeschlagen.

Schrott-Karambolage

dpa, Köln

Auf einen Rodeo-Platz versetzt glaubten sich Kölner Polizisten, die am Samstag zu einem Unfall in Ehrenfeld gerufen wurden. Der angefahrene Personenwagen, der mitten auf den Straßenbahnschienen stand, hatte keine Türen, keine Sitze, keine Windschutzscheibe, keine Beleuchtung und war weder versichert noch zugelassen. Als Sitzgelegenheit diente dem Fahrer – einem 24jähriger Italiener – ein umgestülpter Plastikeimer.

ZU GUTER LETZT

Gaston Thorn wurde bei EG-Gesprächen in Tokio gefragt, warum denn Japan mehr Zigaretten einführen solle, da Rauchen doch gesundheitsschädlich sei. Darauf der Europäer aus Luxemburg: „Wir verlangen ja nicht, daß sie geraucht werden, nur sollte Japan mehr importieren."

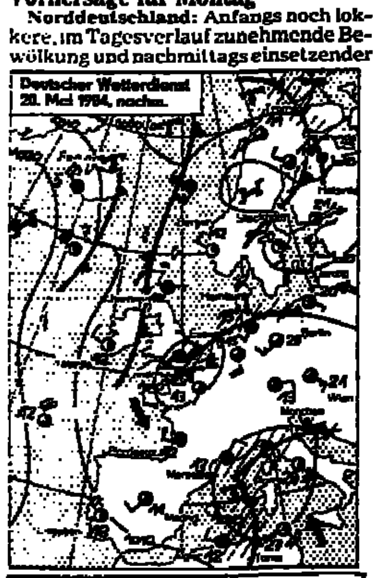
WETTER: Kühl und regnerisch

Wetterlage: Ein Tief verlagert sich von Norditalien über die Alpen hinweg nach Deutschland. Es führt wolkenreiche Luft heran.

Vorhersage für Montag

Norddeutschland: Anfangs noch lokkere, im Tagesverlauf zunehmende Bewölkung und nachmittags einsetzender und zum Teil länger andauernder Regen. Temperaturen tagsüber nochmals nahe 20, zum Abend auf 11 Grad zurückgehend. Nachts bei 8 Grad. Mäßiger, allmählich auffrischender Wind um Ost.

Übriges Bundesgebiet und Berlin: Stark bewölkt bis bedeckt und zeitweise, im Mittelgebirgsraum auch länger andauernder und ergiebiger Regen. Temperaturen von Frühwerten um 8 Grad bis 16 Grad ansteigend. Mäßiger, in freien Lagen auch frischer Wind um Ost, der zum Abend nachläßt.



Weitere Aussichten:

Wechselhaft, wenig Temperaturänderung.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Stadt	Temp.	Stadt	Temp.
Berlin	20°	Kairo	31°
Bonn	15°	Kopenhagen	19°
Dresden	18°	Las Palmas	20°
Essen	15°	London	11°
Frankfurt	16°	Madrid	11°
Hamburg	13°	Mailand	10°
List/Sylt	16°	Mallorca	15°
München	13°	Moskau	24°
Stuttgart	13°	Nizza	16°
Algier	12°	Oslo	13°
Amsterdam	9°	Paris	13°
Athen	23°	Prag	17°
Barcelona	15°	Rom	28°
Brüssel	11°	Stockholm	20°
Budapest	25°	Tel Aviv	30°
Bukarest	27°	Tunis	27°
Helsinki	21°	Wien	21°
Istanbul	23°	Zürich	12°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 5.21 Uhr, Untergang: 21.17 Uhr, **Mondaufgang:** 2.52 Uhr, Untergang: 11.58 Uhr.

* in MESZ, zentraler Ort Kassel

Donald Duck – ein taufrischer Fünfziger

rtr, Los Angeles

Mit prächtigen Geburtstagsfeten will das amerikanische Publikum einen seiner beliebtesten Weltstars feiern. Nach einem turbulenten Leben und 170 Filmen wird die ewig junge und stets schnell plappernde Ente Donald Duck 50 Jahre alt. Onkel Donald, der wie immer seinen Matrosenanzug trägt, wird heute zum Auftakt der Feiern eine besondere Ehre zuteil: In Hollywood wird er wie zuvor seine berühmten Schauspielerkollegen Clark Gable oder Elizabeth Taylor seinen Fußabdruck in Zement verewigen.

An Bord des Sonderflugzeugs „Duck One", dessen Rumpf ein Riesenporträt Donalds schmückt, wird er und seine unverwechselbare „Stimme", der heute 79jährige Clarence „Ducky" Nash, in 13 Städten des Landes seinen Geburtstag begehen. An seinem eigentlichen Geburtstag, dem 9. Juni, soll er dann in einem Autokorso vom kalifornischen Militärstützpunkt El Toro zu einer großen Parade in seine „Heimat", Disneyland, fahren.

In die Jahre gekommen, wird Donald Duck nun endgültig aus dem Schatten der von Walt Disney bevorzugten Mickey Mouse treten, die zwar den Grundstein zum Imperium der Disney-Studios legte, doch dessen beständiger Einnahmefluß jetzt zum großen Teil von Donald gewährleistet wird.

Am Zeichentisch wurde Donald am 9. Juni 1934 aus der Taufe erhoben. Seine Wutanfälle und Tollpatschigkeit ließen schon bald die Kinos vor Lachen erschallen. 1937 bekam er dann mit Tante Daisy weibliche Gesellschaft. Ein Jahr später wurden Onkel Donald noch die drei nervtötenden Neffen Tick, Trick und Track beigegeben. Dem stets mittellosen Donald erschwerte schließlich der superreiche, aber geizige Onkel Dagobert das Leben.

An Donalds Filmerfolg ist jedoch seine „Stimme" Nash maßgeblich beteiligt. Mit einem Pferdewagen zog er damals durch die Schulen von Los Angeles und führte seine Tierstimmen-Imitationen vor.

Als er hörte, daß Disney nach Tierstimmen-Imitatoren suchte, stellte er sich vor. Nach seiner Glanznummer, einer meckernden Ziege, war er engagiert – als sprechender Duck. Nash später: Seiner Frau habe damals erklärt, es sei großartig, die Arbeit bekommen zu haben, nur werde sie voraussichtlich nicht lange dauern. „Das war vor 50 Jahren", so Nash heute, in dem neue Lebensgeister zu erwachen scheinen, wenn er in Donalds Stimme verfällt. 1971 gab er seine Arbeit bei Disney auf. „Ich arbeite jetzt mehr als früher, als ich noch unter Vertrag stand", erzählt Nash, der für eigene Kasse freilich immer noch auftritt.

Auch sein „alter ego", Onkel Donald, hat eine bewegte Vergangenheit hinter sich. Im Zweiten Weltkrieg wurde er zur Armee eingezogen. Dabei wurde bei der „Musterung" ein langgehütetes Geheimnis gelüftet: Sein voller Name lautet nämlich Donald Fauntleroy Duck. Mit dem ebenfalls im Krieg gedrehten Kurzfilm über Adolf Hitler (Des Führer's Face) gewann Donald 1943 einen Oskar.



Frisch und unverbraucht wie am ersten Tag: Donald Duck, ein soignierter 50jähriger. FOTO: DPA

Die populäre Ente wurde aber auch zu Lehrfilmen herangezogen. Er trat in Filmen auf, die sich mit der Unfallverhütung oder dem Brandschutz befaßten.

Als Zeichentrickfigur macht Onkel Donald noch heute in 100 ausländischen Zeitungen und quer durch die Vereinigten Staaten Karriere. Seine Abenteuer werden zudem in Comic-Heften in 47 Ländern veröffentlicht. Schließlich können Kinder und Erwachsene in 27 Ländern die nimmermüde Ente auf dem Fernsehschirm erleben.

Auch als Werbeträger ist Donald Duck unermüdlich im Einsatz. Und mancher ehemaliger Werbegag ist heute gesuchte Rarität. So werden für Donald-Duck-Armbanduhren, die 1938 für zwei Dollar und 95 Cents angeboten worden waren, heute von Sammlern 400 Dollar bezahlt.

RONALD CLARKE